

- **Editorial: Rahmenbedingungen der Prognoseerstellung**
- **Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown.** Prognose für 2021 und 2022
- **Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025**
- **Stärkster BIP-Einbruch seit 1945.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020
- **Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise**
- **Der europäische COVID-19-Aufbauplan**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Christoph Badelt

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: Hans Pitlik

Lektorat: Christoph Lorenz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2021

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



94. Jahrgang, Heft 4/2021

263 ■ **Editorial: Rahmenbedingungen der Prognoseerstellung**

Hans Pitlik

265-278 ■ **Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown. Prognose für 2021 und 2022**

Stefan Ederer

Die wirtschaftliche Aktivität hängt gegenwärtig stark von den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ab. Um die Bandbreite der künftigen Wirtschaftsentwicklung einzugrenzen, entwirft die vorliegende Prognose zwei Szenarien: Im Öffnungsszenario werden die Einschränkungen im Laufe des Frühjahrs vollständig aufgehoben. Das Lockdown-Szenario geht dagegen von einer neuerlichen Schließung des Handels und der personennahen Dienstleistungen im April 2021 aus. Im ersten Szenario kommt die Wirtschaft bereits im Frühjahr wieder in Schwung, das BIP dürfte 2021 um 2,3% und 2022 um 4,3% wachsen. Im Lockdown-Szenario verzögert sich die Erholung, der Zuwachs beträgt 2021 1,5% und 2022 4,7%. Privater Konsum und Reiseverkehr sind auch 2022 noch schwächer als vor der COVID-19-Pandemie. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Krise noch längere Zeit sichtbar bleiben.

Delayed Recovery in Case of Renewed Lockdown. Economic Outlook for 2021 and 2022

279 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

281-292 ■ **Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025**

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

Die österreichische Wirtschaft dürfte sich im Nachklang der COVID-19-Pandemie 2022 und 2023 deutlich erholen und in der Folge bis 2025 moderat wachsen. Der Aufschwung wird von einer Erholung der Weltwirtschaft getragen, unterstützt durch umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen sowie die fortschreitende Durchimpfung der Bevölkerung. Prognosen bleiben aufgrund der aktuellen epidemiologischen Lage unsicher. Um dieser Unsicherheit Rechnung zu tragen, wurden in der WIFO-Konjunkturprognose für 2021 und 2022 zwei Szenarien (Öffnungs- und Lockdown-Szenario) dargestellt, die in der vorliegenden mittelfristigen Prognose bis 2025 fortgeschrieben werden. Für die meisten Kennzahlen konvergieren die beiden Szenarien bis zum Ende der Prognoseperiode. Im Öffnungsszenario wächst das BIP 2021 um 2¼% und 2022 um 4¼% (1½% bzw. 4¼% im Lockdown-Szenario). Bis 2025 schwächt sich das Wirtschaftswachstum in beiden Szenarien auf 1,5% ab. Die Investitionstätigkeit profitiert 2021 und 2022 von Vorzieheffekten, die von der Investitionsprämie ausgelöst werden, verliert aber in den Folgejahren aufgrund von damit in Beziehung stehenden Echoeffekten an Schwung. Die durch die COVID-19-Krise deutlich angestiegene Arbeitslosenquote dürfte erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau von 7,5% erreichen. Das Budgetdefizit beträgt im Öffnungsszenario 2021 7,1% und sinkt bis 2025 auf 2,5% (Lockdown-Szenario 2021: 7,7%, 2025: 2,8%). Die Staatsschuldenquote betrug 2020 84% und wird bis 2025 auf voraussichtlich rund 86% ansteigen (88% im Lockdown-Szenario, +15,5 bzw. +17,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorkrisenniveau von 2019).

Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2021 to 2025

293-308 ■ **Stärkster BIP-Einbruch seit 1945. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020**

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl,
Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

Die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung prägten 2020 die Wirtschaftsentwicklung. In Österreich ging die Wirtschaftsleistung drastisch zurück. Am stärksten betroffen waren Tourismus, Verkehr, Handel, persönliche Dienstleistungen sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Auch der private Konsum war deutlich geringer als 2019. Die Ausweitung der Kurzarbeitsprogramme stützte die Beschäftigung und damit die Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit. Die COVID-19-Krise wirkte sich auch auf die Inflationsentwicklung aus: Unverarbeitete Nahrungsmittel und Dienstleistungen verteuerten sich, während Mineralölprodukte den Preisauftrieb dämpften.

Strongest Slump in GDP since 1945. The Austrian Economy in 2020

309-320 ■ **Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise**

Atanas Pekanov

Neben der COVID-19-Pandemie prägten 2020 vor allem die umfangreichen Interventionen der Europäischen Zentralbank die Entwicklungen auf den Finanzmärkten und im Kreditwesen im Euro-Raum. In Reaktion auf die Krise gestaltete die EZB ihre Geldpolitik 2020 besonders expansiv. Ein zentrales Element war die Einführung des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (PEPP), das die Sekundärmarktrenditen auf 10-jährige Staatsanleihen stabilisierte. Die kurzfristigen Zinssätze im Euro-Raum blieben 2020 im negativen Bereich. Dies schuf stabile Finanzierungsbedingungen. Die Kreditvergabe durch die Banken stützte die Liquidität der Unternehmen. Die regulatorischen Kennzahlen des Bankwesens in Österreich blieben unverändert. Trotz der kurzfristig erfolgreichen Stabilisierung bestehen weiterhin Gefahren für die Wirtschaft und das Bankensystem. Diese drohen u. a. bei einer Überschuldung der Unternehmen, einer Verschärfung der Finanzierungsbedingungen oder einem verzögerten Anstieg der Insolvenzen.

Monetary Policy and Credit in the COVID-19 Crisis

321-334 ■ **Der europäische COVID-19-Aufbauplan**

Julia Bachtrögler-Unger, Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell

Der COVID-19-Aufbauplan der EU umfasst das temporäre Aufbaupaket NextGenerationEU (NGEU) im Umfang von 750 Mrd. € – dessen wichtigstes Instrument die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) mit 672,5 Mrd. € ist – sowie den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 im Umfang von 1.074,3 Mrd. €. Während die Ausgabenstruktur des MFR nur mäßig modernisiert wurde, sind NGEU und vor allem die RRF explizit zukunftsorientiert: 37% der RRF-Mittel sollen in den Klimaschutz fließen, 20% in den digitalen Wandel. Neue Eigenmittel sollen künftig wichtige europäische Vorhaben unterstützen: Die bestehenden Eigenmittel zur Finanzierung des MFR werden um ein plastikbasiertes Eigenmittel ergänzt. Zur Tilgung der für NGEU aufgenommenen Schulden sollen u. a. eine Digitalsteuer, ein auf dem EU-Emissionshandelssystem basierendes Eigenmittel und ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus beitragen.

The European COVID-19 Recovery Plan

335-347 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

Editorial: Rahmenbedingungen der Prognoseerstellung

Hans Pitlik

Das vorliegende Heft 4/2021 der WIFO-Monatsberichte enthält die Beiträge zur kurzfristigen Prognose 2021/22 und zur mittelfristigen Prognose 2021 bis 2025. Die kurzfristige WIFO-Prognose wurde der Öffentlichkeit am 26. März 2021 präsentiert. Aufgrund des Redaktionsschlusses in der Kalenderwoche 12 konnten spätere Entwicklungen, bzw. zwischenzeitlich gefasste politische Beschlüsse, nicht mehr berücksichtigt werden. Wie üblich bildet die kurzfristige Konjunkturprognose den Ausgangspunkt für die mittelfristige Vorausschau, wodurch diese auf demselben Informationsstand beruht.

Wenngleich Wirtschaftsprognosen stets unter teils beträchtlichen Unsicherheiten erstellt werden, so gilt dies in verstärktem Maß für Prognosen in der COVID-19-Krise. Die ökonomische Entwicklung in Österreich hängt entscheidend vom Infektionsgeschehen und den bisweilen sehr kurzfristig beschlossenen behördlichen COVID-19-Maßnahmen im Inland ab, aber auch von gesundheitspolitischen Interventionen anderer Länder. Der Wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI), der auf einer Kombination von wöchentlichen, monatlichen und vierteljährlichen Indikatoren beruht und dessen Ergebnisse in die WIFO-Prognosen einfließen, kann die Auswirkungen solcher kurzfristigen Beschlüsse abbilden, sie aber natürlich nicht vorhersagen. In den kommenden Monaten dürfte eine Verhängung restriktiver Maßnahmen aufgrund der zunehmenden Durchimpfung der Bevölkerung zwar immer unwahrscheinlicher werden. Es bestehen jedoch weiterhin Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Lieferengpässe und der Einsatzmöglichkeiten verschiedener Impfstoffe, besonders im Zusammenhang mit der Ausbreitung von (derzeit noch unbekanntem) Virusvarianten.

Jede Prognose des Wirtschaftsgeschehens 2021/22 beruht somit zwangsläufig auf Annahmen über die künftigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sowie die Inanspruchnahme und Wirkung der Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte. Das regulatorische Umfeld ist derzeit jedoch wesentlich unberechenbarer als in "normalen" Zeiten. Regionale Maßnahmen auf Grundlage der kleinräumigen Entwicklung des Infektionsgeschehens erschweren die Prognoseerstellung zusätzlich.

Die vorliegenden WIFO-Prognosen trugen dieser hohen Unsicherheit durch die Darstellung zweier Szenarien Rechnung: Das Öffnungsszenario unterstellte die österreichweite Aufhebung der behördlichen Einschränkungen im Frühjahr. Das Lockdown-Szenario ging für das gesamte Bundesgebiet von einer neuerlichen einmonatigen Schließung des Handels und der personennahen Dienstleistungen zur Eindämmung der dritten COVID-19-Welle aus.

Die mitunter beträchtlichen Unterschiede zwischen den Ergebnissen verschiedener Prognosen gehen nicht immer auf unterschiedliche Annahmen und Modelle zurück. Sie beruhen nicht selten auf Unterschieden im Informationsstand zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung. In seiner Anfang April veröffentlichten optimistischen Prognose rechnet der IWF für 2021 mit einem BIP-Wachstum von +3,5% und für 2022 mit +4,0%. Die WIFO-Prognose für 2021 fällt demgegenüber mit +2,3% (Öffnungsszenario) bzw. +1,5% (Lockdown-Szenario) verhaltener aus; dafür wird für 2022 mit +4,3% (Öffnungsszenario) bzw. +4,7% (Lockdown-Szenario) ein vergleichsweise kräftigeres Wachstum erwartet.

Die politische Realität entsprach freilich weder vollständig den Annahmen des Öffnungs- noch jenen des Lockdown-Szenarios: So wurden in Vorarlberg die strikten behördlichen Restriktionen ab dem 17. März gelockert. Demgegenüber wurden Anfang April Lockdown-Maßnahmen in Ostösterreich verhängt, die im Burgenland bis 18. April und in Niederösterreich und Wien bis 2. Mai verlängert wurden. Auf die drei östlichen Bundesländer entfielen 2019 immerhin 43,7% der österreichischen Wohnbevölkerung und 43,1% der gesamten Wirtschaftsleistung, was zur ersten Abschätzung des gesamtwirtschaftlichen Lockdown-Effektes dienen kann.

Die beiden Szenarien der vorliegenden kurzfristigen WIFO-Prognose dürften insofern die mögliche Bandbreite der Wirtschaftsentwicklung abstecken. Das weitere Infektionsgeschehen, der Erfolg der Impfkampagne und die daraus abgeleiteten politischen Entscheidungen werden möglicherweise dazu führen, dass eines der beiden Szenarien plausibler erscheint. Welches das sein wird, ist indes zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum vorhersehbar.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

5/2021 Punktuell positive Beschäftigungsentwicklung vor Lockdown in der Ostregion

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten war im März um rund 148.000 bzw. 4,2% und damit deutlich höher als im März des Vorjahres, der den Beginn der COVID-19-Krise markiert und von kräftigen Beschäftigungsverlusten gekennzeichnet war. Die hohen Zuwächse dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Krise auf dem Arbeitsmarkt noch nicht überwunden ist. Im Gegenteil: Im Vergleich zum Vorkrisenniveau von März 2019 war die Beschäftigung im März 2021 um 0,9% (bzw. 33.779) geringer. Im Vorjahresvergleich verzeichneten fast alle Branchen Beschäftigungszuwächse, insbesondere das Bauwesen, aber auch die Gastronomie. In den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen lag die Beschäftigung dennoch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Dazu gehören etwa das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, aber auch die Bereiche Kunst, Unterhaltung und Erholung, Verkehr und persönliche Dienstleistungen. Hier fehlten im März 2021 gut 90.000 Beschäftigungsverhältnisse auf das Niveau von März 2019. Auch unter jungen Arbeitskräften sowie Arbeiterinnen und Arbeitern müssen die Beschäftigungsverluste erst wettgemacht werden.

April 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/67078>

Frühere Ausgaben

4/2021 Die Rezession 2020: Österreich im Ländervergleich

Stefan Schiman

März 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66933>

3/2021 Frauen auf dem Arbeitsmarkt vor und während der COVID-19-Krise

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger

März 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66945>

2/2021 Die Entwicklung des Lohnunterschiedes zwischen Frauen und Männern in Österreich von 2005 bis 2019

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66916>

1/2021 Beschäftigung 2020: Bilanz nach einem Jahr COVID-19-Pandemie

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Jänner 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66814>

19/2020 Hochfrequenzkonjunkturanalyse bis Mitte November 2020

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66528>

18/2020 Ökonomische Folgen von Schulschließungen

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66599>

17/2020 Makroökonomische Effekte des zweiten Lockdown in Österreich

Josef Baumgartner, Walter Hyll, Hans Pitlik, Stefan Schiman

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66582>

16/2020 COVID-19: Beschäftigungssituation – Bilanz nach einem halben Jahr COVID-19-Pandemie

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Oktober 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66565>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown

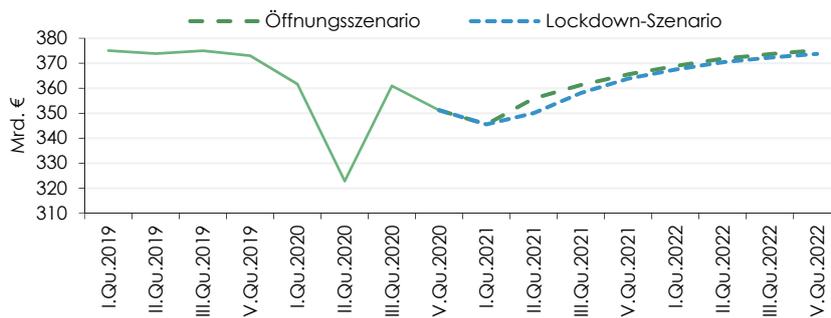
Prognose für 2021 und 2022

Stefan Ederer

- Der Unsicherheit über die weiteren Rahmenbedingungen für die Konjunktur wird durch die Darstellung zweier Szenarien Rechnung getragen.
- Das Öffnungsszenario unterstellt die Aufhebung der aktuellen behördlichen Maßnahmen im Frühjahr.
- Das Lockdown-Szenario geht von einer neuerlichen Schließung des Handels und personennaher Dienstleistungen im April aus.
- Das BIP nimmt im ersten Szenario 2021 um 2,3% und 2022 um 4,3% zu. Im zweiten Szenario wächst es um 1,5% bzw. 4,7%.
- Warenaußenhandel, Industrie und Bauwirtschaft sind kaum von den COVID-19-Maßnahmen im Inland betroffen.
- Privater Konsum und Reiseverkehr liegen auch 2022 noch unter dem Vorkrisenniveau.
- Auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt die Krise längerfristig Spuren, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch.
- Die Inflation beschleunigt sich nicht.
- Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte verbessert sich allmählich, da die Belastungen durch die Krise abnehmen.

BIP-Verlauf in beiden Prognoseszenarien

BIP real, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat, annualisiert



"Der weitere Konjunkturverlauf hängt maßgeblich von den behördlichen COVID-19-Maßnahmen ab. Ein neuerlicher Lockdown im April würde das Wachstum 2021 um knapp 1 Prozentpunkt dämpfen. 2022 wäre die Erholung dafür stärker."

Ein neuerlicher Lockdown im April ("Lockdown-Szenario") hätte eine merkliche Verzögerung der konjunkturellen Erholung zur Folge. Das Wachstum 2021 wäre in diesem Fall geringer, 2022 dagegen höher. Das BIP erreicht in beiden Szenarien erst am Ende des Prognosezeitraumes das Niveau von 2019 (Q: WIFO, Statistik Austria. Realisierte Werte bis zum IV. Quartal 2020).

Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown

Prognose für 2021 und 2022

Stefan Ederer

Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown. Prognose für 2021 und 2022

Die wirtschaftliche Aktivität hängt gegenwärtig stark von den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ab. Um die Bandbreite der künftigen Wirtschaftsentwicklung einzugrenzen, entwirft die vorliegende Prognose zwei Szenarien: Im Öffnungsszenario werden die Einschränkungen im Laufe des Frühjahrs vollständig aufgehoben. Das Lockdown-Szenario geht dagegen von einer neuerlichen Schließung des Handels und der personennahen Dienstleistungen im April 2021 aus. Im ersten Szenario kommt die Wirtschaft bereits im Frühjahr wieder in Schwung, das BIP dürfte 2021 um 2,3% und 2022 um 4,3% wachsen. Im Lockdown-Szenario verzögert sich die Erholung, der Zuwachs beträgt 2021 1,5% und 2022 4,7%. Privater Konsum und Reiseverkehr sind auch 2022 noch schwächer als vor der COVID-19-Pandemie. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Krise noch längere Zeit sichtbar bleiben.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 24. 3. 2021

Kontakt: Dr. Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Delayed Recovery in Case of Renewed Lockdown. Economic Outlook for 2021 and 2022

Economic activity is currently heavily dependent on the measures taken to contain the COVID-19 pandemic. To frame the range of future economic development, this forecast outlines two scenarios: in the opening scenario, the restrictions are completely lifted in the course of spring. The lockdown scenario, on the other hand, assumes a renewed closure of retail and personal services in April 2021. In the first scenario, economic activity picks up already in spring, with GDP expected to grow by 2.3 percent in 2021 and 4.3 percent in 2022. In the lockdown scenario the recovery is delayed, with growth of 1.5 percent in 2021 and 4.7 percent in 2022. Private consumption and travel are still weaker in 2022 than before the COVID-19 pandemic. In the labour market the crisis will remain visible for some time.

Die Wirtschaftsaktivität in Österreich ist derzeit stark von den behördlichen Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie geprägt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (März 2021) werden sowohl Öffnungs- als auch Schließungsmaßnahmen diskutiert. Die vorliegende Prognose trägt der Unsicherheit über die weiteren Rahmenbedingungen durch zwei unterschiedliche Szenarien Rechnung. Das erste Szenario ("Öffnungsszenario") geht davon aus, dass es zu keinen neuerlichen Verschärfungen oder Lockdown-Maßnahmen kommt und die derzeit geltenden Regelungen im Frühjahr 2021 schrittweise aufgehoben werden. Das zweite Szenario ("Lockdown-Szenario") unterstellt dagegen eine neuerliche vierwöchige Schließung des Handels und der personennahen Dienstleistungen im April. Die Öffnung in den Bereichen Gastronomie, Beherbergung und Veranstaltungen verzögert sich in diesem Fall. Die Berechnung der wirtschaftlichen Effekte der in den beiden Szenarien unterstellten Maßnahmen stützt sich auf die

wöchentlichen WIFO-Schätzungen zur Wirtschaftsaktivität (WWVI) und auf Erkenntnisse aus den bisherigen Schließungs- und Öffnungsphasen.

Die österreichischen Warenexporte und die Sachgütererzeugung waren von den Lockdown-Maßnahmen im Herbst und Winter kaum betroffen und erholten sich bis Jahresende 2020 merklich. Beide Bereiche profitierten maßgeblich von der Erholung der weltweiten Industrieproduktion und des globalen Warenhandels. Diese Entwicklung dürfte sich 2021 fortsetzen, auch wenn sie gegenwärtig von Asien und den USA getrieben wird, und sich in den für den österreichischen Export wichtigen Ländern der Europäischen Union verzögert. 2022 wird sich dieses Muster voraussichtlich umkehren: Während die europäischen Absatzmärkte kräftig wachsen dürften, wird sich die Erholung außerhalb Europas voraussichtlich abschwächen. Auch die Bauwirtschaft litt kaum unter den be-

hördlichen Einschränkungen und dürfte im Prognosezeitraum stetig wachsen.

Hingegen dämpften die Schließungsmaßnahmen im November und Dezember 2020 sowie im I. Quartal 2021 sowohl die Konsumausgaben der privaten Haushalte als auch den Reiseverkehr deutlich, wodurch die Wirtschaftsaktivität in den Bereichen Handel, Gastronomie, Beherbergung und sonstige Dienstleistungen einbrach. Im Fall einer Aufhebung der Einschränkungen im Frühjahr ("Öffnungsszenario") dürfte daher das wirtschaftliche Aktivitätsniveau in diesen Berei-

chen merklich zunehmen. Im Fall neuerlicher Schließungen ("Lockdown-Szenario") wird die wirtschaftliche Aktivität im Frühjahr hingegen schwach bleiben und die Erholung erst später einsetzen. Im zweiten Szenario werden der private Konsum, der Reiseverkehr und die Wertschöpfung der betroffenen Wirtschaftsbereiche 2021 daher deutlich schwächer wachsen als im Fall von Lockerungen. Die COVID-19-Krise dürfte jedenfalls länger nachwirken: Privater Konsum und Reiseverkehr werden 2022 in beiden Szenarien geringer sein als vor der Krise.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2019	2020	2021	2022	2021	2022	
			Öffnungsszenario		Lockdown-Szenario		
			Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,4	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 4,7	
Herstellung von Waren	+ 0,7	- 7,2	+ 4,8	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,0	
Handel	+ 0,6	- 5,6	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,0	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 0,8	- 9,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 1,1	+ 4,6	
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,4	- 0,5	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,5	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,0	- 4,9	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,4	
Ausrüstungen ²⁾	+ 4,3	- 6,2	+ 5,3	+ 5,7	+ 4,5	+ 6,6	
Bauten	+ 3,6	- 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	
Exporte, real	+ 2,9	- 10,4	+ 2,8	+ 7,2	+ 2,3	+ 7,8	
Warenexporte, fob	+ 2,1	- 6,9	+ 5,0	+ 4,7	+ 5,0	+ 4,7	
Importe, real	+ 2,4	- 10,2	+ 3,9	+ 6,0	+ 3,5	+ 6,5	
Warenimporte, fob	+ 1,1	- 7,4	+ 4,5	+ 5,0	+ 4,2	+ 5,3	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,2	- 5,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 2,7	+ 6,5	
	Mrd. €	397,58	375,56	388,77	412,31	385,87	410,91
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,8	2,6	1,4	2,1	1,3	2,1
Verbraucherpreise		+ 1,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,3
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,7	- 8,9	- 7,1	- 3,7	- 7,7	- 4,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 1,6	- 2,0	+ 1,1	+ 2,2	+ 0,9	+ 2,3
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		4,5	5,4	5,0	4,8	5,1	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,4	9,9	9,2	8,4	9,3	8,5

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Labour Force Survey.

Nach dem kräftigen Einbruch der Wirtschaftsleistung im Winter rechnen beide Szenarien für 2021 mit einem mäßigen Wachstum, gefolgt von einer kräftigen Erholung im Jahr 2022. Ein neuerlicher Lockdown würde die Wirtschaftsaktivität und damit das BIP-Wachstum 2021 deutlich dämpfen, durch die verzögerte Erholung wäre das Wachstum 2022 allerdings entsprechend kräftiger. Im Öffnungsszenario dürfte die österreichische Wirtschaft 2021 um 2,3% und 2022 um 4,3% wachsen. Im Lockdown-Szenario beträgt der Zuwachs 2021 1,5% und 2022 4,7%.

Auf dem Arbeitsmarkt werden die Folgen der COVID-19-Krise noch länger sichtbar

sein. Die Beschäftigung dürfte zwar im Prognosezeitraum deutlich steigen, dies geht jedoch nur teilweise auf die Einstellung Arbeitsloser zurück. Im Öffnungsszenario sinkt die Arbeitslosenquote 2021 auf 9,2% und 2022 auf 8,4%, im Lockdown-Szenario auf 9,3% bzw. 8,5%. 2022 ist sie damit in beiden Szenarien rund 1 Prozentpunkt höher als im Vorkrisenjahr 2019.

Aufgrund eines Anstiegs der Rohstoffpreise nehmen die Verbraucherpreise 2021 und 2022 um jeweils 1,8% zu. Der Inflationsdruck bleibt jedoch aufgrund einer schwachen Lohnentwicklung verhalten.

Die fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und Privatpersonen setzen die öffentlichen Haushalte unter Druck. Durch die Erholung der Konjunktur

verringert sich der Finanzierungssaldo laut Öffnungsszenario von –8,9% (2020) auf –7,1% (2021) bzw. –3,7% (2022) des BIP, laut Lock-down-Szenario auf –7,7% bzw. –4%.

Die Erholung der Weltwirtschaft wird derzeit von den USA und Asien getrieben. In den europäischen Ländern dürfte die Konjunktur erst im Sommer in Schwung kommen.

1. Erholung der Weltwirtschaft hält an

Die Weltwirtschaft erholte sich in der zweiten Jahreshälfte 2020 kräftig, der Welthandel und die globale Industrieproduktion übertrafen laut Centraal Planbureau (CPB) zu Jahresende bereits ihr Vorkrisenniveau. Ausgehend von China, wo die Erholung bereits im II. Quartal eingesetzt hatte, zog die weltweite Nachfrage nach Industriegütern und Rohstoffen deutlich an, was sich auch in einem merklichen Anstieg der Rohöl- und

Nahrungsmittelpreise niederschlug. Im IV. Quartal 2020 verlor die Erholung allerdings etwas an Schwung: In den USA stieg das BIP gegenüber dem Vorquartal nur mäßig und lag weiterhin deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Im Euro-Raum, wo viele Länder im Herbst mit neuerlichen Einschränkungen auf einen Anstieg der Neuinfektionen reagiert hatten, ging die Wirtschaftsleistung sogar zurück.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2019 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %						
	2017	2018	2019	2020	2021	2022			
EU 27	66,7	15,4	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,6	– 6,2	+ 3,8	+ 4,2	
Euro-Raum	51,5	12,5	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,3	– 6,6	+ 3,9	+ 4,3	
Deutschland	29,3	3,5	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	– 4,9	+ 2,8	+ 3,4	
Italien	6,4	2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,3	– 8,9	+ 4,0	+ 4,0	
Frankreich	4,4	2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,5	– 8,1	+ 4,8	+ 4,0	
MOEL 5 ³⁾	14,7	1,8	+ 4,7	+ 4,7	+ 3,8	– 3,9	+ 3,4	+ 3,7	
Ungarn	3,6	0,2	+ 4,3	+ 5,4	+ 4,6	– 5,0	+ 3,6	+ 3,3	
Tschechien	3,5	0,3	+ 5,2	+ 3,2	+ 2,3	– 5,6	+ 2,5	+ 3,5	
Polen	3,4	1,0	+ 4,8	+ 5,4	+ 4,5	– 2,7	+ 3,1	+ 3,6	
USA	6,7	15,9	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,2	– 3,5	+ 6,0	+ 3,0	
Schweiz	5,0	0,5	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,1	– 2,9	+ 2,7	+ 3,3	
Vereinigtes Königreich	2,9	2,4	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	– 9,9	+ 5,0	+ 5,2	
China	2,9	17,4	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,0	+ 2,3	+ 8,4	+ 5,2	
Insgesamt									
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,2	– 2,7	+ 6,1	+ 4,2	
Exportgewichtet ⁵⁾	84		+ 2,8	+ 2,3	+ 1,7	– 5,7	+ 4,1	+ 4,1	
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 6,5	+ 4,4	+ 1,4	– 6,5	+ 6,0	+ 5,0	

Annahmen zur Prognose

Erdölpreis								
Brent, \$ je Barrel			54,3	71,0	64,3	41,7	63	59
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,129	1,181	1,120	1,141	1,20	1,20
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			0,3	0,4	– 0,3	– 0,5	– 0,5	– 0,4

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, Eurostat, EZB, IWF, OECD, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2019. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2019. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Mindestbietungssatz.

Die weltweite Erholung dürfte sich im Prognosezeitraum allerdings fortsetzen. Industrie und Warenhandel wurden durch die neuerlichen Einschränkungen im Herbst und Winter kaum beeinträchtigt. Mit einer fortschreitenden Durchimpfung der Bevölkerung in vielen Industrie- und Schwellenländern dürften auch der Tourismus und andere

Dienstleistungssektoren wieder an Schwung gewinnen. Zudem stützen fiskalpolitische Maßnahmen die Konjunktur, allen voran das im März beschlossene Programm in den USA mit einem Umfang von 1,9 Bio. \$.

Die Erholung dürfte jedoch regional unterschiedlich verlaufen. In den USA dürfte der

Konsum durch die Maßnahmen des American Rescue Plan bereits im Frühjahr und Sommer 2021 deutlich belebt werden. Dazu gehören Einmalzahlungen an Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie die Verlängerung der Aufstockung des Arbeitslosengeldes. In China befindet sich die Wirtschaft mittlerweile wieder auf einem ähnlichen Wachstumspfad wie vor der Krise. In den EU-Ländern verzögern hingegen ein neuerlicher Anstieg der Infektionszahlen und die damit verbundenen behördlichen

Einschränkungen die Erholung der Konjunktur. Zudem kommen die EU-Länder bei den Impfungen langsamer voran als andere Länder. Der Konsum der privaten Haushalte und der Reiseverkehr dürften in der EU daher erst im Sommer wieder merklich zunehmen. Während sich 2022 das BIP-Wachstum in den USA und in China aufgrund der allmählich nachlassenden Erholung abschwächen wird, dürfte es in etlichen EU-Mitgliedsländern höher ausfallen als 2021.

2. Gesamtwirtschaftliche Produktion in Österreich seit Herbst 2020 merklich gedämpft

In Österreich beeinträchtigten erneute behördliche Einschränkungen im November und Dezember 2020 die wirtschaftliche Aktivität. Das BIP war im IV. Quartal deutlich geringer als im Vorquartal. Die gesamtwirtschaftliche Produktion lag 2020 um 6,6% unter dem Vorjahresniveau. Der neuerliche Einbruch ab dem Herbst machte die Erholung während der Sommermonate teilweise wieder zunichte. So waren die Konsumausgaben der privaten Haushalte im IV. Quartal 2020 um 11% niedriger als im Vorjahr. Auch die Exporte waren um rund 8½% geringer. Die behördlichen Einschränkungen betrafen insbesondere die Bereiche Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie sowie die sonstigen Dienstleistungen. Die Herstellung von Waren profitierte hingegen von der im Sommer einsetzenden weltweiten Erholung, wodurch die dortige Wertschöpfung im IV. Quartal 2020 nur mehr geringfügig unter dem Vorjahr lag.

Die ab 26. Dezember 2020 geltenden behördlichen Einschränkungen, die vor allem den Handel, die persönlichen Dienstleistungen sowie die Beherbergung und Gastronomie betrafen, hemmten auch zu Jahresbeginn 2021 die Wirtschaftstätigkeit. Laut Wöchentlichem WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) lag das österreichische BIP im Durchschnitt der ersten zehn Wochen des Jahres 2021 um 9¾% unter dem Vorjahresniveau. Seit der teilweisen Aufhebung der behördlichen Maßnahmen Anfang Februar besserte sich die Situation allmählich, die Wirtschaftsaktivität ist aber weiterhin eingeschränkt. Wie Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen, ist die Stimmung der österreichischen Unternehmen immer noch merklich gedämpft, wenngleich sie sich zuletzt etwas aufgehellt hat. Das BIP dürfte im I. Quartal 2021 neuerlich geringer sein als im Vorquartal (Abbildungen 1 und 2). Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften wesentlich schwächer ausfallen als im Vorjahr, da Teile der Wirtschaft (Gastronomie, Beherbergung, Veranstaltungen) weiterhin durch die behördlichen Schließungsmaßnahmen einge-

schränkt sind. Auch der Reiseverkehr kam im Winter praktisch vollständig zum Erliegen.

2.1 Weitere Entwicklung wesentlich von den Rahmenbedingungen abhängig

Die weitere Entwicklung im Prognosezeitraum hängt wesentlich vom Verlauf der COVID-19-Pandemie und den damit zusammenhängenden behördlichen Einschränkungen ab. Während die österreichische Bundesregierung noch Anfang März baldige Lockerungen in Aussicht gestellt hat und in Vorarlberg bereits erste Öffnungsschritte gesetzt wurden, sprechen die steigenden Infektionszahlen Ende März für neuerliche Schließungsmaßnahmen. Die vorliegende Prognose enthält daher zwei gleichwertige Szenarien, die sich in ihren Annahmen über die Rahmenbedingungen unterscheiden.

2.1.1 Öffnungsszenario

Dieses Szenario geht davon aus, dass es in Österreich zu keinen weiteren, über den Status quo (22. März 2021) hinaus reichenden Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität kommen wird und die gegenwärtig geltenden Maßnahmen bis Ende Juni vollständig aufgehoben werden. Es basiert auf folgenden Annahmen:

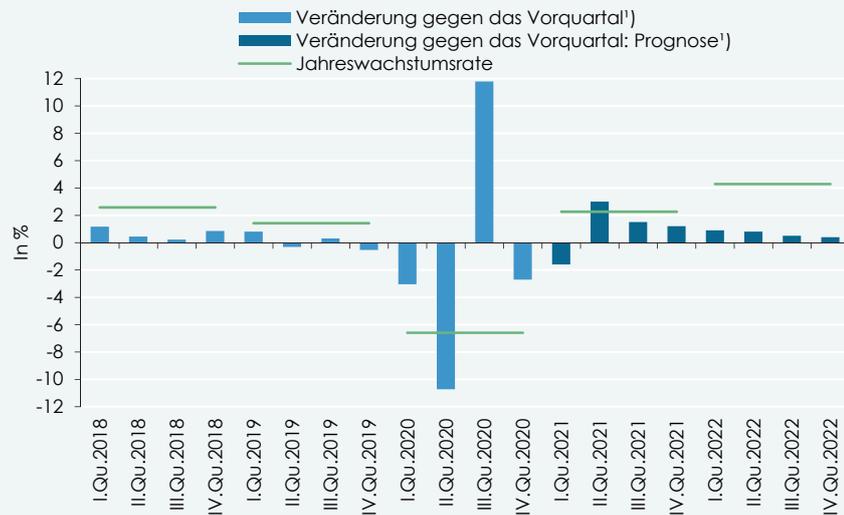
- Gastronomie und Beherbergungsbetriebe werden ab Mitte April geöffnet.
- Die Reisewarnungen werden zwischen Ende April und Ende Juni schrittweise aufgehoben. Der Reiseverkehr aus dem Ausland kommt bis zum Sommer allmählich in Schwung. Wichtige Quellmärkte heben ihre Reisewarnungen für Österreich Mitte Mai auf.
- Ab Anfang Mai sind wieder Veranstaltungen möglich. Der Veranstaltungs- und Kulturbetrieb normalisiert sich allerdings erst ab Herbst 2021, wobei im II. und III. Quartal etliche (vor allem größere) Veranstaltungen aufgrund der notwendigen Vorlaufzeit ausfallen.

In Österreich dämpften die COVID-19-Maßnahmen deutlich die wirtschaftliche Aktivität im IV. Quartal 2020 und im I. Quartal 2021.

Um die Bandbreite möglicher Rahmenbedingungen einzugrenzen, entwirft die vorliegende Prognose zwei Szenarien. Im ersten werden weitere Öffnungsschritte unterstellt, im zweiten ein neuerlicher Lockdown.

Abbildung 1: **Konjunkturbild Österreich – Öffnungsszenario**

BIP, real



Q: WIFO, Statistik Austria. – ¹⁾ Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

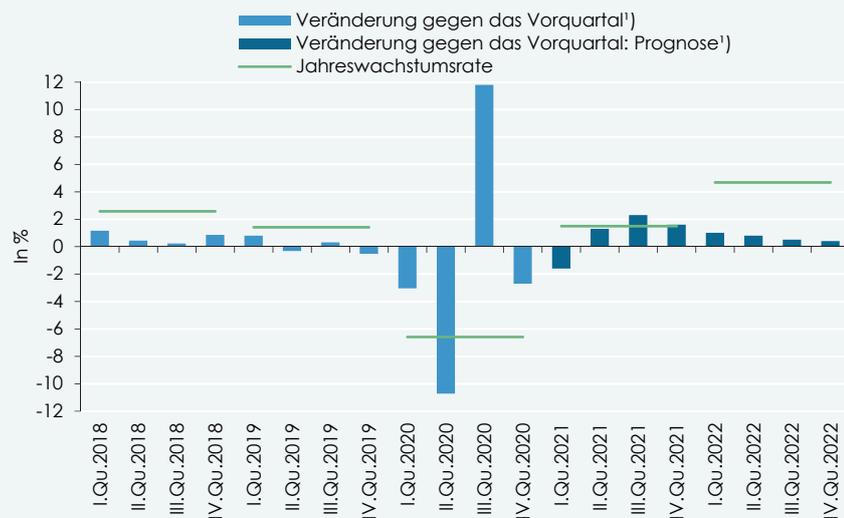
2.1.2 Lockdown-Szenario

Dieses Szenario rechnet zusätzlich zu den bestehenden Maßnahmen mit neuerlichen behördlichen Einschränkungen. Die Annahmen lauten:

- Der Handel und die personennahen Dienstleistungen werden ab Anfang April für vier Wochen geschlossen.
- Die Gastronomie öffnet erst ab Mitte Mai, die Beherbergungsbetriebe erst ab Ende Mai.
- Die Reisewarnungen werden ab Mitte Mai bis Ende Juni schrittweise aufgehoben. Wichtige Quellmärkte heben ihre Reisewarnungen für Österreich Mitte Juni auf.
- Veranstaltungen sind ab Ende Mai wieder möglich. Der Veranstaltungs- und Kulturbetrieb normalisiert sich erst ab Herbst 2021, wobei im II. und III. Quartal etliche (vor allem größere) Veranstaltungen aufgrund der notwendigen Vorlaufzeit ausfallen.
- Es kommt zu keinen Schulschließungen.

Abbildung 2: **Konjunkturbild Österreich – Lockdown-Szenario**

BIP, real

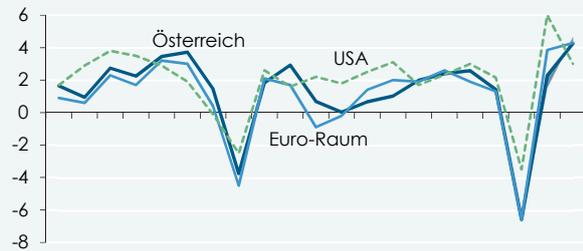


Q: WIFO, Statistik Austria. – ¹⁾ Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Abbildung 3: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

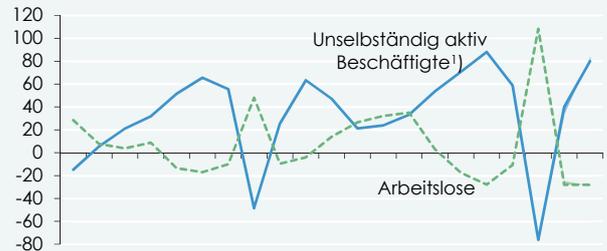
Wirtschaftswachstum

In %



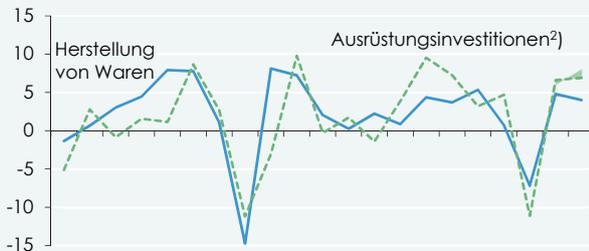
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



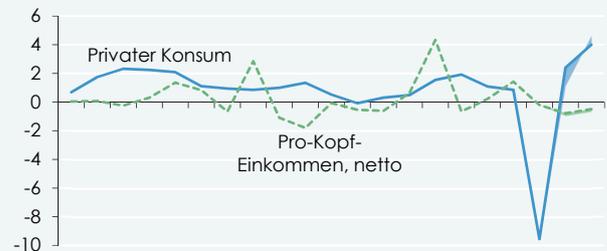
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



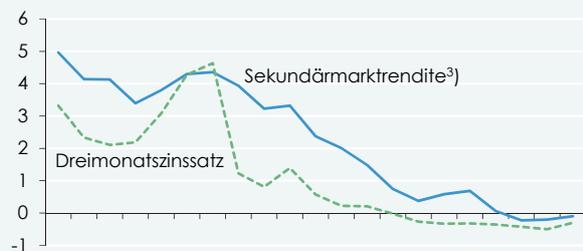
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



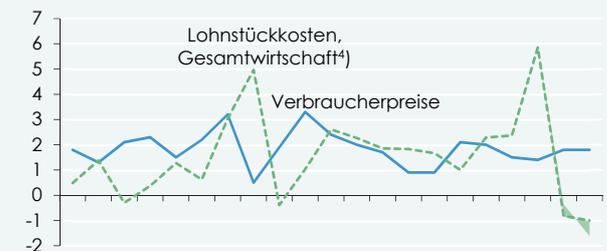
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



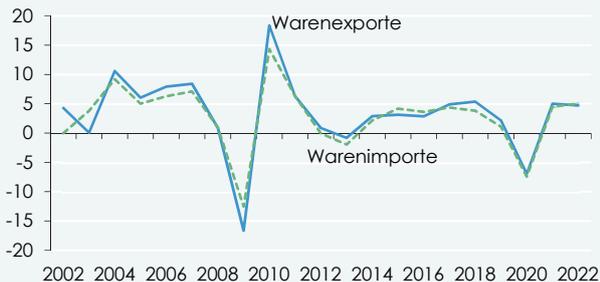
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. Das Lockdown-Szenario wird als schattierter Bereich dargestellt. – 1) Ohne Personen in aufrechten Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

In beiden Szenarien beruhen die Schätzungen der gesamtwirtschaftlichen Effekte auf der Konjunkturbeobachtung anhand des

Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) und auf Erfahrungen, die im

Rahmen der Schließungs- und Öffnungsphasen des Jahres 2020 gewonnen wurden.

Im **Öffnungsszenario** dürfte bereits im Frühjahr eine kräftige Erholung eintreten, die sich im Sommer und Herbst fortsetzt (Abbildung 1). Privater Konsum und Reiseverkehr gewinnen nur langsam an Schwung und erholen sich bis Ende 2022 nur teilweise. Die Konsumschwäche wird durch die anhaltende Erholung der Weltwirtschaft und eine rege Investitionstätigkeit zum Teil ausgeglichen. Jedoch dürfte die Wirtschaftstätigkeit erst zum Ende des Prognosezeitraums wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Laut Öffnungsszenario wird das BIP 2021 im Vorjahresvergleich um 2,3% und 2022 um 4,3% wachsen.

Im **Lockdown-Szenario** verzögert sich die Erholung aufgrund des neuerlichen vierwöchigen Lockdown im April. Die Schließung des Handels und der personennahen Dienstleistungen dämpft – wie schon im Herbst und Winter – merklich den privaten Konsum. Die Öffnungsschritte in der Gastronomie, der Beherbergung und im Veranstaltungswesen verzögern sich, sodass die wirtschaftliche Aktivität in diesen Bereichen erst im Sommer allmählich wieder zunimmt. Der wirtschaftliche Erholungs- und Aufholprozess verlagert sich stärker ins Jahr 2022 (Abbildung 2). Laut Lockdown-Szenario nimmt das BIP 2021 um 1,5% und 2022 um 4,7% zu.

Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2019	2020	2021	2022	2021	2022
		Öffnungsszenario				Lockdown-Szenario	
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,9	- 0,3	+ 0,6	+ 2,4	+ 0,6	+ 2,7
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 0,2	- 5,9	+ 4,1	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,7
Jahreswachstumsrate	in %	+ 1,4	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 4,7
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	+ 1,4	- 6,7	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 4,7
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

2.2 Warenaußenhandel kaum von Einschränkungen im Inland betroffen

Der österreichische Warenexport entwickelt sich infolge der weltweiten Konjunkturerholung robust.

Nach dem tiefen Einbruch in der ersten Jahreshälfte 2020 nahmen die Warenexporte in den Sommermonaten merklich zu. Die neuerliche Infektionswelle und die Verschärfung der COVID-19-Maßnahmen in vielen Ländern ab Herbst 2020 bremsten diese Erholung etwas; die Warenexporte übertrafen dennoch im IV. Quartal das Vorquartal und erreichten beinahe wieder das Niveau von 2019. Auch im I. Quartal 2021 dürfte die Warenausfuhr nur wenig von den behördlichen Einschränkungen im Inland betroffen sein; die Einschätzungen der Unternehmen zur Auftragslage aus dem Ausland verschlechterten sich laut WIFO-Konjunkturtest kaum. Für die Warenexporte wird daher in beiden Prognosevarianten dieselbe Entwicklung unterstellt.

Die Erholung der Weltwirtschaft dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Das begünstigt auch den österreichischen Außenhan-

del. Allerdings ist – insbesondere im Euro-Raum – das Wirtschaftswachstum wichtiger Handelspartner geringer als in Ländern, in denen österreichische Unternehmen weniger stark vertreten sind. Die Entwicklung des Welthandels dürfte weiterhin stark vom Wachstum asiatischer Länder getrieben werden. Zudem birgt das Phase-I-Abkommen zwischen den USA und China, das Anfang 2021 in Kraft trat, die Gefahr von Handelspunten, unter denen auch der österreichische Außenhandel leiden könnte. Andererseits dürfte die Fortsetzung der globalen Erholung auch die internationale Investitionskonjunktur befördern, von der heimische Unternehmen traditionell profitieren. 2021 werden die Warenexporte daher um voraussichtlich 5% zunehmen. 2022 wird sich die konjunkturelle Erholung auch im Euro-Raum deutlich niederschlagen, was die Abschwächung der weltweiten Handelsdynamik ausgleichen dürfte. Die österreichischen Warenexporte dürften somit auch 2022 um 4,7% ansteigen.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2019	2020	2021	2022	2021	2022	2020	2021	2022	2021	2022	
					Öffnungsszenario		Lockdown-Szenario		Öffnungsszenario		Lockdown-Szenario	
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Konsumausgaben insgesamt	263,11	246,00	251,16	259,12	248,92	257,84	- 6,5	+ 2,1	+ 3,2	+ 1,2	+ 3,6	
Private Haushalte ¹⁾	191,36	173,06	177,21	184,30	174,96	183,01	- 9,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 1,1	+ 4,6	
Staat	71,75	72,92	73,94	74,82	73,94	74,82	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	
Bruttoinvestitionen	94,79	89,20	93,16	97,02	93,03	97,09	- 5,9	+ 4,4	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,4	
Bruttoanlageinvestitionen	91,68	87,21	90,69	94,33	90,25	94,24	- 4,9	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,4	
Ausrüstungen ²⁾	31,75	28,23	30,09	32,17	29,92	32,31	- 11,1	+ 6,6	+ 6,9	+ 6,0	+ 8,0	
Bauten	40,22	38,88	39,86	40,65	39,78	40,53	- 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	
Sonstige Anlagen ³⁾	19,72	20,04	20,74	21,57	20,54	21,47	+ 1,6	+ 3,5	+ 4,0	+ 2,5	+ 4,5	
Inländische Verwendung	359,24	336,31	345,82	358,08	343,42	356,84	- 6,4	+ 2,8	+ 3,5	+ 2,1	+ 3,9	
Exporte	214,54	192,26	197,62	211,94	196,65	212,00	- 10,4	+ 2,8	+ 7,2	+ 2,3	+ 7,8	
Reiseverkehr	16,85	10,20	8,41	15,23	7,51	15,29	- 39,5	- 17,5	+ 81,0	- 26,3	+ 103,5	
Minus Importe	199,72	179,27	186,24	197,50	185,53	197,60	- 10,2	+ 3,9	+ 6,0	+ 3,5	+ 6,5	
Reiseverkehr	9,11	2,77	3,30	7,13	3,00	7,21	- 69,6	+ 19,4	+ 115,7	+ 8,5	+ 140,2	
Bruttoinlandsprodukt	374,05	349,40	357,40	372,61	354,74	371,35	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 4,7	
Nominell	397,58	375,56	388,77	412,31	385,87	410,91	- 5,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 2,7	+ 6,5	

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Durch die unterschiedliche Entwicklung der Konjunktur, insbesondere der Konsumnachfrage, unterscheiden sich die Prognosewerte für den österreichischen Warenimport zwischen den beiden Szenarien. Allerdings erhöht die starke Investitionsnachfrage bei Ausrüstungen aufgrund des hohen Importanteils dieser Güter die Einfuhr. Die Importe wachsen daher in beiden Szenarien 2022 stärker als 2021.

2.3 Industrie- und Baukonjunktur robust

Auch die Herstellung von Waren wird im Prognosezeitraum – anders als im Frühjahr 2020 – kaum von den behördlichen Einschränkungen im Inland betroffen sein. Die

Wertschöpfung wuchs zu Jahresende 2020 zwar nicht mehr so kräftig wie noch im Sommer, hatte jedoch bereits fast wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Der wöchentliche Index der Wirtschaftsaktivität (WWWI) deutet zwar auf eine schwache Expansion zu Jahresbeginn 2021. Allerdings lässt die zuletzt deutliche Verbesserung der Konjunkturschätzungen für das verarbeitende Gewerbe in Deutschland und Italien auch für Österreich eine Fortsetzung des Aufholprozesses erwarten. In den nächsten Monaten dürfte die Industriekonjunktur sowohl in Österreich als auch in anderen Ländern wieder an Schwung gewinnen. Für die Herstellung von Waren rechnen daher beide Prognoseszenarien mit einer kräftigen Expansion.

Industrie und Bauwirtschaft sind kaum von den Lockdown-Maßnahmen betroffen.

Übersicht 5: Produktivität

	2019	2020	2021	2022	2021	2022
					Öffnungsszenario	Lockdown-Szenario
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,4	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 4,7
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 1,7	- 8,8	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 4,0
Stundenproduktivität ²⁾	- 0,2	+ 2,4	- 1,8	+ 0,9	- 1,7	+ 0,7
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,3	- 1,8	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,8	+ 2,0
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 0,7	- 7,2	+ 4,8	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,0
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 0,7	- 6,5	+ 4,4	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,5
Stundenproduktivität ²⁾	- 0,0	- 0,7	+ 0,4	+ 2,5	+ 0,1	+ 2,5
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 1,3	- 1,4	- 0,1	+ 0,5	- 0,1	+ 0,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktionswert, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2019	2020	2021	2022	2021	2022	2020	2021	2022	2021	2022
	Öffnungsszenario				Lockdown-Szenario		Öffnungsszenario				
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)											
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,30	4,18	4,18	4,18	4,18	4,18	- 2,9	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	67,07	62,25	65,23	67,84	65,05	67,65	- 7,2	+ 4,8	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,0
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	10,21	9,72	9,91	10,06	9,91	10,03	- 4,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,2
Bauwirtschaft	20,69	20,21	20,62	20,93	20,58	20,89	- 2,3	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,10	36,92	38,21	39,16	37,84	38,97	- 5,6	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,0
Verkehr	18,92	15,99	16,47	17,46	16,15	17,44	- 15,5	+ 3,0	+ 6,0	+ 1,0	+ 8,0
Beherbergung und Gastronomie	16,62	10,77	9,90	14,36	9,26	14,16	- 35,2	- 8,0	+ 45,0	- 14,0	+ 53,0
Information und Kommunikation	13,14	13,37	13,64	13,85	13,64	13,85	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,08	15,45	15,76	16,00	15,76	15,92	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,31	31,90	32,37	32,76	32,37	32,70	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	32,98	29,15	30,60	32,75	29,96	32,36	- 11,6	+ 5,0	+ 7,0	+ 2,8	+ 8,0
Öffentliche Verwaltung ²⁾	56,05	56,24	56,52	56,80	56,52	56,80	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,96	7,21	7,49	8,09	7,39	8,12	- 19,6	+ 4,0	+ 8,0	+ 2,5	+ 10,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	334,29	313,03	320,23	334,08	317,83	332,91	- 6,4	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 4,7
Bruttoinlandsprodukt	374,05	349,40	357,40	372,61	354,74	371,35	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 4,7

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Bauwirtschaft hatte sich bereits im Sommer 2020 vom Einbruch im Frühjahr erholt und das Vorjahresniveau im IV. Quartal trotz einer leichten Abschwächung nahezu wieder erreicht. Während es im Zuge des ersten Lockdown noch zu Baustellenschließungen gekommen war, blieb die Bautätigkeit im Herbst und Winter aufrecht, wodurch das Bauwesen kaum von den Lockdown-Maßnahmen betroffen war. Beide Szenarien gehen daher davon aus, dass die Wertschöpfung im Bauwesen im Prognosezeitraum stetig wächst. Die Prognose steht allerdings unter gewissen Unsicherheiten, da die Bauwirtschaft stark von der Investitionstätigkeit der Länder und Gemeinden abhängt. In früheren Krisen hatte der Ausfall von Steuereinnahmen und Ertragsanteilen die Nachfrage dieser Gebietskörperschaften gedämpft.

2.4 Hohe Inanspruchnahme der Investitionsprämie

Die COVID-19-Krise führte 2020 zu einem drastischen Einbruch der Bruttoanlageinvestitionen, der insbesondere durch den Bereich der Ausrüstungen getrieben wurde. 2021 und 2022 dürften sie, auch aufgrund der Investitionsprämie, wieder kräftig zunehmen. Die Antragsfrist für die Prämie endete am 28. Februar 2021. Da bislang noch keine offiziellen Informationen über das Ausmaß der Inanspruchnahme vorliegen, die Antragszahlen kurz vor Ende der Frist jedoch

stark zugenommen haben dürften, wird in der Prognose ein Gesamtvolumen der Prämie von 6,5 Mrd. € angenommen, wovon etwa ein Viertel erst 2023 bis 2025 schlagend wird. Bei einer unterstellten durchschnittlichen Förderquote von 10% würde dies für 2021 und 2022 ein Investitionsvolumen von 50 Mrd. € betreffen.

Die Prämie wirkt sich in zweifacher Weise auf die Konjunktur aus: Zum einen führt sie zu Mehrinvestitionen, die ohne Prämie nicht getätigt worden wären. Zum anderen bewirkt sie, dass erst später geplante Investitionen vorgezogen werden und demnach in den Folgejahren entfallen. Wie eine Sonderbefragung im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020 zeigt, ist darüber hinaus mit erheblichen Mitnahmeeffekten zu rechnen, wenn die Prämie für Investitionsprojekte in Anspruch genommen wird, die ohnehin planmäßig umgesetzt würden. Für den Prognosezeitraum wird ein zusätzliches Investitionsvolumen durch die Prämie von 3,6 Mrd. € unterstellt, das sich aus Mehrinvestitionen in Höhe von 1,2 Mrd. € und vorgezogenen Investitionen von 2,4 Mrd. € zusammensetzt.

Unter diesen Annahmen nehmen die Bruttoanlageinvestitionen im Öffnungsszenario 2021 und 2022 um jeweils 4% zu. Aufgrund der verzögerten Erholung beträgt der Zuwachs im Lockdown-Szenario 3,5% (2021) bzw. 4,4% (2022).

Von der Investitionsprämie dürften im Prognosezeitraum wesentliche Konjunkturreffekte ausgehen.

2.5 Langsame Erholung im Tourismus ab dem Sommer

In Folge der behördlichen COVID-19-Maßnahmen fiel die touristische Wintersaison 2020/21 beinahe vollständig aus. Die Reiseverkehrsexporte und die Wertschöpfung im Bereich Gastronomie und Beherbergung dürften 2021 nach einem drastischen Rückgang im Vorjahr neuerlich sinken. Trotz einer allmählichen Erholung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und der schrittweisen Aufhebung von Beschränkungen wird der Tourismus im Sommer nur langsam in Schwung kommen. Insbesondere im Städtetourismus dürfte sich die Erholung merklich verzögern und auch Geschäftsreisen dürften noch länger nur eingeschränkt stattfinden.

Für 2022 ist hingegen aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus mit kräftigen Zuwächsen zu rechnen. Die Reisetätigkeit wird sich jedoch bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht vollständig erholen.

2.6 Einkommensentwicklung und Sparen dämpfen den Konsum längerfristig

Die COVID-19-Maßnahmen führten 2020 zu einem kräftigen Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte, insbesondere im Bereich nichtdauerhafter Güter und Dienstleistungen. Zwar dürften auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich gesunken sein, der starke Anstieg der Sparquote deutet aber darauf hin, dass der Konsumrückgang zumindest teilweise erzwungen war.

Der Reiseverkehr kommt erst ab dem Sommer wieder langsam in Schwung und erholt sich im Prognosezeitraum nicht vollständig.

Die Sparquote stieg in der COVID-19-Krise merklich an. Bis 2022 wird sie nur teilweise wieder sinken.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2019	2020	2021	2022	2021	2022
			Öffnungsszenario		Lockdown-Szenario	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 0,8	- 9,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 1,1	+ 4,6
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,4	- 0,5	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,0	- 10,5	+ 2,3	+ 4,2	+ 0,8	+ 4,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,3	- 2,2	- 0,9	+ 1,6	- 0,9	+ 1,7
In % des verfügbaren Einkommens						
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,2	15,1	12,4	10,2	13,4	10,9
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,6	14,6	11,7	9,6	12,8	10,3
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,8
Verbraucherpreise						
National	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Harmonisiert	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
Kerninflation ²⁾	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Im Prognosezeitraum dürfte die Sparquote wieder deutlich sinken. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden zwar aller Voraussicht nach auch 2021 zurückgehen und erst 2022 wieder leicht steigen, die privaten Konsumausgaben dürften aber in beiden Jahren deutlich ausgeweitet werden. Da ein Lockdown im Frühjahr 2021 den Konsum neuerlich einschränken und eine Öffnung der konsumrelevanten Bereiche Gastronomie, Beherbergung und Veranstaltungen verzögern würde, wächst der private Konsum im Lockdown-Szenario schwächer als im Öffnungsszenario. Im Falle eines Lockdown ist allerdings 2022 mit stärkeren Erholungs- und Aufholeffekten zu rechnen. In beiden Szenarien bleibt die Spar-

quote höher als vor der Krise 2019, da sich das Verhalten der privaten Haushalte erst allmählich an die verbesserte Einkommenssituation anpassen wird.

2.7 Krise hinterlässt längerfristig Spuren auf dem Arbeitsmarkt

Der Einbruch der Wirtschaftsaktivität 2020 schlug sich in einem deutlichen Rückgang der Beschäftigung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder. Insbesondere der Ausfall des Wintertourismus führte zu einer starken Zunahme der Arbeitslosen. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitszeitvolumen sank 2020 um 8,8%. Durch das Instrument der Kurzarbeit konnte der Beschäftigungsrück-

Mit der erwarteten Erholung der wirtschaftlichen Aktivität nimmt auch die Beschäftigung wieder merklich zu. Die Arbeitslosigkeit bleibt allerdings noch länger hoch.

gang abgemildert werden. Die Arbeitszeit pro Kopf nahm allerdings deutlich ab.

Im Zuge der schrittweisen Erholung der Wirtschaftstätigkeit wird auch die Inanspruchnahme der Kurzarbeit wieder sinken und das

Arbeitszeitvolumen deutlich ansteigen. Auch die Beschäftigung nimmt im Prognosezeitraum wieder merklich zu. Der starke Rückgang der unselbständig aktiv Beschäftigten im Vorjahr wird aber erst 2022 wieder vollständig wettgemacht worden sein.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2019	2020	2021	2022	2021	2022
			Öffnungsszenario		Lockdown-Szenario	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 61,4	- 79,1	+ 39,0	+ 80,0	+ 33,0	+ 84,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 58,9	- 76,1	+ 40,0	+ 80,0	+ 34,0	+ 84,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 12,3	- 53,9	+ 14,0	+ 17,0	+ 12,0	+ 18,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,6	- 22,2	+ 26,0	+ 63,0	+ 22,0	+ 66,0
Selbständige ²⁾	+ 2,5	- 3,0	- 1,0	± 0,0	- 1,0	± 0,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 11,4	+ 12,7	+ 2,3	- 6,0	+ 2,3	- 6,0
Erwerbspersonen ³⁾	+ 50,6	+ 29,2	+ 11,0	+ 52,0	+ 8,0	+ 55,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 10,8	+108,3	- 28,0	- 28,0	- 25,0	- 29,0
Personen in Schulung	- 6,8	- 4,9	+ 18,0	- 5,0	+ 18,0	- 5,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	4,5	5,4	5,0	4,8	5,1	4,8
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,6	8,9	8,2	7,6	8,3	7,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,4	9,9	9,2	8,4	9,3	8,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 1,6	- 2,0	+ 1,1	+ 2,2	+ 0,9	+ 2,3
Arbeitslose (laut AMS)	- 3,5	+ 35,9	- 6,8	- 7,3	- 6,1	- 7,5
Stand in 1.000	301,3	409,6	381,6	353,6	384,6	355,6

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

Der Aufbau der Beschäftigung erfolgt nur zum Teil durch die Einstellung von Arbeitslosen. Zum einen dürfte sich der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, der durch die Krise unterbrochen wurde, wieder verstärken. Zum anderen werden auch Berufseinstiege wieder zunehmen. Zwar gehen beide Szenarien für 2021 und 2022 von deutlich sinkenden Arbeitslosenzahlen aus, die Arbeitslosenquote wird aber in beiden Fällen auch 2022 noch deutlich über dem Vorkrisenniveau liegen.

2.8 Inflationsdruck schwach

Kurzarbeit und hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere in den von der Krise am stärksten betroffenen Bereichen, dämpften 2020 die

Lohnentwicklung: Die Löhne und Gehälter pro Kopf stiegen gegenüber 2019 kaum. Diese Tendenz hält 2021 an, während für 2022 aufgrund der fortschreitenden Erholung wieder mit nominellen Lohnzuwächsen zu rechnen ist. Die Reallöhne sinken jedoch in beiden Szenarien bis 2022 merklich.

Die schwache Lohnentwicklung trägt dazu bei, dass der Inflationsdruck im Prognosezeitraum gering bleibt. Die Verbraucherpreise werden 2021 aufgrund des Anstiegs der Rohstoffpreise zwar wieder etwas stärker steigen als in den Vorjahren, der Preisauftrieb dürfte sich jedoch kaum beschleunigen. 2022 gleicht ein geringerer Anstieg der weltweiten Rohstoffpreise die etwas stärkeren nominellen Lohnzuwächse aus.

Der Preisauftrieb im Inland bleibt aufgrund einer schwachen Lohnentwicklung verhalten. Die Effekte höherer Rohstoffpreise klingen 2022 ab.

Übersicht 9: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2019	2020	2021	2022	2021	2022
			Öffnungsszenario		Lockdown-Szenario	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,3
Real ²⁾						
Brutto	+ 1,3	- 0,8	- 0,9	- 0,3	- 1,1	- 0,5
Netto	+ 1,4	- 0,2	- 0,8	- 0,5	- 1,0	- 0,7
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 0,9	+ 7,6	- 4,2	- 2,0	- 3,6	- 2,8
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾						
	68,3	70,2	71,1	70,2	71,3	70,1
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,4	+ 5,9	- 0,8	- 1,0	- 0,3	- 1,6
Herstellung von Waren	+ 3,8	+ 6,1	- 3,7	- 1,5	- 3,4	- 1,5
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	- 0,7	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3
Real	- 1,0	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4

Q: WIFO, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteiles der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte je von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

2.9 Fiskalpolitische Unterstützungsmaßnahmen belasten das Budget

Derzeit ist noch unklar, wie stark die fiskalischen COVID-19-Maßnahmen die öffentlichen Haushalte belasten. Dies gilt selbst für das Jahr 2020, da einzelne Hilfsmaßnahmen

wie etwa der Fixkostenzuschuss noch bis weit ins Jahr 2021 hinein beantragt werden können, die entsprechenden Zahlungen allerdings rückwirkend das Budget 2020 belasten. Für 2020 wird vorläufig ein Finanzierungssaldo von -8,9% des BIP erwartet.

Die schrittweise wirtschaftliche Erholung dämpft die Ausgaben und erhöht die Einnahmen des Staates. Dies senkt die Belastung der öffentlichen Haushalte. Durch die Investitionsprämie wird das Defizit hingegen deutlich steigen.

Übersicht 10: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2019	2020	2021	2022	2021	2022
			Öffnungsszenario		Lockdown-Szenario	
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	0,7	- 8,9	- 7,1	- 3,7	- 7,7	- 4,0
Primärsaldo des Staates	2,1	- 7,6	- 5,9	- 2,6	- 6,4	- 2,9
Staatseinnahmen	49,1	48,7	48,7	48,3	48,8	48,3
Staatsausgaben	48,4	57,7	55,8	52,0	56,5	52,3
In%						
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,3
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 und 2022: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die fiskalpolitischen COVID-19-Maßnahmen zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Krisenfolgen werden auch die Budgets 2021 und 2022 prägen. Während die Zuschüsse für Unternehmen und die Nutzung der Kurzarbeit 2021 geringer ausfallen werden als im Vorjahr, wird die starke Inanspruchnahme der Investitionsprämie (6,5 Mrd. €) das Defizit 2021 und 2022

deutlich erhöhen. Investive Maßnahmen aus dem Klima- und Schulpaket werden die öffentlichen Haushalte ebenfalls belasten. Einnahmenseitig führen Entlastungsmaßnahmen im Bereich der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer (degressive Abschreibung, Anpassungen bei der Verlustverrechnung, temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes für Gastronomie und Kultur)

auch im Prognosezeitraum zu Einbußen. Einnahmenverluste resultieren auch aus der rückwirkend geltenden Einkommensteuertarifreform 2020. Der Wegfall von Einmalzahlungen (Kinderbonus, Familienhärteausgleich, Arbeitslosengeld) und ein erhöhtes Abgabenaufkommen infolge der wirtschaftlichen Erholung tragen hingegen zur Entlas-

zung bei. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte verbessert sich 2021 auf $-7,1\%$ und 2022 auf $-3,7\%$ des BIP (Öffnungsszenario). Ein neuerlicher Lockdown im April 2021 würde diese Effekte verzögern, sodass der Saldo 2021 $-7,7\%$ und 2022 $-4,0\%$ beträgt.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 628/2021** **Ein Ausblick auf die Treibhausgasemissionen in Österreich 2021 und 2022**
Mark Sommer, Franz Sinabell, Gerhard Streicher
- 627/2021** **Weekly Economic Activity: Measurement and Informational Content**
Philipp Wegmüller, Christian Glocker, Valentino Guggia
- 626/2021** **The Impact of Welfare Benefits on the Location Choice of Refugees. Testing the Welfare Magnet Hypothesis**
Fanny Dellinger, Peter Huber
- 625/2021** **Do Firms Facing Competitors from Emerging Markets Behave Differently? Evidence from Austrian Manufacturing Firms**
Klaus S. Friesenbichler, Andreas Reinstaller
- 624/2021** **Labour Market Effects of Trade in a Small Open Economy**
Agnes Kügler, Klaus S. Friesenbichler, Cornelius Hirsch
- 623/2021** **The Impact of Import Competition from China on Firm-level Productivity Growth in the EU**
Klaus S. Friesenbichler, Agnes Kügler, Andreas Reinstaller
- 622/2021** **Import Competition from China in Manufacturing after the Financial Crisis: Evidence for European Regions**
Werner Hölzl
- 621/2021** **Aspects of Environmentally Beneficial Tax Incentives. A Literature Review**
Angela Köppl, Margit Schratzenstaller
- 620/2021** **Digitization and the Evolution of Money as a Social Technology of Account**
Michael Peneder
- 619/2021** **Effects of Environmental and Carbon Taxation. A Literature Review**
Angela Köppl, Margit Schratzenstaller
- 618/2020** **microWELT: Microsimulation Projection of Full Generational Accounts for Austria and Spain**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Marian Fink, Gemma Abio, Guadalupe Souto Nieves, Concepció Patxot, Tanja Istenič
- 617/2020** **Pro-Globalization via FTAs in Times of COVID-19**
Fritz Breuss
- 616/2020** **Return and Onward Migration and Labour Market Entry. Empirical Analysis and Microsimulation Projection for Austria**
Peter Huber, Martin Spielauer
- 615/2020** **Microsimulation Projection of the Educational Integration and Labour Force Participation of First- and Second-Generation Immigrants**
Thomas Horvath, Martin Spielauer, Marian Fink
- 614/2020** **Macroeconometric Forecasting Using a Cluster of Dynamic Factor Models**
Christian Glocker, Serguei Kaniovski

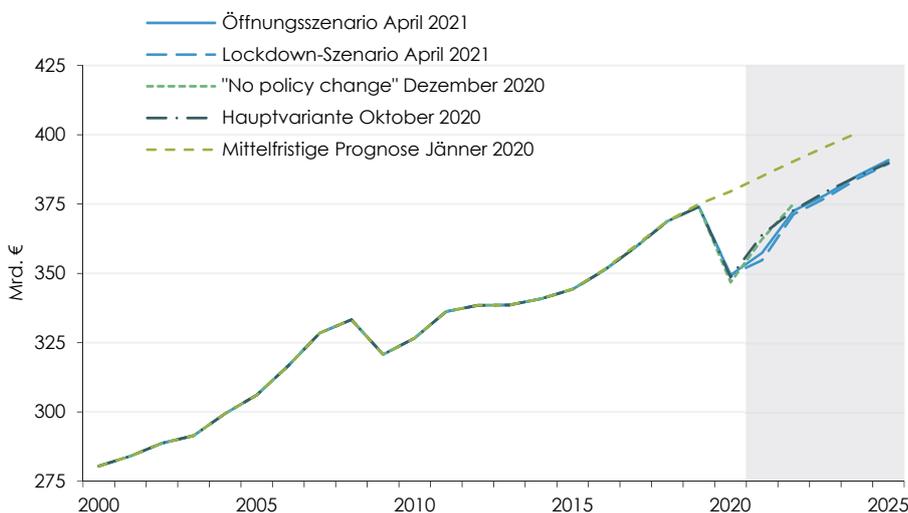
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

- Aufgrund der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie entwirft auch die mittelfristige WIFO-Prognose zwei Szenarien: Öffnungsszenario und Lockdown-Szenario.
- Unterschiede zwischen den beiden Szenarien bestehen vor allem in der kurzfristigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, mittelfristig konvergieren sie merklich.
- Im Falle der Staatsfinanzen weisen die beiden Szenarien auch noch mittelfristig markante Unterschiede auf.
- Das durchschnittliche jährliche Trendwachstum beträgt im Prognosezeitraum 1,1%.
- Die Arbeitslosen- und die Sparquote werden erst 2025 wieder das jeweilige Vorkrisenniveau erreichen.
- Der jährliche Preisauftrieb bleibt weiterhin unter dem Zielwert der EZB von 2%.

Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



"Im Vergleich mit der vor Beginn der COVID-19-Krise erstellten WIFO-Prognose vom Jänner 2020 beträgt die BIP-Lücke im Jahr 2021 über 8% und verringert sich bis 2024 auf 4%."

Durch die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Eindämmungsmaßnahmen verzeichnete Österreich 2020 die schwerste Rezession seit der Nachkriegszeit. Nach dem drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung um knapp 6,6% erwartet das WIFO erst für 2022 eine deutliche Erholung. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt wird die Krise noch länger spürbar sein (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen).

Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski

Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021 bis 2025

Die österreichische Wirtschaft dürfte sich im Nachklang der COVID-19-Pandemie 2022 und 2023 deutlich erholen und in der Folge bis 2025 moderat wachsen. Der Aufschwung wird von einer Erholung der Weltwirtschaft getragen, unterstützt durch umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen sowie die fortschreitende Durchimpfung der Bevölkerung. Prognosen bleiben aufgrund der aktuellen epidemiologischen Lage unsicher. Um dieser Unsicherheit Rechnung zu tragen, wurden in der WIFO-Konjunkturprognose für 2021 und 2022 zwei Szenarien (Öffnungs- und Lockdown-Szenario) dargestellt, die in der vorliegenden mittelfristigen Prognose bis 2025 fortgeschrieben werden. Für die meisten Kennzahlen konvergieren die beiden Szenarien bis zum Ende der Prognoseperiode. Im Öffnungsszenario wächst das BIP 2021 um 2¼% und 2022 um 4¼% (1½% bzw. 4¾% im Lockdown-Szenario). Bis 2025 schwächt sich das Wirtschaftswachstum in beiden Szenarien auf 1,5% ab. Die Investitionstätigkeit profitiert 2021 und 2022 von Vorzieheffekten, die von der Investitionsprämie ausgelöst werden, verliert aber in den Folgejahren aufgrund von damit in Beziehung stehenden Echoeffekten an Schwung. Die durch die COVID-19-Krise deutlich angestiegene Arbeitslosenquote dürfte erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau von 7,5% erreichen. Das Budgetdefizit beträgt im Öffnungsszenario 2021 7,1% und sinkt bis 2025 auf 2,5% (Lockdown-Szenario 2021: 7,7%, 2025: 2,8%). Die Staatsschuldenquote betrug 2020 84% und wird bis 2025 auf voraussichtlich rund 86% ansteigen (88% im Lockdown-Szenario, +15,5 bzw. +17,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorkrisenniveau von 2019).

Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2021 to 2025

The Austrian economy is expected to recover significantly in 2022 and 2023 in the aftermath of the COVID-19 pandemic. Subsequently, it is expected to grow moderately until 2025. The recovery will be driven by the rebound of the global economy, supported by comprehensive fiscal policy measures as well as the progressing vaccination coverage of the population. Predictions remain uncertain due to the current epidemiological situation. To account for this uncertainty, two scenarios (opening and lockdown scenario) were presented in the WIFO short-term economic outlook for 2021 and 2022. In the present medium-term forecast, these scenarios are projected until 2025. For most key figures, the two scenarios will converge by the end of the forecast period. In the opening scenario, GDP grows by 2¼ percent in 2021 and by 4¼ percent in 2022 (1½ percent and 4¾ percent respectively in the lockdown scenario). By 2025, economic growth weakens to 1.5 percent in both scenarios. Investment activity benefits in 2021 and 2022 from frontloading effects driven by the investment premium but loses momentum in the subsequent years due to linked echo effects. The unemployment rate rose significantly in the wake of the COVID-19 crisis and is not expected to return to its pre-crisis level (7.5 percent) until 2025. The budget deficit amounts to 7.1 percent in the opening scenario in 2021 and falls to 2.5 percent by 2025 (lockdown scenario 2021: 7.7 percent, 2025: 2.8 percent). The government debt-to-GDP ratio stood at 84 percent in 2020 and is projected to increase to around 86 percent by 2025 (88 percent in the lockdown scenario; +15.5 and +17.5 percentage points, respectively, compared to the 2019 pre-crisis level).

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Der vorliegende Beitrag stellt die Aktualisierung der mittelfristigen WIFO-Prognose 2021/2025 für die österreichische Wirtschaft vom Oktober 2020 (Baumgartner et al., 2020) dar. Er baut bis zum Jahr 2022 auf der kurzfristigen Konjunkturprognose des WIFO vom März 2021 auf (Ederer, 2021, in diesem Heft). Informationen, die bis zum 24. März 2021 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Nach dem 24. März 2021 veröffentlichte Daten, wie z. B. die von Statistik Austria veröffentlichten Informationen zum Staats- und Haushaltskonto (1. April 2021), konnten in die vorliegende Prognose nicht mehr aufgenommen werden. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner – Breuss – Kaniovski, 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Christoph Badelt, Hans Pitlik, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 27. 4. 2021

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at)

1. Überblick und grundlegende Annahmen

Für den **Prognosezeitraum 2021/2025** wird nach dem Abklingen der COVID-19-Krise

eine – teilweise kräftige – Erholung der internationalen Konjunktur erwartet, von der

auch die österreichische Wirtschaft profitieren wird. Diese Erholung wird in erster Linie von den USA und China ausgehen. In Europa und in Österreich ist sie 2021 dagegen noch vergleichsweise schwach, da in der EU erst ab dem Sommer mit einer weitreichenden Durchimpfung der Bevölkerung und einer dauerhaften Eindämmung des Infektionsgeschehens gerechnet wird, die eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft erst ermöglicht.

Um der Unsicherheit über die weitere Entwicklung Rechnung zu tragen, wurden in der **kurzfristigen Konjunkturprognose** für die Jahre **2021 und 2022** zwei Szenarien dargestellt (Ederer, 2021, in diesem Heft): Im **Öffnungsszenario** werden keine weiteren, die Wirtschaftstätigkeit einschränkenden Maßnahmen ergriffen und bestehende Einschränkungen im Laufe des Frühjahrs aufgehoben. Damit kommt die Wirtschaft bereits im II. Quartal 2021 wieder in Schwung, wodurch für 2021 ein BIP-Wachstum von 2¼% und für 2022 von 4¼% erwartet wird. Das **Lockdown-Szenario** geht dagegen von einer erneuten vierwöchigen Schließung des Handels und der personennahen Dienstleistungen im II. Quartal 2021 aus. Dadurch verzögert sich die Erholung (2021 +1½%) und fällt 2022 entsprechend stärker aus (+4¼%).

2. Internationale Rahmenbedingungen

Die **Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft** sind in **beiden Szenarien identisch**. Sie basieren auf einer durch das WIFO angepassten Variante der Weltprognose 2021/2025 von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario, Februar 2021; Übersicht 1, Abbildung 1).

Die COVID-19-Pandemie führte 2020 zur schwersten weltweiten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach einem drastischen Einbruch in der ersten Jahreshälfte setzte im 2. Halbjahr 2020 eine **deutliche Erholung der Weltwirtschaft** ein, die von **China** und den **USA getragen** wurde. In China erreichte die Wirtschaftsleistung bereits Ende 2020 wieder das Vorkrisenniveau; 2021 dürfte sie um fast 8½% und in den Folgejahren um rund 5% p. a. wachsen. Die Wirtschaft der USA profitiert von einem umfangreichen Impfprogramm – Ende März 2021 hatten bereits knapp 41% der Bevölkerung

Die **mittelfristige Prognose** schreibt diese **beiden Szenarien** für die Jahre **2023 bis 2025** fort, wobei sich die Szenarien bis zum Ende der Prognoseperiode für die meisten Variablen **stark annähern**. So rechnen beide Szenarien für 2025 mit einem BIP-Wachstum von +1½%. **Wesentliche Unterschiede** in der mittleren Frist betreffen den öffentlichen Sektor: Das **Budgetdefizit** ist im Lockdown-Szenario durchgehend um 0,3 Prozentpunkte des nominellen BIP p. a. höher; dementsprechend ergibt sich für 2025 eine um 2 Prozentpunkte höhere **Staatsschuld** als im Öffnungsszenario.

Beide Szenarien rechnen für die österreichische Wirtschaft im Prognosezeitraum mit einem Wachstum des **Trendoutputs** von durchschnittlich **1,1%** p. a.

Unter der den WIFO-Prognosen zugrunde liegenden "No-Policy-Change"-Annahme¹⁾ ergibt sich im **Öffnungsszenario** ein **Rückgang des Budgetdefizits** von **8,9% 2020 auf 2,5%** im Jahr **2025** (bzw. **2,8% Lockdown-Szenario**). Der Rückgang der **Staatsschuld** von **87,4%** (bzw. **88,6%**) im Jahr **2021** auf **86%** (**88%**) des nominellen BIP bis zum **Ende der Prognoseperiode** entsteht durch das stärkere nominelle BIP-Wachstum; in absoluten Zahlen dürfte die Staatsschuld im Jahr 2025 um 110 Mrd. € (117 Mrd. €) bzw. 39% (42%) höher sein als vor der Krise.

der USA zumindest eine Erstimpfung gegen COVID-19 erhalten (Zweitimpfung: rund 27%) – und einem weiterhin stark expansiven Kurs in der Geld- und Fiskalpolitik. Die Maßnahmen des "American Rescue"-Plan stützen mit zusätzlichen 1,9 Bio. \$ die privaten Haushaltseinkommen und den Konsum. Für 2021 wird für die USA ein Wachstum von 6% erwartet, die Wachstumsdynamik dürfte sich aber in der Folge von 3% (2022) auf 1,8% (2025) abschwächen²⁾.

Für **Europa** sind sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten gedämpfter: Eine weitgehende Durchimpfung der Bevölkerung in der Europäischen Union wird erst im Sommer erwartet. Im Vergleich zu den Konjunkturpaketen in den USA sind in Europa auch die fiskalischen Maßnahmen weniger umfangreich³⁾. 2021 und 2022 dürfte das reale BIP im Euro-Raum jeweils um etwa 4% wachsen,

¹⁾ Die WIFO-Prognosen berücksichtigen im Allgemeinen nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen. In bestimmten Fällen werden auch noch nicht formal beschlossene Maßnahmen einbezogen. Das ist etwa dann der Fall, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzgebungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zur betreffenden Regelung zugleich hinreichend

detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

²⁾ Das in den USA derzeit diskutierte Infrastrukturprogramm wurde in der vorliegenden Prognose noch nicht berücksichtigt.

³⁾ Zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung war die Informationsgrundlage zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU noch unzureichend. Sie konnte daher nicht berücksichtigt werden.

China und die USA werden mittelfristig das Wachstum der Weltwirtschaft antreiben. Davon wird auch die österreichische Exportwirtschaft profitieren.

bevor sich die Dynamik bis 2025 auf 1½% abkühlt.

Rund 80% der österreichischen Exporte gehen in die EU, die USA und nach China. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt in dieser Ländergruppe – gewichtet mit den heimischen Exportanteilen – bis 2022 um rund 4% p. a. und schwächt sich in der Folge auf rund 2¼% p. a. ab.

Nach dem krisenbedingten Einbruch des **Erdölpreises** im März bzw. April 2020 und der dadurch verursachten deutlichen Reduktion der Fördermengen durch die OPEC+-Län-

der, stieg der Rohölpreis seit Mai 2021 merklich an. Im Jahresdurchschnitt 2020 kostete Rohöl der Marke Brent 41,7 \$ je Barrel. Die Annahmen zur künftigen Entwicklung des Rohölpreises basieren auf den mittelfristigen Markterwartungen, wie sie die Futures-Notierungen für die Rohölsorte Brent bis 2025 wiedergeben. Für das Jahr 2021 wird ein Ölpreis von 63 \$ erwartet, der bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 54½ \$ sinken dürfte.

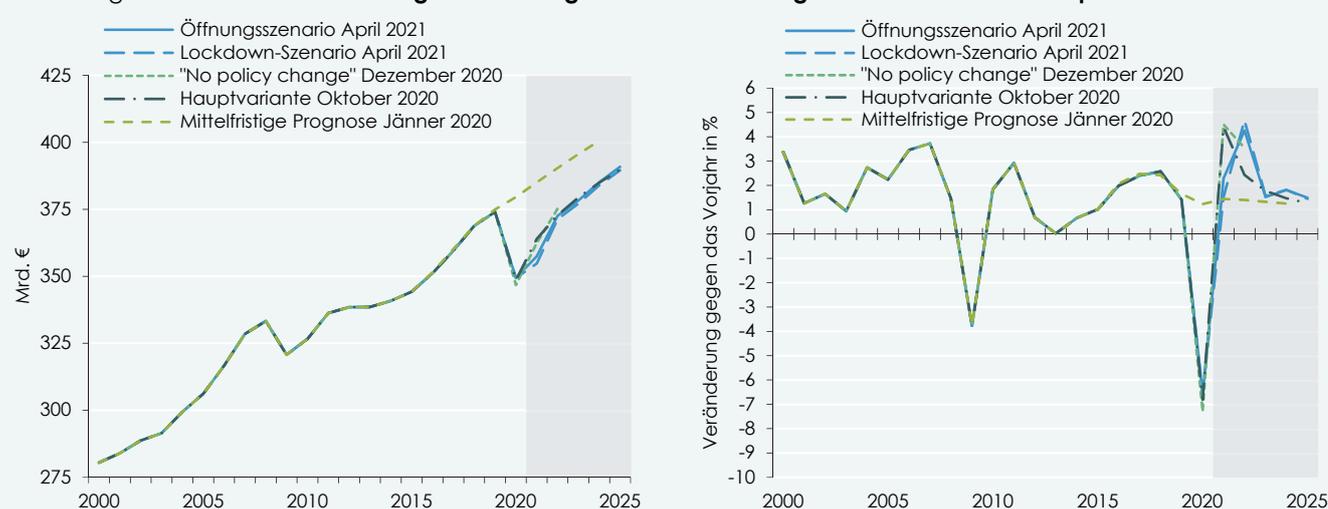
Für den **Wechselkurs** des Dollars gegenüber dem Euro wird bis 2025 ein leichter Anstieg auf 1,28 \$ je Euro unterstellt.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,7	- 6,6	+ 3,9	+ 4,3	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5	
MOEL 5 ¹⁾	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,0	- 3,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3	
USA	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,9	- 3,5	+ 6,0	+ 3,0	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,8	
Schweiz	+ 1,8	+ 0,9	+ 2,4	- 2,9	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,5	
China	+ 7,9	+ 5,8	+ 5,6	+ 2,3	+ 8,4	+ 5,2	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,7	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,9	- 5,2	+ 4,1	+ 4,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,8	
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	97	55	58	42	63	59	57	55	55
Wechselkurs	\$ je €	1,29	1,14	1,24	1,14	1,20	1,20	1,24	1,26	1,28
Internationale Zinssätze										
Dreimonatszinssatz	in %	0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,0	0,1	0,4
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,5	0,0	0,1	- 0,5	- 0,5	- 0,4	± 0,0	0,5	0,9

Q: WIFO-Berechnungen. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 2) Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Abbildung 1: Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Seit der mittelfristigen Prognose vom Oktober 2020 beschloss die **EZB**, ihre Anleihekäufe im Rahmen des Pandemie-Nottfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) um 500 Mrd. € auf insgesamt 1.850 Mrd. € zu erhöhen (siehe

Pekanov, 2021, in diesem Heft). Die Ankäufe werden weiterhin flexibel über verschiedene Anlageklassen und Länder des Euro-Raumes hinweg durchgeführt, um der Entstehung von Zinsunterschieden zwischen den Euro-Ländern entgegenzuwirken, die durch den

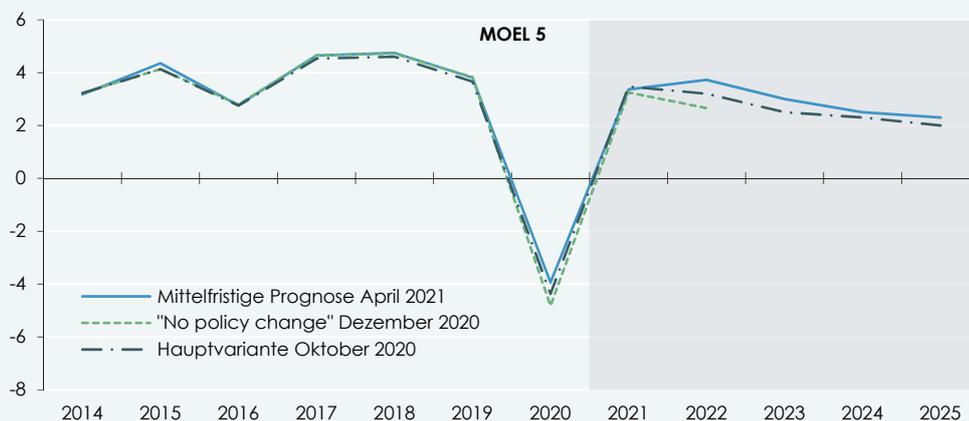
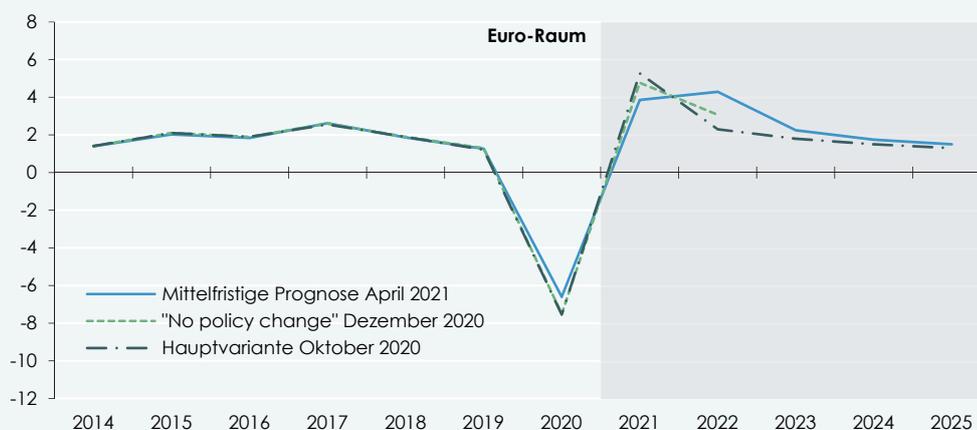
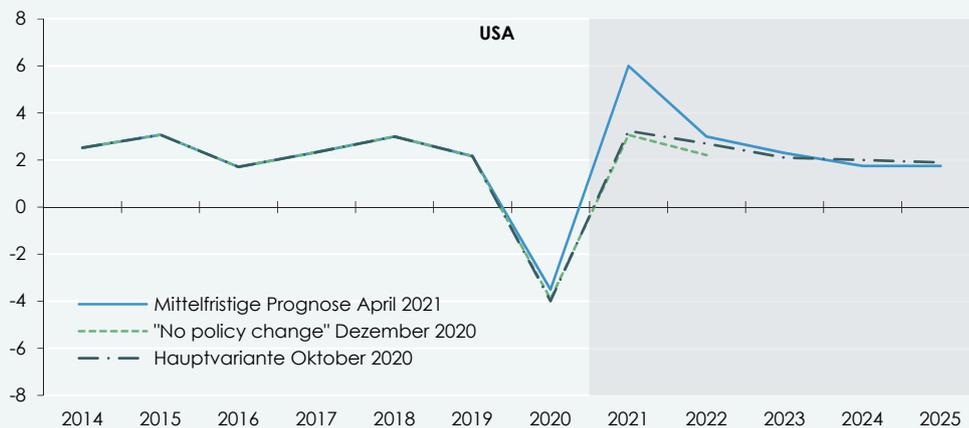
Marktdruck befördert werden könnte. Zudem wurde die Laufzeit des PEPP um ein Jahr bis März 2022 verlängert. Weiters

werden Kapitalrückzahlungen aus abreifenden Wertpapieren um ein Jahr länger, also bis mindestens Ende 2023, reinvestiert.

Die EZB behält ihren expansiven geldpolitischen Kurs über den gesamten Prognosezeitraum bei. 2025 liegt die Sekundärmarktrendite für 10-jährige deutsche Bundesanleihen knapp unter 1%.

Abbildung 2: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics; IWF, World Economic Outlook. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Die EZB tätigt daneben im Rahmen des Programmes zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) weiterhin Nettoankäufe im Umfang von 20 Mrd. € pro Monat und ermöglicht Banken

im Euro-Raum über gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III – Targeted Longer-Term Refinancing Operations; Laufzeit zwei Jahre) weiterhin eine günstige Refinanzierung.

Vor diesem Hintergrund wird die Prognose der **kurz- und langfristigen Marktzinssätze** leicht angepasst: Für das Jahr 2021 wird ein Dreimonatsszinssatz im Euro-Raum von $-\frac{1}{2}\%$

angenommen, der bis 2025 auf 0,4% steigt. Die Sekundärmarktrendite für deutsche 10-jährige Bundesanleihen dürfte von $-\frac{1}{2}\%$ 2021 auf 0,9% im Jahr 2025 ansteigen.

3. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

Aufbauend auf den beiden Szenarien der kurzfristigen Konjunkturprognose (Ederer, 2021, in diesem Heft) und auf Grundlage der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 2) sowie zur Fiskalpolitik im Inland (Kapitel 3.4) legt die vorliegende mittel-

fristige Prognose ebenfalls zwei Varianten vor (Übersichten 2 bis 5). Die Prognoseergebnisse ähneln einander in vielen Punkten; auf nennenswerte Abweichungen zwischen den beiden Szenarien wird jeweils hingewiesen.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Öffnungsszenario

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,3	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5
Nominell	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,9	- 5,5	+ 3,5	+ 6,1	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,2
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,9	- 1,8	+ 2,1	+ 3,9	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,0	+ 0,4	- 0,1	- 0,8	- 0,9	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	- 2,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	- 2,0	+ 1,1	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,2	5,3	4,7	5,4	5,0	4,8	4,7	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	8,5	8,2	9,9	9,2	8,4	8,1	7,8	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,1	3,5	3,7	3,8	2,8	3,6	3,9	4,1	4,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,1	- 2,1	- 3,9	- 8,9	- 7,1	- 3,7	- 3,2	- 2,8	- 2,5
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,7	- 2,2	- 3,5	- 6,4	- 5,3	- 3,5	- 3,1	- 2,8	- 2,5
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,6	- 2,2	- 3,5	- 6,2	- 5,1	- 3,3	- 3,1	- 3,1	- 3,0
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,1	- 2,2	- 3,5	- 6,4	- 5,3	- 3,5	- 3,1	- 2,8	- 2,5
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,0	- 2,2	- 3,5	- 6,2	- 5,1	- 3,3	- 3,1	- 3,1	- 3,0
Staatsschuld	82,9	77,9	86,3	83,8	87,4	85,8	86,3	86,2	86,0
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	7,6	9,3	9,8	15,1	12,4	10,2	9,2	8,8	8,5
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	- 4,4	- 3,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	± 0,0
WIFO-Methode ⁷⁾	- 0,9	+ 0,2	- 0,6	- 4,8	- 3,6	- 0,6	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2021, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2020. – 7) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2021 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Übersicht 3: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Lockdown-Szenario

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,2	- 6,6	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5
Nominell	+ 3,1	+ 1,8	+ 3,8	- 5,5	+ 2,7	+ 6,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾ Pro Kopf, real ²⁾	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,8	- 1,8	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,8
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	- 2,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	- 2,0	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,2	5,3	4,7	5,4	5,1	4,8	4,6	4,5	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	8,5	8,2	9,9	9,3	8,5	8,1	7,8	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag									
	3,1	3,5	3,7	3,8	2,8	3,6	3,9	4,1	4,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition									
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,1	- 2,1	- 4,2	- 8,9	- 7,7	- 4,0	- 3,4	- 3,1	- 2,8
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,7	- 2,3	- 3,7	- 6,5	- 5,6	- 3,9	- 3,4	- 3,0	- 2,8
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,6	- 2,3	- 3,9	- 6,3	- 5,3	- 3,6	- 3,4	- 3,5	- 3,4
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,1	- 2,3	- 3,7	- 6,5	- 5,6	- 3,9	- 3,4	- 3,0	- 2,8
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,0	- 2,3	- 3,9	- 6,3	- 5,3	- 3,6	- 3,4	- 3,5	- 3,4
Staatsschuld									
	82,9	77,9	87,7	83,8	88,6	86,8	87,6	87,7	87,9
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte									
	7,6	9,3	10,4	15,1	13,4	10,9	9,7	9,2	8,9
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,7	+ 0,3	- 0,8	- 4,2	- 3,6	- 0,2	- 0,1	- 0,1	± 0,0
WIFO-Methode ⁷⁾	- 0,9	+ 0,3	- 0,6	- 4,6	- 4,1	- 0,6	- 0,0	+ 0,8	+ 1,1

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2021. Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2020. – ⁷⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2021 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

3.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die internationale Konjunktur gewinnt bis 2022 durch den Rebound-Effekt nach dem Ende der Krise und durch konjunkturbelebende Maßnahmen deutlich an Schwung. In den Folgejahren schwächt sich die Dynamik in Richtung des Trendoutput-Wachstums ab. Bedingt durch die Erholung der Handelspartner nehmen die österreichischen Warenexporte bereits 2021 wieder Fahrt auf. Die Reiseverkehrsexporte bleiben jedoch in der ersten Jahreshälfte 2021 auf sehr geringem

Niveau, zum einen aufgrund geschlossener Beherbergungsbetriebe, zum anderen durch internationale Reiseverkehrsbeschränkungen⁴⁾. Insgesamt nehmen daher die Gesamtexporte im Jahr 2021 um lediglich 2,8% zu (Öffnungsszenario). Im Lockdown-Szenario ist der Zuwachs mit +2,3% noch geringer, da in dieser Variante die Einschränkungen länger aufrecht bleiben. 2022 ist der Rebound-Effekt im Fall der Reiseverkehrsexporte mit 7,2% deutlich stärker (+7,8% im Lockdown-Szenario durch den kräftigeren Basiseffekt). Im Zeitraum 2023 bis 2025 geht

⁴⁾ Dazu gehören Quarantänepflichten, sowohl bei der Einreise nach Österreich, als auch in den für den österreichischen Tourismus wichtigsten Herkunftsländern bei der Wiedereinreise nach einem Auslandsaufenthalt.

ländern bei der Wiedereinreise nach einem Auslandsaufenthalt.

das Exportwachstum nur geringfügig von rund 5% auf 4¼% jährlich zurück.

Für die Importe zeigt sich ein ähnliches Muster, da im 1. Halbjahr 2021 Auslandsreisen aufgrund der gesundheitspolitischen Einschränkungen kaum möglich sein werden. Der **Außenbeitrag** verbessert sich über den Prognosezeitraum von knapp 3% auf 4%; im Durchschnitt beträgt sein Wachstumsbeitrag ¼ Prozentpunkt p. a.

Trotz umfangreicher einkommensstabilisierender Maßnahmen, zu denen u. a. die Kurzarbeitsbeihilfe, der Härtefallfonds, Einmalzahlungen für Arbeitslose und Familien und eine Einkommensteuersenkung zählen, brach der **private Konsum** im Jahr 2020 dramatisch ein (-9,6%). Zugleich kam es auf-

grund von Zwangs- und Vorsichtssparen zu einem – für eine Rezession untypischen – starken Anstieg der Sparquote auf 14,5% (laut Statistik Austria). Auch im 1. Halbjahr 2021 werden die Konsummöglichkeiten weiterhin durch gesundheitspolitische Maßnahmen eingeschränkt. Der private Konsum wächst daher 2021 nur verhalten (+2½% bzw. +1,1% im Lockdown-Szenario). Erst für 2022 wird mit der Überwindung bzw. der weitgehenden Eindämmung der COVID-19-Pandemie ein deutlicher Aufholeffekt erwartet (+4% bzw. +4,6%). 2023 wird das Wachstum des privaten Konsums voraussichtlich das Vorkrisenniveau erreichen (+2,6% bzw. +2,7%) und sich mit dem Abklingen der Konjunktur bis 2025 auf 1,6% abschwächen. Die Sparquote dürfte das Vorkrisenniveau erst 2025 wieder erreichen.

Übersicht 4: Komponenten der realen Nachfrage – Öffnungsszenario

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	- 0,9	+ 2,5	- 9,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,6
Staat	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,8	- 4,9	+ 4,0	+ 4,0	- 1,7	+ 1,0	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,6	- 6,2	+ 5,3	+ 5,7	- 4,8	+ 0,2	+ 1,7
Bauten	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,0	- 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,3	+ 2,2	- 6,4	+ 2,8	+ 3,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6
Exporte	+ 2,8	+ 1,0	+ 4,7	- 10,4	+ 2,8	+ 7,2	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,2
Importe	+ 2,8	+ 1,1	+ 4,7	- 10,2	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,4	+ 4,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,3	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Übersicht 5: Komponenten der realen Nachfrage – Lockdown-Szenario

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	- 0,9	+ 2,4	- 9,6	+ 1,1	+ 4,6	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,6
Staat	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,7	- 4,9	+ 3,5	+ 4,4	- 1,7	+ 0,9	+ 1,6
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,5	- 6,2	+ 4,5	+ 6,6	- 4,8	+ 0,1	+ 1,5
Bauten	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,9	- 3,3	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,3	+ 2,1	- 6,4	+ 2,1	+ 3,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5
Exporte	+ 2,8	+ 1,0	+ 4,7	- 10,4	+ 2,3	+ 7,8	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,3
Importe	+ 2,8	+ 1,1	+ 4,7	- 10,2	+ 3,5	+ 6,5	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,3	+ 2,2	- 6,6	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die Sparquote dürfte erst 2025 wieder auf das Vorkrisenniveau zurückgehen.

Die **Investitionstätigkeit** wird in den Jahren 2021 und 2022 durch die Investitionsprämie positiv beeinflusst. Zusätzliche (ohne die Prämie nicht getätigte) und vorgezogene (eigentlich erst für spätere Jahre geplante) private Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) werden

deutlich zunehmen und bis 2022 um mehr als 5% p. a. wachsen. Im Lockdown-Szenario betragen die Wachstumsraten 2021 4,5% und 2022 6,6%, was der verzögerten Erholung bzw. dem stärkeren Rebound-Effekt geschuldet ist. Durch das Vorziehen der Investitionen ist in den Folgejahren eine Abschwä-

chung der Investitionstätigkeit zu erwarten. Für 2023 wird daher mit einem Rückgang und für 2024 mit einer Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet. Erst 2025 normalisiert sich die Investitionstätigkeit wieder.

Auf Grundlage der dargestellten Entwicklung der Nachfragekomponenten wird für die Gesamtwirtschaft in den Jahren **2021 und 2022** mit einem **BIP-Wachstum** von **2¼%** bzw. **4¼%** gerechnet (1½% bzw. 4¾% im Lockdown-Szenario). Im Gleichklang mit der Konjunkturentwicklung der wichtigsten Handelspartner schwächt sich das heimische **BIP-Wachstum bis zum Ende des Prognosezeitraumes** auf **1,5%** ab. Das nur mäßige Wachstum im Jahr 2023 (+1½%) geht auf das Abflauen der Investitionstätigkeit zurück. Auf das **Trendwachstum** in der Periode **2021/2025** dürfte sich die COVID-19-Krise nicht mehr auswirken. Mit **1,1% p. a.** ist es leicht höher als in der vorherigen Fünfjahresperiode.

3.2 Arbeitsmarkt

Die COVID-19-Krise führte 2020 zu einem Beschäftigungseinbruch um 2% und einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenquote auf knapp 10%. Durch den Totalausfall der touristischen Wintersaison und andere Auswirkungen der behördlichen Maßnahmen ist die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsnachfrage im 1. Halbjahr 2021 noch verhalten. Mit dem Anziehen der Wirtschaftsleistung im Jahresverlauf 2021 sollte auch die Arbeitsnachfrage zunehmen. Durch das Auslaufen der Kurzarbeit ist jedoch zugleich ein Anstieg der Stundenproduktivität zu erwarten. Für das Gesamtjahr 2021 dürfte daher der **Beschäftigungsanstieg** mit rund 1% bescheiden bleiben. Das kräftige BIP-Wachstum von 4¼% (4¾% im Lockdown-Szenario) sollte sich 2022 in einem deutlicheren Beschäftigungsanstieg niederschlagen (+2¼%). Ab 2023 fällt er durch das Abklingen der Rebound-Effekte geringer aus (2023/2025 rund +1% p. a.).

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft ab 2022 um durchschnittlich 0,2% pro Jahr. Das **Arbeitskräfteangebot** dürfte in diesem Zeitraum um durchschnittlich 0,8% pro Jahr wachsen (+31.500 Personen p. a.). Das resultiert zum einen aus der weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (u. a. durch die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters ab 2024) und zum anderen aus einem Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung steigt dadurch auf knapp 25% im Jahr 2025.

⁵⁾ In Österreich wurde die Mehrwertsteuer ebenfalls gesenkt, jedoch nur für Produkte und Dienstleistungen in besonders von der COVID-19-Pandemie betroffenen Wirtschaftszweigen. Dadurch sollten die Liquidität

Obwohl für 2021 ein Rückgang um knapp 7% (Lockdown-Szenario 6%) prognostiziert wird, ist die Zahl der Arbeitslosen um mehr als ein Viertel höher als 2019. Einschließlich der Personen in Schulungen dürfte die Arbeitslosigkeit 2021 nur um 2,1% (1,5%) sinken; da dem AMS im Zuge der Corona-Arbeitsstiftung zusätzlich 700 Mio. € für Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, nimmt die Schulungstätigkeit zu, wodurch mehr Personen länger in Schulung verweilen. Die Arbeitslosenquote laut AMS wird nach dem Anstieg auf 9,9% im Jahr 2020 bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 7½% sinken und damit wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Im Zeitraum 2021/2025 beträgt sie durchschnittlich 8¼% (laut AMS) bzw. 4,7% (laut Eurostat).

3.3 Inflation und Löhne

Der starke Einbruch der Energiepreise (siehe Kapitel 2) dämpfte 2020 den Preisauftrieb (1,4% laut VPI). Der daraus resultierende negative Inflationsbeitrag der Mineralölprodukte wird sich nur noch im I. Quartal 2021 auswirken. Durch den markanten Anstieg des Rohölpreises tragen die Energiepreise ab dem II. Quartal spürbar zur Inflation bei. Der Anstieg der **Inflationsrate** auf **1,8%** im Jahr **2021** ist daher vor allem auf den Bereich Energie zurückzuführen. Zusätzlich treiben höhere Transportkosten und steigende Vorproduktpreise (z. B. bei Microchips) die Preise industrieller Güter.

Die **Reallöhne** werden 2021 und 2022 rezessionsbedingt sinken. Aufgrund der weiterhin angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften die Reallohnzuwächse (0,2% p. a. bzw. 0% im Lockdown-Szenario) auch in den Folgejahren niedrig ausfallen und deutlich hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität (2023/2025 +0,6% p. a.) zurückbleiben. Von den heimischen Arbeitskosten wird somit kein Inflationsauftrieb erwartet.

Für den Zeitraum **2021/2025** wird mit einem **Preisanstieg gemäß VPI von durchschnittlich 1,7% pro Jahr** gerechnet. **Laut BIP-Deflator** dürfte der Anstieg im Durchschnitt **1,6% pro Jahr** betragen.

Durch die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze in Deutschland vergrößerte sich 2020 der **Inflationsabstand Österreichs** zum Durchschnitt des Euro-Raumes bzw. zu **Deutschland** erneut merklich (rund +1 Prozentpunkt; III. Quartal 2020 +1,7 Prozentpunkte⁵⁾). Durch das Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung mit Jahresbeginn 2021, eine Erhöhung der Ökostromgebühren und eine Neugewichtung des HVPI stiegen in Deutschland die Preise im I. Quartal 2021

und Solvenz dieser Unternehmen gestärkt werden. Preisreduktionen waren dagegen weder intendiert, noch sind sie in der Preisstatistik zu beobachten. Die reduzierten Mehrwertsteuersätze gelten bis Ende 2021.

Die Investitionsprämie führt zu Vorzieheffekten, wodurch sich die private Investitionstätigkeit auf die Jahre 2021 und 2022 konzentriert und sich in den Folgejahren abschwächt.

Trotz eines Rebound-Effektes 2022 und einer weiteren Erholung der Wirtschaftstätigkeit in den Folgejahren dürfte die Arbeitslosenquote erst 2025 wieder das Vorkrisenniveau erreichen.

Der bereits große positive Inflationsabstand zu Deutschland und zum Durchschnitt des Euro-Raumes nahm im 2. Halbjahr 2020 infolge der Mehrwertsteuersenkung in Deutschland nochmals beträchtlich zu.

deutlich an, wodurch sich der Inflationsabstand zu Österreich beträchtlich reduzierte. Bis Jahresende 2021 werden für Deutschland in einzelnen Monaten höhere Inflationsraten als in Österreich erwartet. Ab 2022 dürften sich die genannten Faktoren nicht mehr auswirken; der Inflationsabstand zu Deutschland wird daher wieder zunehmen, aber deutlich geringer sein als 2020. Der Grund, warum die Inflationsrate in Österreich seit Jahren über jener in Deutschland liegt, ist der stärkere Preisauftrieb im heimischen Dienstleistungsbereich.

3.4 Öffentlicher Sektor

Im Jahr 2020 verabschiedete die österreichische Bundesregierung umfangreiche, defizitfinanzierte Maßnahmenpakete zur Abfederung der sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Krise und zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung. Instrumente wie Kurzarbeitshilfen, Kredithaftungen, Steuerherabsetzungen und -stundungen, Transferzahlungen, Investitionsprämien und öffentliche Investitionen sollen die betroffenen Unternehmen und privaten Haushalte unmittelbar unterstützen, kurzfristige wirtschaftliche Impulse setzen und zur Erreichung längerfristiger struktureller Ziele (Digitalisierung und Ökologisierung) beitragen. Durch den drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung und die budgetwirksamen Maßnahmen zur Unterstützung und Konjunkturbelebung stieg 2020 das Defizit des Gesamtstaates – nach einem leichten Überschuss 2019 – auf knapp 9% des nominellen BIP.

Da der Großteil der beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen nur vorübergehend zu erhöhten Ausgaben bzw. Einnahmehinfallen führt, geht mit dem Abklingen der Krise ab 2022 eine Verringerung der Neuverschuldung einher.

Nach dem starken Einbruch des Steueraufkommens im Jahr 2020 unterstellt die Schätzung der Einnahmendynamik der Lohn-, Körperschaft- und Verbrauchsteuern eine allmähliche Annäherung an die Zusammenhänge (Elastizitäten) vor der COVID-19-Krise. Insgesamt erwartet das WIFO im Jahr **2021** einen **Anstieg der gesamtstaatlichen Einnahmen** (gemäß ESVG 2010) um 3,5% (3,0% im Lockdown-Szenario) und im Jahr **2022** um **5,3%** auf rund **199 Mrd. €**. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes wird mit einem durchschnittlichen Einnahmewachstum von 3,3% p. a. gerechnet. Die prognostizierte Einnahmenquote sinkt von 48,4% des BIP (2021) auf 48,1% (2025).

Die Budgetwirkung der umfangreichen Hilfspakete auf der **Ausgabenseite** hängt vor allem von der administrativen Umsetzung sowie von der Inanspruchnahme und Ausschöpfung durch die Betroffenen ab. Die **Investitionsprämie** wurde sehr gut angenommen. In der vorliegenden Prognose wurde

dafür ein Ausgabenvolumen von rund 6,5 Mrd. € angesetzt, wovon rund 5 Mrd. € in den Jahren 2021 und 2022 wirksam werden sollten. Als weitere Zusatzausgaben fallen die Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der neu eingerichteten Corona-Arbeitsstiftung (0,7 Mrd. €) und die überdurchschnittliche Pensionsanpassung 2021 an.

Für den Staatshaushalt besonders relevant sind die in der VGR als Subventionen verbuchten **Kurzarbeitsbeihilfen**. Sie tragen in vielen Unternehmen zur Aufrechterhaltung von Beschäftigungsverhältnissen bei und stützen damit die Einkommen der privaten Haushalte. Die Prognose unterstellt für 2021 2,1 Mrd. € (2,9 Mrd. € im Lockdown-Szenario) an Zuschüssen für die Kurzarbeit. Zugleich werden dadurch die Lohnsteuer- und Sozialbeiträge stabilisiert. Die Budgeteffekte **des Fixkostenzuschusses** lassen sich nur schwer abschätzen, weil Anträge bis August 2021 gestellt werden können und die bisherigen, geringen Auszahlungen keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen Kosten zulassen. Für 2021 wurden Ausgaben von 2,7 Mrd. € (3 Mrd. € im Lockdown-Szenario) angenommen.

Alles in allem sind die prognostizierten Staatsausgaben 2021 etwas höher als am Höhepunkt der COVID-19-Krise. Aufgrund des Auslaufens zahlreicher temporärer Maßnahmen sollten **2022 die Staatsausgaben** um 1,2% (1,5% im Lockdown-Szenario) **sinken**. Für die Periode **2023 bis 2025** wird ein durchschnittliches **Ausgabenwachstum von 2½% p. a.** unterstellt. Die Staatsausgabenquote, die 2020 mit 57,7% des BIP ihren Höchststand erreichte, wird diesen Annahmen zufolge bis 2025 auf rund 51% sinken.

Im **Öffnungsszenario** wird für 2021 noch ein Budgetdefizit von 7,1% des BIP erwartet, das 2022 auf 3,7% zurückgeht. Bis 2025 wird die staatliche Finanzierungslücke auf 2,5% sinken. Im **Lockdown-Szenario**, das einen stärkeren wirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2021 unterstellt, bleiben die Unterstützungsleistungen länger aufrecht, wodurch das Defizit 2021 7,7% des BIP beträgt. Im Zeitraum 2022 bis 2025 ist das Budgetdefizit im Lockdown-Szenario jeweils um ¼ Prozentpunkt höher als im Öffnungsszenario.

Die **Staatsschuld** wird von 84% des BIP (2020) bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2025 auf rund 86% (Lockdown-Szenario 88%) ansteigen. Sie wird damit auch fünf Jahre nach Beginn der COVID-19-Krise um fast 15,5 Prozentpunkte (17,5 Prozentpunkte) höher sein als im Vorkrisenjahr 2019 (70,5% des BIP).

Vor dem Hintergrund der in der Prognose unterstellten moderaten Zinsentwicklung und der Langfristigkeit der begebenen Staatsanleihen bleibt die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte dennoch vorerst niedrig. Wenngleich das Risiko einer Verschlechterung

Die COVID-19-Krise führt zu Einnahmehinfallen und zu Mehrausgaben für fiskalpolitische Maßnahmen. Der Finanzierungssaldo des Staates weist über den gesamten Prognosezeitraum ein Defizit aus.

zung der Finanzierungsbedingungen derzeit gering erscheint, sollte das Ziel einer mittelfristigen Konsolidierung des Staatshaushaltes nicht aus den Augen verloren werden, um

die notwendigen budgetären Spielräume für die Bewältigung anderer Herausforderungen (Klimawandel, demographische Alterung) zu schaffen.

4. Prognoserisiken

Die COVID-19-Pandemie bleibt ein bedeutendes Risiko für die weitere Wirtschaftsentwicklung. Verzögerungen in der Durchimpfung der Bevölkerung und/oder neue Virusmutationen bergen die Gefahr weiterer Infektionswellen und somit erneuter gesundheitspolitischer Einschränkungen, die das Wirtschaftsleben beeinträchtigen. Solange in den Schwellen- und Entwicklungsländern keine ausreichende Durchimpfung erreicht ist, wird diese Gefahr nicht gebannt sein. Es ist daher im Interesse der reicheren Industrieländer, die Impfkampagnen ärmerer Länder zu unterstützen.

Daneben gehen von den internationalen Rahmenbedingungen zusätzliche Abwärtsrisiken aus:

- Eine weitere **Ausweitung protektionistischer Maßnahmen** im Handelskonflikt zwischen den USA und China, aber auch mit der EU, und die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder bergen die Gefahr einer neuerlichen Eskalation des Handelsstreites, die negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft hätte. Aufgrund der stark verzweigten weltweiten Wertschöpfungsketten würden zusätzliche Behinderungen des Welthandels die Produktion in den einzelnen Ländern dämpfen und den Abwärtstrend der Konjunktur weiter verstärken. Andererseits könnte dadurch aber auch eine Rückverlagerung der Produktion ausgelöst werden, wodurch dieser Effekt schwächer ausfallen könnte.
- Schwelende **geopolitische Konflikte** im Nahen und Mittleren Osten sowie die Spannungen zwischen Russland und der EU bergen ein Risiko für die Versorgung mit Energierohstoffen und könnten einen Anstieg der Energiepreise und der Inflation verursachen. Darüber hinaus könnte eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU die Migrationsströme nach Europa wieder verstärken.

Ein **Eintreten solcher Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichischen Ausfuhren unmittelbar schlechter entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung und das Abgabenaufkommen in Österreich würden schwächer, die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen als angenommen.

Eine **stärkere Koordination der geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen** – zum einen

zwischen den wirtschaftspolitischen Akteuren innerhalb eines Landes bzw. Währungsraumes, und zum anderen zwischen verschiedenen Ländern bzw. Währungsräumen – würde die **Effektivität der wirtschaftspolitischen Maßnahmen deutlich steigern** (Galli, 2020).

Von der Weltwirtschaft gehen aber auch **Aufwärtsrisiken** aus:

- In der vorliegenden Prognose wurde das **im Kongress der USA bereits verhandelte Infrastrukturpaket** noch nicht berücksichtigt. Es würde das Wirtschaftswachstum in den USA ab 2022 noch zusätzlich beleben.
- Maßnahmen, die im Rahmen der **Aufbau- und Resilienzfazilität der EU** umgesetzt werden, wurden in der Prognose ebenfalls nicht berücksichtigt. Sie können die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Handelspartner Österreichs stärken und die heimische Investitionstätigkeit durch Projektförderungen erhöhen.

Ein **Eintreten dieser Aufwärtsrisiken** würde sich positiv auf die Weltwirtschaft auswirken und die **Entwicklung der österreichischen Ausfuhren gegenüber der Prognose verbessern**. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung und das Abgabenaufkommen würden in diesem Fall höher, die Staatsausgaben tendenziell niedriger ausfallen als angenommen.

Als Folge des Brexit wird sich der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget sehr wahrscheinlich erhöhen; über das genaue Ausmaß dieser Erhöhung wird derzeit noch verhandelt.

Der wirtschaftspolitische Pfad der Bundesregierung ist aktuell noch stark von der COVID-19-Krise bzw. vom Comeback-Plan geprägt. Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose keine Hypothesen zu zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen formuliert, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Steuersystem, Pflege, Pensionen, Bildung oder Finanzausgleich. Eine Umsetzung solcher Maßnahmen würde im Wesentlichen in zwei Richtungen wirken: Einerseits würden sie den Staatshaushalt weiter belasten. Zum anderen würden ausgabenseitige Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärken und so das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung erhöhen. Die Erneuerung des Kapitalstocks – durch mehr Investitionen als Folge

eines Aufschwungs und durch gezielte Investitionsförderungen – könnte mittelfristig die Kapitalproduktivität und das Wirtschafts-

wachstum erhöhen und den Übergang zu einer umweltverträglicheren Produktionsweise unterstützen.

5. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.

Baumgartner, J., Kaniowski, S., Glocker, Ch., Hyll, W., Pitlik, H., "COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(10), S. 731-753, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66558>.

Ederer, St., "Verzögerte Erholung bei erneutem Lockdown. Prognose für 2021 und 2022", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(4), S. 265-278, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67132>.

Gali, J., "The effects of a money-financed fiscal stimulus", Journal of Monetary Economics, 2020, 115, S. 1-9.

Pekanov, A., "Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(4), S. 309-320, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67136>.

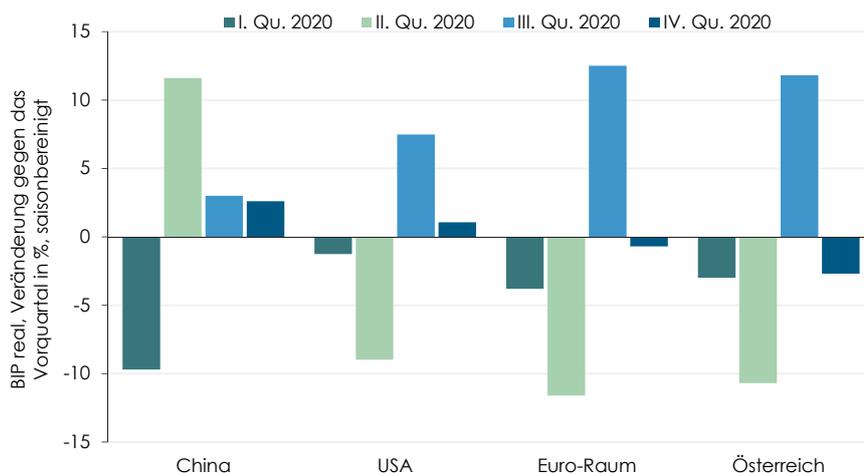
Stärkster BIP-Einbruch seit 1945

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

- Die COVID-19-Pandemie beeinträchtigte 2020 empfindlich die weltweite Wirtschaftsaktivität.
- Österreich erlebte die kräftigste Rezession seit der Nachkriegszeit und einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit.
- Ab Mitte März 2020 setzte die österreichische Bundesregierung gesundheitspolitische Maßnahmen. In Reaktion auf das Infektionsgeschehen wurden diese im Laufe des Jahres abwechselnd gelockert und wieder verschärft.
- Die Maßnahmen schränkten insbesondere in den Bereichen Beherbergung und Gastronomie, Verkehr, Handel und sonstige Dienstleistungen die Wirtschaftstätigkeit ein. Auch der private Konsum ging 2020 stark zurück.
- Die Industriekonjunktur brach in der ersten Jahreshälfte ein, erholte sich aber ab dem Sommer.
- Eine hohe Inanspruchnahme der Kurzarbeit dämpfte den Anstieg der Arbeitslosigkeit und stabilisierte die Einkommen der betroffenen Personen.
- Die Inflationsrate betrug 2020 1,4% und war damit geringer als 2018 und 2019.

Wirtschaftswachstum im Jahr 2020 in ausgewählten Regionen



"Die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2020 stand im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Aufgrund des früheren Auftretens des Virus in China sank das BIP dort bereits im I. Quartal deutlich; danach folgte eine Erholung. In den USA, im Euro-Raum und in Österreich wurde der Tiefpunkt hingegen im II. Quartal erreicht."

Die COVID-19-Pandemie führte sowohl international als auch in Österreich zu einem drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung (Q: Eurostat, OECD, Statistik Austria, Macrobond).

Stärkster BIP-Einbruch seit 1945

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

Stärkster BIP-Einbruch seit 1945. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2020

Die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung prägten 2020 die Wirtschaftsentwicklung. In Österreich ging die Wirtschaftsleistung drastisch zurück. Am stärksten betroffen waren Tourismus, Verkehr, Handel, persönliche Dienstleistungen sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Auch der private Konsum war deutlich geringer als 2019. Die Ausweitung der Kurzarbeitsprogramme stützte die Beschäftigung und damit die Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit. Die COVID-19-Krise wirkte sich auch auf die Inflationsentwicklung aus: Unverarbeitete Nahrungsmittel und Dienstleistungen verteuerten sich, während Mineralölprodukte den Preisauftrieb dämpften.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Begutachtung: Stefan Ederer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steininger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 14. 4. 2021

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Dr. Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Mag. Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at), Mag. Christine Mayrhuber (christine.mayrhuber@wifo.ac.at), Mag. Dr. Silvia Rocha-Akis (silvia.rocha-akis@wifo.ac.at)

Strongest Slump in GDP since 1945. The Austrian Economy in 2020

Economic development in 2020 was driven by the COVID-19 pandemic and the restrictions imposed to contain it. The Austrian economy recorded a massive slump. Private consumption was hit particularly hard, as were tourism, transport, trade, personal services and cultural and leisure facilities. The expansion of short-time working regimes supported per capita incomes. The COVID-19 crisis also had an impact on inflation, with unprocessed food and services becoming more expensive, while petroleum products dampened price increases.

1. Einleitung

Die COVID-19-Pandemie führte 2020 zu einem drastischen Einbruch der Weltwirtschaft. Das SARS-CoV-2-Virus trat erstmals Ende 2019 in China auf. Die wirtschaftlichen Schäden waren zunächst lokal begrenzt und gingen auf Produktionsausfälle zurück. Die rasche Ausbreitung des Virus und Einschränkungen der Wirtschaftstätigkeit durch gesundheitspolitische Maßnahmen bewirkten jedoch bereits im Frühjahr 2020 einen kräftigen Rückgang der globalen Industrieproduktion, des Welthandels, des Tourismus und der Rohstoffpreise.

Zu den Maßnahmen, die im Laufe des I. Quartals 2020 international und in Österreich ergriffen wurden, zählten u. a. Bewegungs- und Reisebeschränkungen, Veranstaltungsverbote sowie Geschäfts- und Schulschließungen. Ab dem Frühsommer wurden die Maßnahmen in vielen Ländern gelockert, im Spätherbst aufgrund eines neuerlichen Anstieges der COVID-19-Infektionen allerdings abermals verschärft.

Wie ein internationaler Vergleich der Intensität von behördlichen Maßnahmen im Zeitverlauf zeigt, setzten die einzelnen Länder weitgehend gleichlaufend Verschärfungen bzw. Lockerungen (Abbildung 1). Sie orientierten sich dabei an der wellenförmigen Entwicklung des Infektionsgeschehens. Die Intensität der Maßnahmen war allerdings unterschiedlich hoch.

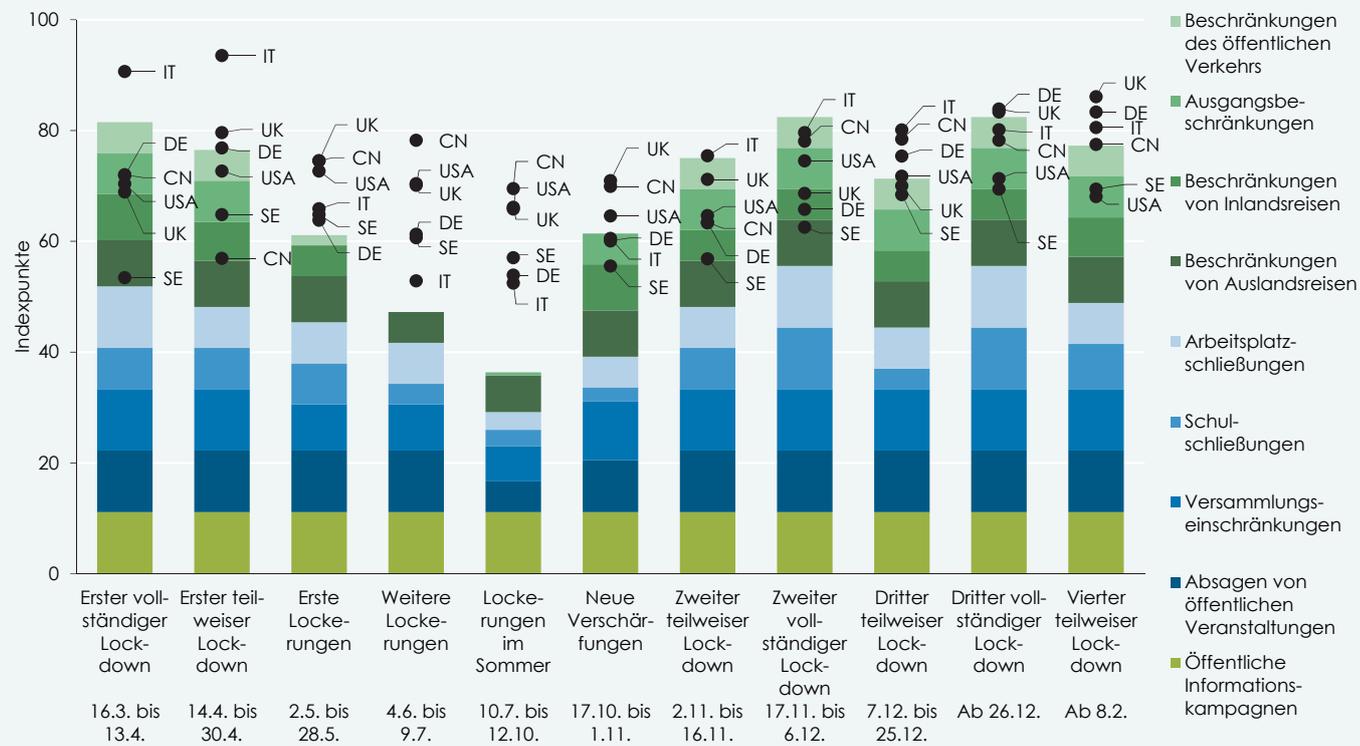
Die jeweiligen gesundheitspolitischen Einschränkungen wirkten sich stark auf die wirtschaftliche Dynamik im In- und Ausland aus und beeinträchtigten sowohl angebots- als auch nachfrageseitig merklich die Wirtschaftsaktivität, insbesondere im 1. Halbjahr 2020. Im Sommer folgte eine kräftige Erholung.

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen

Geld- und Finanzmärkte findet sich bei Peka-
nov (2021B, in diesem Heft). Berichte zur Ent-
wicklung von Industrie, Außenhandel und

Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2021 der WIFO-
Monatsberichte.

Abbildung 1: Intensität von Lockdown-Maßnahmen im internationalen Vergleich



Q: Blavatnik School of Government, University of Oxford, WIFO.

2. Internationale Wirtschaft: Einbruch auf breiter Basis

Die Weltwirtschaft stand 2020 ganz im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Die globale Wirtschaftsaktivität nahm im 1. Halbjahr deutlich ab. Der Welthandel verzeichnete im II. Quartal einen drastischen Einbruch, erreichte jedoch im November – nach einem kräftigen Rebound im Sommer – wieder das Vorkrisenniveau (2020 –5,3%). Die Industrieproduktion wies eine ähnliche Dynamik auf. Durch Produktionsausfälle waren internationale Lieferketten unterbrochen. In der zweiten Jahreshälfte setzte jedoch auch hier eine Erholung ein (Abbildung 2).

2.1 Wirtschaftsaktivität in den meisten Volkswirtschaften eingebrochen

Bis auf China verzeichneten 2020 alle wichtigen Handelspartner Österreichs einen Rückgang der Wirtschaftsleistung (Übersicht 1). In China war das BIP im I. Quartal gesunken, es erholte sich jedoch im Jahresverlauf und erreichte bereits Ende 2020 wieder das Vorkrisenniveau. Andere asiatische Länder profitierten von der raschen Erholung der chinesischen Wirtschaft.

Die internationale Wirtschaftsentwicklung wurde vor allem durch den Konsumrück-

gang im II. Quartal geprägt. Während die Industrieproduktion bereits ab der Jahresmitte wieder wuchs, waren der private Konsum und die Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich in vielen Ländern auch zum Jahresende rückläufig.

In den USA sank das BIP 2020 um 3,5%. Die Arbeitslosenquote stieg in der ersten Jahreshälfte deutlich und lag im Dezember mit 6,7% um mehr als 3 Prozentpunkte über dem Tiefststand von Februar 2020.

Im Euro-Raum schrumpfte die Wirtschaftsleistung 2020 um 6,6%, in der EU 27 um 6,2%. Nach dem historischen Einbruch im II. Quartal wurde im III. Quartal ein kräftiger Rebound verzeichnet. Im IV. Quartal stagnierte das BIP. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, führten einige Länder (z. B. Deutschland, Frankreich und Italien) Kurzarbeitsprogramme ein oder weiteten bestehende Programme aus. Dies sollte Beschäftigungsverluste und den Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfen. Die Arbeitslosenquote stieg im Euro-Raum von 7,5% im Jänner auf 8,2% im Dezember 2020. Im September lag sie vorübergehend bei 8,7%.

Eine expansive Fiskal- und Geldpolitik verhinderte 2020 einen noch tieferen Einbruch der Wirtschaftsleistung (für Details siehe Pekanov, 2021A). Die EZB weitete dazu bestehende Maßnahmen aus und führte zusätzlich neue Programme ein. Der Hauptrefinanzierungssatz blieb 2020 unverändert bei 0,0%, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei -0,5%.

Der Inflationsdruck (HVPI) nahm im Euro-Raum im Jahresverlauf ab. Nachdem die Preise in der ersten Jahreshälfte 2020 noch moderat angestiegen waren, setzte ab August eine deflationäre Entwicklung ein. Im Jahresdurchschnitt betrug der Preisauftrieb 0,3%.

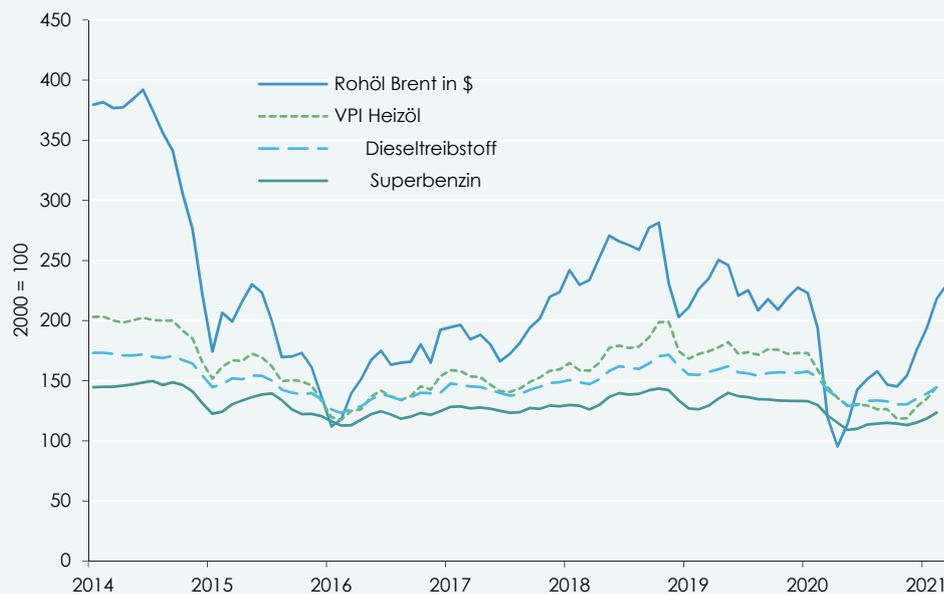
2.2 Rückgang der Rohstoffpreise

Da sich die OPEC+-Länder (13 OPEC-Länder und 10 weitere wichtige Rohölproduzenten) bei ihrem Treffen Anfang März 2020 weder auf den Minimalkonsens einer Verlängerung der bestehenden Förderquoten noch auf eine Einschränkung der Fördermengen einigen konnten, entbrannte ein Preiskampf. Saudi-Arabien kündigte eine Ausweitung der Erdölförderung an, wodurch es zu einem angebotsbedingten Preisverfall kam. Die weltweite Verbreitung des COVID-19-Virus und die allorts ergriffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen verstärkten die Erwartung einer globalen Rezession, was die Nachfrage nach Rohstoffen, im Besonderen nach Rohöl, zusätzlich einbrechen ließ. Als Folge stürzte der Ölpreis der Sorte Brent bis 21. April 2020 auf 9 \$ je Barrel ab und erreichte damit den niedrigsten Wert seit Dezember 1998¹⁾. Aufgrund dieses Preisverfalls und einer Intervention der Präsidenten der USA und Russlands wurde beim OPEC+-Treffen im April eine Einigung auf eine Kürzung der Fördermenge erzielt. Diese sollte ab Mai um rund 10 Mio. Barrel pro Tag sinken (rund -10%), was eine Trendumkehr in der Rohölpreisentwicklung einleitete; bis Jahresende 2020 verteuerte sich die Sorte Brent wieder auf 50 \$ je Barrel. Im Jahresdurchschnitt sank der Rohölpreis dennoch von 64,3 \$ je Barrel (2019) auf 41,8 \$ (2020) je Barrel (-35%).

Getragen von der Rohölpreisentwicklung gingen 2020 die Rohstoffpreise laut HWWI um gut 27% zurück (Euro-Basis; Dollarbasis -25,6%). Trotz des Anstieges in der zweiten Jahreshälfte lag der Index im IV. Quartal immer noch um 21,7% unter dem Vorjahreswert (Euro-Basis; Dollarbasis -15,6%). Die Preise für industrielle Rohstoffe nahmen im Jahresdurchschnitt um 3,2% zu, wobei sie im 1. Halbjahr aufgrund des Wirtschaftseinbruchs fielen und im Zuge des Rebound ab dem III. Quartal wieder deutlich zulegen.

Der Rohölpreis fiel Ende April 2020 mit rund 20 \$ auf das niedrigste Niveau seit 2002.

Abbildung 3: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise



Q: HWWI; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. VPI . . . Verbraucherpreisindex.

¹⁾ Für die Sorte West Texas Intermediate (WTI) kam es am 20. April 2020 zum bisher einmaligen Ereignis eines negativen Ölpreises: Im Handelsverlauf fiel der WTI-Kurs auf -40 \$, d. h. Verkäufer waren bereit, den Abnehmern 40 \$ zu bezahlen, um nicht auf der Ware aus

ihren Futures-Kontrakten für die Lieferung im Mai 2020 sitzen zu bleiben. Hauptgrund dafür war, dass der 20. April der letzte Handelstag für diese Kontrakte war. Die Lagerkapazitäten waren schon sehr stark ausgelastet (und damit teuer).

3. Österreich

3.1 Drastischer Einbruch der Wirtschaftsleistung

Mit der Verbreitung der COVID-19-Pandemie in Österreich und den gesundheitspolitischen Maßnahmen sank die heimische Wirtschaftsaktivität erheblich.

Der WWI ist ein neues Instrument zur wöchentlichen Einschätzung der wirtschaftlichen Aktivität in Österreich.

Im Zuge der COVID-19-Krise ging die österreichische Wirtschaftsleistung 2020 gegenüber dem Vorjahr kräftig zurück (real $-6,6\%$; nominal $-5,5\%$), noch stärker als 2009 während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ($-3,8\%$). Durch die Verbreitung der COVID-19-Pandemie in Österreich sank das heimische BIP bereits im I. Quartal 2020 merklich ($-3,0\%$ gegenüber dem Vorquartal). Zur Eindämmung des Infektionsgeschehens wurde ab Mitte März (Kalenderwoche 12) das öffentliche und wirtschaftliche Leben im Zuge des ersten vollständigen Lockdown stark eingeschränkt. Der Handel (mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften, Apotheken, Drogerien und Postämtern) musste ebenso schließen wie Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe, persönliche Dienstleister (wie z. B. Frisöre) und Schulen. Die Maßnahmen konnten im Laufe des II. Quartals schrittweise gelockert werden. Konsumrelevante Bereiche wie Tourismus, Verkehr, Handel, persönliche Dienstleistungen, sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung waren von den Schließungen besonders stark betroffen. Das BIP sank im II. Quartal 2020 auf breiter Basis; der Rückgang betrug $-10,7\%$ gegenüber dem Vorquartal – der kräftigste Einbruch seit der Nachkriegszeit. Öffnungsschritte über den Sommer führten im III. Quartal zu einem kräftigen Rebound ($+11,8\%$). Vor allem im Konsum der privaten Haushalte, aber auch bei den Investitionen und im Außenhandel unterstützten Nachholeffekte eine Erholung.

Im Herbst stiegen die Infektionszahlen wieder an, wodurch es ab Anfang November 2020 (Kalenderwoche 45) erneut zu Einschränkungen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen kam, die in der Folge verschärft und auf weitere Branchen ausgedehnt wurden (zweiter vollständiger Lockdown in den Kalenderwochen 47 bis 49). Die Schließungen betrafen neben der Gastronomie²⁾ und Hotellerie erneut auch große Teile des Handels und die körpernahen Dienstleistungen. Ab der Kalenderwoche 50 wurden die Maßnahmen im Handel (Weihnachtsgeschäft) und im Bereich der Dienstleistungen gelockert, die Einschränkungen für Restaurants und Hotels blieben jedoch weiter aufrecht.

Ab dem 26. Dezember traten die Regelungen aus dem zweiten Lockdown neuerlich in Kraft und blieben bis Anfang Februar 2021 (Kalenderwoche 5) aufrecht (dritter vollständiger Lockdown). Die Maßnahmen dämpften zu Jahresende erneut die wirtschaftliche Aktivität, vor allem in den

Dienstleistungsbereichen. Die Industrieproduktion stabilisierte sich hingegen. Das BIP sank im IV. Quartal um $2,7\%$.

Die COVID-19-Pandemie schlug sich auch in den Vertrauensindikatoren des WIFO-Konjunkturtests nieder. Breit gestreut über die Sektoren Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft und Dienstleistungen brachen im April 2020 sowohl der Index der aktuellen Lagebeurteilung als auch der Erwartungsindex ein. Der Gesamtindex erreichte in der Sachgütererzeugung etwa jenes Niveau, das er während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 hatte. Im Dienstleistungsbereich wurde es deutlich unterschritten. Im weiteren Jahresverlauf hellte sich die Stimmung auf.

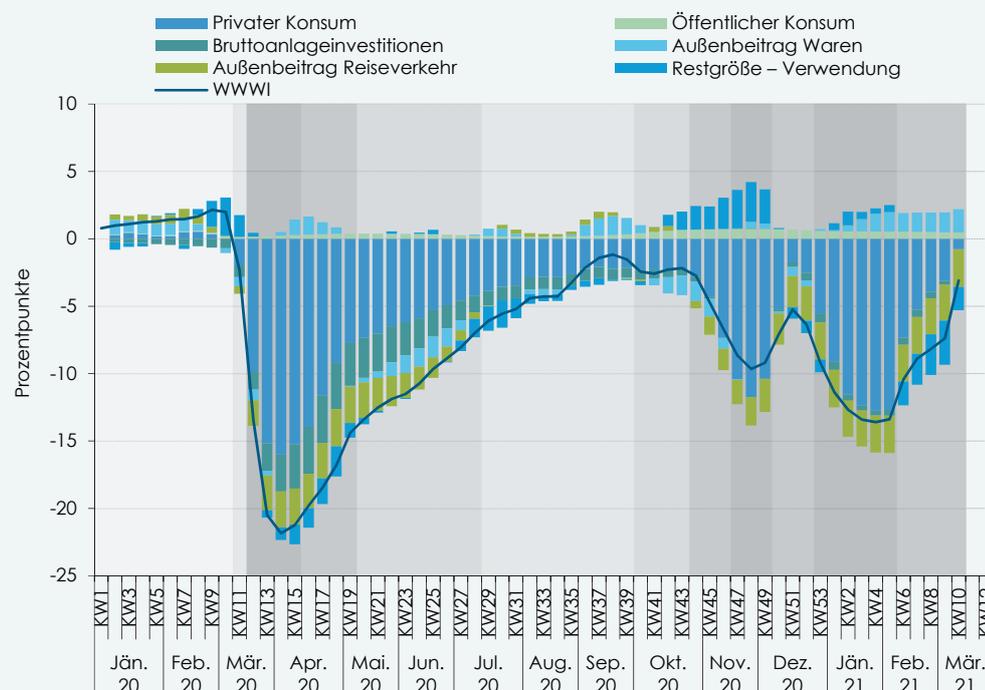
Das Aktivitätsniveau der österreichischen Wirtschaft unterlag 2020 großen Schwankungen, nicht zuletzt aufgrund des Wechsels von behördlichen Schließungs- und Lockerungsmaßnahmen. Um solche unterjährigen Veränderungen der Wirtschaftsleistung genauer abbilden zu können, entwickelte das WIFO den Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWI). Er misst auf wöchentlicher Basis die realwirtschaftliche Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft im Vorjahresvergleich und zeigt den Beitrag der wichtigsten Nachfragekomponenten (Abbildung 4).

Seit Inkrafttreten des ersten Lockdown Mitte März 2020 lag der WWI durchwegs unter dem Vorjahresniveau, wobei sich Verschärfungen in Form von Rückgängen und Lockerungsschritten in einer Erholung der wirtschaftlichen Aktivität niederschlugen. Vor allem die Konsumausgaben der privaten Haushalte reagierten empfindlich auf die gesundheitspolitischen Maßnahmen und trugen maßgeblich zum Rückgang der Wirtschaftsleistung bei.

Der private Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) nahm 2020 um $9,6\%$ ab. Die öffentliche Konsumnachfrage wuchs hingegen um $1,6\%$. Damit ging der Konsum insgesamt um $6,5\%$ zurück. Auch die Unternehmen schränkten ihre Nachfrage ein. Die Bruttoanlageinvestitionen sanken um $4,9\%$ gegenüber dem Vorjahr. Vor allem die volatilen Ausrüstungsinvestitionen waren stark rückläufig ($-11,1\%$). Die Bauinvestitionen entwickelten sich durchwegs stabiler und sanken nur um $3,3\%$. Die sonstigen Investitionen, welche überwiegend geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung sowie Computerprogramme und Urheberrechte umfassen, wurden hingegen um $1,6\%$ ausgeweitet.

²⁾ Eine Abholung von Speisen und Getränken war weiterhin möglich.

Abbildung 4: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWI) – Teilkomponenten der Verwendungsseite**



Q: WIFO; Statistik Austria; University of Oxford, Blavatnik School of Government. Die grau hinterlegten Bereiche zeigen die Intensität der in Österreich zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen laut Stringency Index der Blavatnik School of Government. Dieser Index wird in fünf Intensitätsstufen dargestellt: keine bzw. geringe Einschränkungen . . . lichtgrau: unter 20, 20 bis 40, 40 bis 60, 60 bis 80, starke Einschränkungen . . . dunkelgrau: über 80.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise ging 2020 auch der Außenhandel zurück. Die Exporte nahmen um 10,4% ab. Zu diesem Rückgang trug sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungsexport bei. Im Bereich Waren setzte ab der Jahresmitte eine Erholung ein, während die Dienstleistungsexporte – aufgrund der Einbußen im Reiseverkehr während der touristischen Win-

tersaison – zu Jahresende weiter einbrachen. Die Importe sanken mit –10,2% etwas schwächer als die Exporte. Damit trug der Außenhandel zum BIP-Rückgang bei. Dem internationalen Konjunkturbild entsprechend, stiegen sowohl die Waren- als auch die Dienstleistungsimporte im III. und IV. Quartal gegenüber dem Vorquartal.

Übersicht 2: **Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage**

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2017	2018	2019	2020
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0	– 6,5
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	– 9,6
Staat	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6
Bruttoinvestitionen	+ 4,4	+ 5,3	+ 0,8	– 5,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,0	– 4,9
Ausrüstungen ²⁾	+ 7,3	+ 3,2	+ 4,7	– 11,1
Bauten	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,6	– 3,3
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,6	+ 1,6
Inländische Verwendung	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,1	– 6,4
Exporte	+ 4,9	+ 5,5	+ 2,9	– 10,4
Importe	+ 5,3	+ 5,0	+ 2,4	– 10,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	– 6,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Übersicht 3: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real

	2017	2018	2019	2020
	Prozentpunkte			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	- 4,6
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	- 4,9
Staat	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Bruttoinvestitionen	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,2	- 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	- 1,2
Ausrüstungen ²⁾	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	- 0,9
Bauten	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	- 0,4
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Inländische Verwendung	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,1	- 6,2
Exporte	+ 2,6	+ 3,0	+ 1,6	- 5,8
Importe	- 2,6	- 2,6	- 1,3	+ 5,3
Bruttoinlandsprodukt	in % + 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Vor allem in kontaktintensiven Wirtschaftsbereichen ging die Wertschöpfung 2020 deutlich zurück.

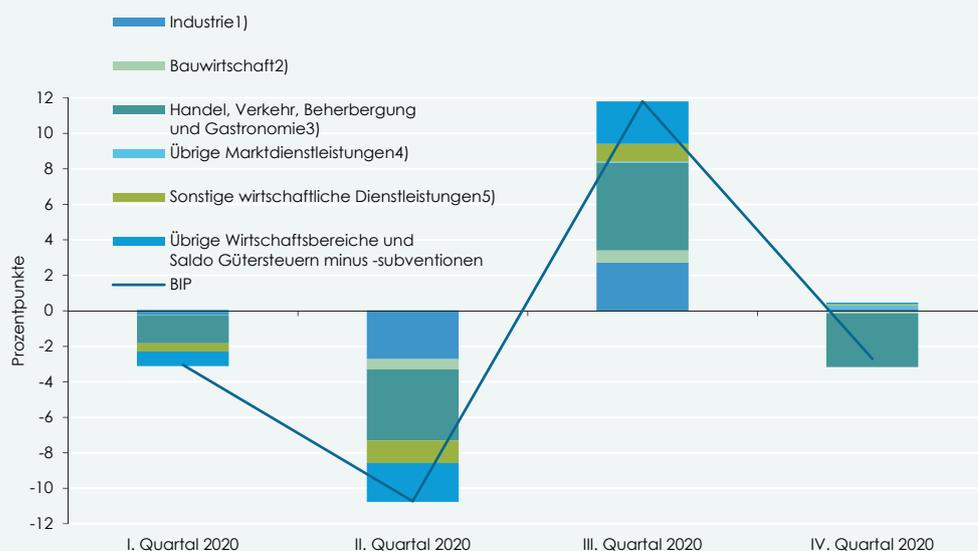
Der Ausfall der Konsumnachfrage führte zu Wertschöpfungseinbußen in den Bereichen Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie, persönliche Dienstleistungen sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung. Vor allem im II. Quartal 2020 war in diesen Branchen ein kräftiger Einbruch zu verzeichnen. Nach einem Rebound im III. Quartal ging die Wertschöpfung im IV. Quartal erneut zurück. Im Bereich Beherbergung und Gastronomie nahm sie im Gesamtjahr 2020 um 35,2% ab. Damit trug diese Branche maßgeblich zum BIP-Rückgang in der Gesamtwirtschaft bei. In den sonstigen Dienstleistungen schrumpfte die Wertschöpfung um 19,6%, aufgrund des geringen Anteils dieser Branche an der Gesamtwertschöpfung fiel dieser Rückgang jedoch weniger stark ins Gewicht.

Im Verkehr sank die Wertschöpfung um 15,5%.

Als krisenresistent erwiesen sich hingegen die weniger kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen: In den Bereichen Information und Kommunikation (+1,8%), Finanz-, Kredit- und Versicherungswesen (+2,5%), Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,9%) sowie öffentliche Verwaltung (ÖNACE-Abschnitte O bis Q, +0,3%) nahm die Wertschöpfung 2020 zu. In der Bauwirtschaft sank sie um 2,3%. Die heimische Industriekonjunktur entsprach der internationalen Entwicklung; der Tiefpunkt war im II. Quartal erreicht, in der zweiten Jahreshälfte folgte eine Erholung. Insgesamt ging die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung 2020 um 7,2% zurück.

Abbildung 5: Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zum BIP, real

Beitrag zur Veränderung gegenüber dem Vorquartal, saison- und arbeitstagsbereinigt (gemäß Eurostat-Vorgabe)



Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ ÖNACE B bis E. – ²⁾ ÖNACE F. – ³⁾ ÖNACE G bis I. – ⁴⁾ ÖNACE J bis L. – ⁵⁾ ÖNACE M und N.

Übersicht 4: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2017	2018	2019	2020
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 5,3	+ 3,5	- 0,8	- 2,9
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 4,0	+ 4,9	+ 1,0	- 6,9
Herstellung von Waren	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 7,2
Bauwesen	+ 3,3	+ 1,8	+ 2,7	- 2,3
Handel	+ 0,1	+ 2,9	+ 0,6	- 5,6
Verkehr	+ 4,0	+ 1,4	+ 1,6	- 15,5
Beherbergung und Gastronomie	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,1	- 35,2
Information und Kommunikation	+ 2,1	+ 9,8	+ 3,7	+ 1,8
Kredit- und Versicherungswesen	+ 5,6	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,1	- 11,6
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	+ 2,1	- 0,4	+ 0,7	- 19,6
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,4	- 6,4
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M und N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Aufgrund des drastischen Anstieges der Staatsausgaben und des Einnahmerrückgangs stieg das öffentliche Defizit 2020 auf 8,9% des nominellen BIP – der höchste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1954. Damit endete die günstige Entwicklung der Vorjahre abrupt (Überschuss 2019: 0,6% des BIP). Die Staatsschulden stiegen erneut an und waren Ende 2020 mit 315,2 Mrd. € (83,9% des BIP) um 34,8 Mrd. € höher als Ende 2019. Auf der Ausgabenseite erhöhten expansive fiskalpolitische Maßnahmen wie die Kurzarbeit, der Fixkostenzuschuss oder der Umsatzeratz das Defizit. Auf der Einnahmenseite sanken das direkte Steueraufkommen, die Produktions- und Importabgaben sowie die Sozialbeiträge.

Die COVID-19-Krise belastete auch den heimischen Arbeitsmarkt. Im Jahr 2020 sank die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 2,0%. Besonders hoch waren die Rückgänge im Tourismus (-19,2%) und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-7,5%; vgl. Bock-Schappelwein et al., 2021). Die Arbeitslosenquote stieg um 2,5 Prozentpunkte auf einen neuen Höchstwert von 9,9%. Durch die Ausweitung der Kurzarbeit konnte ein noch stärkerer Beschäftigungsrückgang verhindert werden (Huemer et al., 2021). Mit über 1,0 Mio. abgerechneten Kurzarbeitsfällen wurde der Höhepunkt der Nutzung im April 2020 erreicht. Bis Ende Oktober sank die Anzahl der Personen in Kurzarbeit auf rund 80.000 und stieg im Zuge des Lockdown im November wieder an. Ende Dezember war für rund 420.000 Personen Kurzarbeit genehmigt (Budgetdienst, 2021).

3.2 Kurzarbeit stützte die Einkommen

Die Lockdown-Maßnahmen prägten 2020 die Arbeitsmarktentwicklung. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ging zurück, das Arbeitsvolumen sank insgesamt wie auch pro Kopf. Darüber hinaus befand sich ein erheblicher Anteil der Beschäftigten in Kurzarbeit. Die genannten Faktoren wirkten sich auf die Lohnentwicklung im Jahr 2020 aus. Neben den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen beeinflussten die krisenbedingte Reduktion der tatsächlichen Arbeitszeit pro Kopf und das Instrument der Kurzarbeit die Lohnentwicklung der unselbständig Beschäftigten. Dementsprechend unterschiedlich war die Lohndynamik, sowohl im Jahresverlauf als auch zwischen den Branchen, insbesondere ab dem II. Quartal. Während Branchen mit relativ stabilen Beschäftigungszahlen (Energieversorgung, Bauwirtschaft, öffentliche Verwaltung, Erziehungs- und Gesundheitswesen) Lohnsteigerungen verzeichneten, blieben diese in Bereichen aus, in denen ein hoher Anteil der Ausfallstunden durch Kurzarbeit abgedeckt wurde (Beherbergung und Gastronomie, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, Handel).

Die Kollektivvertragsabschlüsse, ihrerseits vom konjunkturellen Umfeld 2019 geprägt, waren 2020 somit nur für einen Teil der effektiven Lohnentwicklung verantwortlich. Aufgrund der Abschwächung der Konjunktur 2019 einigten sich die Sozialpartner auf – im Vergleich zu den Lohnrunden für 2019 – deutlich geringere Abschlüsse. In den Fachverbänden der Metallindustrie, deren Abschluss traditionell die Herbstlohnrunde ein-

Die COVID-19-Krise hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte und den Arbeitsmarkt.

Die Tariflöhne stiegen 2020 deutlich kräftiger als die effektiven Löhne pro Kopf.

läutet und mit Jahresbeginn 2020 wirksam wurde, verständigten sich die Tarifpartner auf eine Anhebung der Ist-Löhne und Ist-Gehälter bzw. der Kollektivverträge um +2,6% bis +2,8%. Der Abschluss lag damit um 0,8 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Den Beschäftigten stand es weiterhin frei, anstatt einer Lohnerhöhung ihre Arbeitszeit bei gleichem Lohn zu verkürzen; im Fall einer Vollzeitbeschäftigung ergibt sich so ein zusätzlicher monatlicher Freizeitanspruch von 3 Stunden und 45 Minuten. Der Abschluss für 2020 war für alle Fachverbände der Metallindustrie gleich. Darüber hinaus wurde in der Metallindustrie der Mindestlohn um 4,46% auf einheitlich 2.000 € angehoben. Auch für den öffentlichen Dienst konnte ein Abschluss erzielt werden; die Gehaltssteigerungen lagen zwischen 2,25% und 3,05%. Für den Handel wurde eine gestaffelte Erhöhung um 2,2% bis 2,5% vereinbart. Die Frühjahrslohn-runden 2020 standen bereits im Zeichen der

COVID-19-Krise. Die Tarifparteien einigten sich auf Abschlüsse nahe an der Inflationsrate. Der Abschluss in der von den behördlichen Maßnahmen stark betroffenen Tourismus- und Freizeitwirtschaft war bis zum 30. April 2020 gültig. Im Zusatzkollektivvertrag wurde für November 2020 eine einmalige Corona-Zulage in Höhe von 100 € netto festgelegt.

Laut Tariflohnindex stiegen die Mindestlöhne 2020 im gewichteten Durchschnitt um 2,4% (Übersicht 5). In den Bereichen Gewerbe und Handwerk (Gewicht ein Fünftel), Industrie und öffentlicher Dienst (Gewicht jeweils ein Sechstel) stiegen die Indexwerte zwischen 2,4% und 2,5%. Mit +1,1% deutlich unterdurchschnittlich war die Lohnentwicklung im Bereich Tourismus und Freizeitwirtschaft, da es hier krisenbedingt zu keinem Neuausschluss per 1. Mai 2020 gekommen war.

Übersicht 5: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016	
		Beschäftigte insgesamt	
		2019	2020
		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 3,0	+ 2,4
Ohne öffentlichen Dienst	837.726	+ 3,0	+ 2,3
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 3,1	+ 2,5
Industrie	163.994	+ 3,2	+ 2,4
Handel	127.187	+ 2,6	+ 2,3
Transport und Verkehr	54.763	+ 3,6	+ 2,0
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 2,6	+ 1,1
Banken und Versicherungen	37.035	+ 2,9	+ 2,2
Information und Consulting	67.321	+ 2,9	+ 2,3
Öffentlicher Dienst	162.274	+ 3,1	+ 2,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016.

Die Kurzarbeitsbeihilfe stützte die Pro-Kopf-Einkommen deutlich.

Die effektiven Löhne entwickelten sich 2020 allerdings merklich schwächer als die gesetzlichen Mindestlöhne und sehr heterogen. Besonders in stark von Arbeitszeitreduktionen betroffenen Branchen wich die tatsächliche Lohnentwicklung von den Tariflohnabschlüssen ab. Die Pro-Kopf-Einkommen stiegen nominell um durchschnittlich 0,6% und damit deutlich schwächer als laut Tariflohnindex (+2,4%). Eine so hohe negative Lohndrift (1,8 Prozentpunkte) gab es zuletzt im Jahr 2009.

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme betrug 2020 156,2 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr sank sie mit -1,8% (Übersicht 6) weniger stark als die Zahl der unselbständig Beschäftigten (-2,3%), wobei die Kurzarbeit den Rückgang dämpfte. Die österreichischen Unternehmen bezogen 2020 für rund 1,2 Mio. Beschäftigte Kurzarbeitsbeihilfen, davon 43% Frauen und 57% Männer (abgerechnete Fälle Stand 26. 1. 2021, AMS, 2021). Von März bis November 2020 befanden sich durchschnittlich 11,8% der unselbständig aktiv Beschäftigten in Kurzarbeit. Die durchschnittliche Ausfalls-

zeit betrug 43% der jeweiligen Normalarbeitszeit (AMS, 2021). Die Nettoersatzrate für die Ausfallstunden richtet sich nach dem Bruttoverdienst der Beschäftigten: Bei einem Bruttoentgelt vor Kurzarbeit von unter 1.700 € beträgt sie 90%, zwischen 1.700 € und 2.685 € 85% und bei höheren Verdiensten 80% (bis zur Höchstbeitragsgrundlage von 5.370 € im Jahr 2020). Die Kurzarbeitsunterstützung federte somit für viele Beschäftigte die mit den Ausfallzeiten verbundenen Verdiensteinbußen ab und stützte die Pro-Kopf-Einkommen wie auch die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme. Da die Kurzarbeitsunterstützung Teil der monatlichen Bezüge ist, stiegen 2020 die Einkommen je tatsächlich geleistete und vom Arbeitgeber abgegoltene Arbeitsstunde mit +8,5% außergewöhnlich kräftig.

Durch den progressiven Einkommensteuertarif wachsen die Nettolöhne und -gehälter tendenziell schwächer als die Bruttolöhne. Während 2019 die Brutto- und Nettogehälter pro Kopf nahezu im selben Ausmaß stiegen (+2,9%), dürften die vorgezogene Tarifreform, der Familienbonus und die Kurzarbeit

dazu beigetragen haben, den krisenbedingten Rückgang im Wachstum der Nettolöhne im Vergleich zu jenem der Bruttolöhne zu dämpfen: Der nominelle Zuwachs pro Kopf lag netto bei 1,2% (brutto +0,6%). Da die

Verbraucherpreise 2020 um 1,4% stiegen, mussten die unselbständig Beschäftigten im Durchschnitt leichte Nettoeinkommenverluste von 0,2% hinnehmen.

Übersicht 6: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2018	2019	2020
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter, insgesamt			
Brutto	+ 5,0	+ 4,4	- 1,8
Netto ¹⁾	+ 4,5	+ 4,5	- 1,2
Beschäftigte ²⁾	+ 2,2	+ 1,5	- 2,3
Löhne und Gehälter pro Kopf²⁾			
Brutto nominell	+ 2,7	+ 2,9	+ 0,6
Brutto real ³⁾	+ 0,7	+ 1,3	- 0,8
Netto nominell ¹⁾	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,2
Netto real ¹⁾³⁾	+ 0,2	+ 1,4	- 0,2
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf²⁾			
	- 0,1	+ 0,6	- 7,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+ 2,8	+ 2,3	+ 8,5
Brutto real ³⁾	+ 0,8	+ 0,8	+ 7,0
Netto nominell ¹⁾	+ 2,3	+ 2,4	+ 9,1
Netto real ¹⁾³⁾	+ 0,3	+ 0,9	+ 7,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2021. – ²⁾ Je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis. – ³⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

3.3 Kräftiger Einbruch der Konsumnachfrage

Nach vorläufigen Zahlen von Statistik Austria lagen 2020 die Ausgaben der inländischen privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) um real -9,6% unter dem Vorjahresniveau (Übersicht 7). Nominell entspricht dies einer Verringerung um 8,6%. Damit ist der Rückgang der Konsumnachfrage um 17,6 Mrd. € für rund vier Fünftel des gesamten BIP-Einbruchs verantwortlich.

Der Nachfragerückgang war einerseits Folge eines negativen Angebotsschocks: Temporäre Schließungen der meisten Handels- und Dienstleistungsbetriebe in den Lockdown-Phasen lösten eine Art Zwangssparen der privaten Haushalte aus. Andererseits wirkte das unsichere Umfeld deutlich dämpfend auf die Konsumausgaben (negativer Nachfrageschock): Die privaten Haushalte reagierten vermehrt mit Vorsichtssparen, sowohl auf die hohe Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, die sich häufig auf die individuelle Einkommenssituation auswirkte, als auch auf die Ungewissheit über den weiteren Verlauf der Pandemie. Die Sparquote stieg von 8,2% im

Jahr 2019 auf 14,5% im Jahr 2020 (+13,5 Mrd. €) – ein im langjährigen Vergleich sehr hoher Wert.

Einkommensstützende Maßnahmen wie etwa die Kurzarbeitsbeihilfe bzw. -unterstützung, Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung, der Corona-Familienhärtetfonds, der Härtefallfonds für Selbständige oder die vorgezogene Senkung des Eingangsteuersatzes bei der Lohn- und Einkommensteuer konnten insgesamt die Einkommensausfälle 2020 nicht zur Gänze kompensieren³⁾. Die verfügbaren Haushaltseinkommen sanken erstmals seit 1995 auch nominell (-1,9%; real -3,0%)⁴⁾.

Wie die Darstellung der Konsumnachfrage nach Güterarten zeigt (Übersicht 8), war der Rückgang im Bereich des Dienstleistungskonsums am kräftigsten (real -14,7%). Dies geht maßgeblich auf Konsumeinschränkungen in der Gastronomie, bei Reisen und in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit sowie persönliche Dienstleistungen zurück. Die Konsumausgaben für Waren des täglichen Bedarfs (vor allem Lebensmittel) nahmen kräftig zu. Die Nachfrage nach nichtdauer-

2,0% zurück. Der Saldo der Vermögenseinkommen verminderte sich um gut 40%, die an die privaten Haushalte ausbezahlten monetären Sozialleistungen stiegen um 8,9% und das Einkommen- und Vermögensteueraufkommen sank um 7,2%. Die Sozialbeiträge der privaten Haushalte stagnierten annähernd (+0,2%). Im Langzeitvergleich handelt es sich bei den genannten Veränderungsdaten durchwegs um Tiefst- bzw. Höchstwerte.

Stark rückläufig waren 2020 insbesondere die Ausgaben für Dienstleistungen (z. B. Restaurantbesuche und Reisen) sowie für Waren, die nicht zum täglichen Bedarf zählen (z. B. Bekleidung und Schuhe, Pkw).

Der drastische Konsumausfall bei zugleich relativ stabilen verfügbaren Haushaltseinkommen bewirkte einen Anstieg der Sparquote auf 14,5%. Die Kurzarbeitsbeihilfe und andere fiskalpolitische Maßnahmen stützten die Haushaltseinkommen.

³⁾ Eine Ex-ante-Analyse der Wirkungen der im Zuge der COVID-19-Krise beschlossenen Maßnahmen zur Stützung der Einkommen und der Investitionstätigkeit auf der Mikro-, der Makro- und der sektoral-regionalen Ebene findet sich in Baumgartner et al. (2020).

⁴⁾ Nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria (Stand 1. 4. 2021) sanken die Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2020 nominell um 1,8%. Der Betriebsüberschuss und die Selbständigeneinkommen gingen um

haften Konsumgütern, worunter auch Lebensmittel fallen, war 2020 dennoch rückläufig (real -5,5%), hauptsächlich aufgrund deutlich geringerer Ausgaben für Treibstoffe infolge der eingeschränkten Mobilität der privaten Haushalte. Die Ausgaben für halbdauerhafte bzw. dauerhafte Konsumgüter sanken 2020 dagegen nur geringfügig. Für diese Bereiche wäre aufgrund der schwachen Einkommensentwicklung ein deutlicher Rückgang zu erwarten gewesen, da die privaten Haushalte in wirtschaftlich unsicheren Phasen üblicherweise teure Anschaffungen hintanstellen. Während dies auf die Pkw-Neukäufe zutraf, nahmen 2020 die Konsumausgaben für Möbel, Einrichtungen, Haus-

haltsgeräte, EDV-Ausstattung oder Sportgeräte teils kräftig zu – was das veränderte Konsumverhalten durch den vermehrten Aufenthalt zu Hause widerspiegelt. Im Aggregat ergibt sich für den Inlandskonsum ein Rückgang um 9,6% (real). Der Inländerkonsum sank real um 9,8%. Zu dessen Berechnung wird der Inlandskonsum um Ausgaben erweitert, die in Österreich wohnhafte Personen im Ausland tätigen, und um die Konsumausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen im Inland vermindert. Aufgrund von Reisebeschränkungen und geschlossenen Beherbergungsbetrieben war beides stark rückläufig (real -69,6% bzw. -39,5% gegenüber 2019, Übersicht 8).

Übersicht 7: **Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote**

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2008/2012	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,8	- 0,1	+ 1,0
Ø 2012/2016	+ 2,3	+ 0,6	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,3
Ø 2016/2020	+ 0,1	- 1,5	+ 2,0	+ 0,3	- 1,9
2017	+ 3,8	+ 1,9	+ 3,4	+ 1,6	+ 0,3
2018	+ 3,2	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,4	- 0,3
2019	+ 2,7	+ 0,8	+ 3,2	+ 1,3	- 0,5
2020	- 8,6	- 9,6	- 1,9	- 3,0	- 6,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Übersicht 8: **Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich**

Real (auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 2008/ 2012	Ø 2012/ 2016	Ø 2016/ 2020	2017	2018	2019	2020
	Veränderung in % p. a.						
Inlandskonsum	+ 0,8	+ 0,6	- 1,6	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,0	- 9,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,4	- 0,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,0	- 0,4	- 0,5
Halbdauerhafte Konsumgüter	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,0	- 0,4
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 0,2	+ 0,1	- 0,8	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,6	- 5,5
Dienstleistungen	+ 1,0	+ 0,7	- 2,8	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,5	-14,7
Konsum von Touristinnen und Touristen in Österreich	- 1,0	+ 2,0	- 9,7	+ 2,6	+ 4,1	+ 3,1	-39,5
Konsum von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland	- 1,4	+ 0,8	-22,5	+ 9,3	+ 8,5	+ 0,0	-69,6
Inländerkonsum¹⁾	+ 0,9	+ 0,5	- 1,7	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,8	- 9,8
Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 3,8	+ 3,3	+ 1,9	- 4,6
Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 0,9	+ 0,6	- 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 9,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,5	- 0,1	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,1	- 0,4	- 0,5
Inländerkonsum ohne dauerhafte Konsumgüter	+ 0,7	+ 0,6	- 1,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,0	-10,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Inlandskonsum abzüglich des Konsums von Touristinnen und Touristen in Österreich zuzüglich des Konsums von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland.

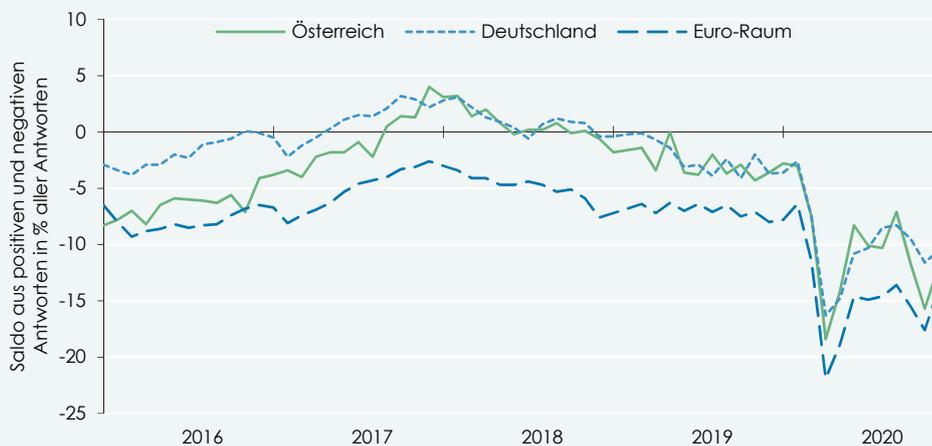
Das Konsumentenvertrauen, das dem Verlauf der COVID-19-Pandemie folgte, schwankte im Jahresverlauf 2020 deutlich: Zu Jahresbeginn lag der saisonbereinigte Saldo des harmonisierten EU-Konsumklima-indikators bei -2,8 Prozentpunkten. Während des ersten Lockdown verschlechterte sich

der Wert im April auf bis zu -18,4 Prozentpunkte. Danach folgte eine Erholung bis September (-7,1 Prozentpunkte), bevor das Konsumentenvertrauen im zweiten Lockdown wieder auf knapp -16 Prozentpunkte zurückging. Die Einschätzungen der Konsumentinnen und Konsumenten fielen in

Österreich ähnlich aus wie in Deutschland. Während der Lockdown-Phasen – vor allem im Herbst – brach der Indikator in Österreich

jedoch stärker ein. Darin spiegelt sich die unterschiedliche Lockdown-Intensität (Abbildung 6).

Abbildung 6: Entwicklung des saisonbereinigten Konsumklimaindiktors



Q: Eurostat. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Dainties.

Übersicht 9: Entwicklung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Umsätze, nominell				
2018	+ 3,7	+ 2,1	+ 4,9	+ 2,4
2019	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,1
2020	- 5,3	- 10,7	- 7,0	+ 0,1
Umsätze, real				
2018	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,3
2019	+ 0,6	- 1,2	+ 0,6	+ 1,2
2020	- 4,8	- 12,5	- 5,3	- 0,2
Preise (Ø 2015 = 100)				
2018	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,1
2019	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,9
2020	- 0,5	+ 2,0	- 1,8	+ 0,4
Beschäftigung				
2018	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,8
2019	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	- 0,4
2020	- 1,7	- 1,8	- 1,5	- 1,8

Q: Statistik Austria.

Auch die für den Konsum relevanten Bereiche des Handels mussten durch die COVID-19-Pandemie 2020 teils drastische Umsatzeinbußen hinnehmen. Für den Handel insgesamt bedeutet dies einen kräftigen Umsatzrückgang (real -4,8%, nominell -5,3%). Besonders stark fiel dieser aufgrund des Nachfrageeinbruchs bei Pkw-Neuanschaffungen (vor allem in den Monaten März bis August) im Kfz-Handel aus (im Vergleich zu

2019 -24,5% bzw. rund -80.000 Stück). Auch im Großhandel ging der Umsatz zurück (real -5,3%, nominell -7,0%). Insbesondere die Schließungen der Gastronomie und der Beherbergungsbetriebe wirkten sich negativ auf die Geschäftsaktivitäten im Großhandel aus. Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) stagnierte der Umsatz, was jedoch zwei gegenläufigen Entwicklungen geschuldet ist: Während der Lebensmitteleinzelhandel

Die Inflationsrate betrug 2020 1,4%. Vor allem unverarbeitete Nahrungsmittel und Dienstleistungen verteuerten sich überdurchschnittlich stark. Mineralölprodukte dämpften hingegen markant den gesamten Preisauftrieb.

(einschließlich z. B. Drogeriemärkte, Tabaktrafiken), der Waren für die Grundversorgung bereitstellt und nicht von Schließungsmaßnahmen betroffen war, kräftige, teils zweistellige Umsatzsteigerungen erzielte, gingen die Umsätze im Einzelhandel mit Nichtnahrungsmitteln, besonders im Bereich von Bekleidung und Schuhen, deutlich zurück (real –22,8%, nominell –24,0% gegenüber 2019). Andere Teilbereiche wie etwa Baumärkte, der Möbeleinzelhandel oder der Sporthandel (vor allem in den Sommermonaten) entwickelten sich positiv. Günstig war die Entwicklung auch im Internet-Einzelhandel. Die Beschäftigung war 2020 im Handel mit –1,7% weniger stark rückläufig als in der Gesamtwirtschaft (–2,0% unselbständig aktiv Beschäftigte, Übersicht 9).

3.4 Energie und Dienstleistungen bestimmten 2020 die Preisdynamik

Die Inflationsentwicklung war 2020 durch die COVID-19-Krise mitbeeinflusst. Der durch die Rezession ausgelöste Verfall der Rohölpreise führte ab März zu einem Rückgang der Preise für Mineralölprodukte (im Jahresdurchschnitt –13,9%, Inflationsbeitrag –0,5 Prozentpunkte). Die Energiepreise sanken aber lediglich um 5,6%, da die Strompreise um mehr als 5,5% stiegen.

Die Nahrungsmittelnachfrage nahm durch die behördlichen COVID-19-Maßnahmen zu: Ausgangsbeschränkungen, geschlossene Restaurants, Home-Office und Distance Learning machten gegenüber dem Vorjahr eine höhere Eigenversorgung notwendig. Durch Grenzschießungen kam es im Frühjahr zu einem Mangel an Arbeitskräften aus Osteuropa (Erntehelfer, Metzger), wodurch teilweise die Ernten nicht zur Gänze eingebracht bzw. Fleisch nicht verarbeitet werden konnte und sich das Angebot verknappte. Die Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel stiegen im Jahresdurchschnitt um 3,5%.

Die industriellen Güter (ohne Energie) verteuerten sich nur geringfügig um 1,3%, u. a. bedingt durch eine Stagnation der Preise für Bekleidung und Schuhe (–0,1%). Durch den ersten Lockdown wurden unmittelbar nach dem Kollektionswechsel zur Frühjahrs- bzw. Sommerware die Geschäfte geschlossen. Im Zuge der Öffnung wurde praktisch schon ab Mai statt wie üblich ab Juni mit dem Sommerschlussverkauf begonnen, der aufgrund der schleppenden Nachfrage bis August andauerte. Im Zuge der Öffnung nach dem zweiten Lockdown wurden bereits im Dezember die Preise reduziert.

Übersicht 10: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2010	2015	2018	2019	2020
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 1,9	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4
Kerninflationsrate des VPI ¹⁾	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9
Mikrowarenkorb (tägliches Einkauf)	+ 0,6	+ 1,1	+ 2,6	+ 0,3	+ 2,9
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 3,4	– 1,3	+ 4,2	+ 0,7	– 0,6
Gebühren und Tarife	+ 0,9	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,6
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,3
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 1,0	+ 1,2
Bekleidung und Schuhe	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,8	– 0,1
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,6	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,3
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,9
Gesundheitspflege	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,0
Verkehr	+ 3,4	– 3,0	+ 2,9	+ 0,3	– 1,7
Nachrichtenübermittlung	+ 1,9	+ 0,8	– 2,8	– 3,2	– 3,0
Freizeit und Kultur	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,7
Erziehung und Unterricht	– 4,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,0
Restaurants und Hotels	+ 1,1	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,1
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	+ 3,5
Verarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 0,1	+ 1,4	+ 2,5	+ 0,9	+ 1,3
Energie	+ 7,6	– 7,3	+ 5,2	+ 1,0	– 5,6
Industriegüter	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3
Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

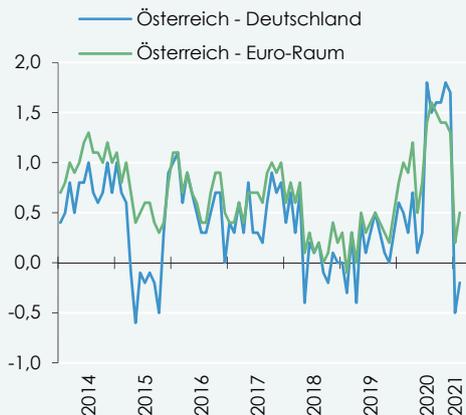
Wie schon in den letzten Jahren trugen auch 2020 die Dienstleistungspreise (+2,4%) überproportional zur Inflation bei: Mit einem Anteil von knapp 50% am Warenkorb waren sie für mehr als drei Viertel des gesamten Preisauftriebes verantwortlich. Getragen wurde diese Entwicklung neuerlich von den

Wohnkosten (+3%; Mieten +4,1%) und von Bewirtungsdienstleistungen (+3,5%). Diese beiden Dienstleistungskomponenten erklären 65% des Preisanstieges der Dienstleistungen und über 50% des gesamten Preisauftriebes.

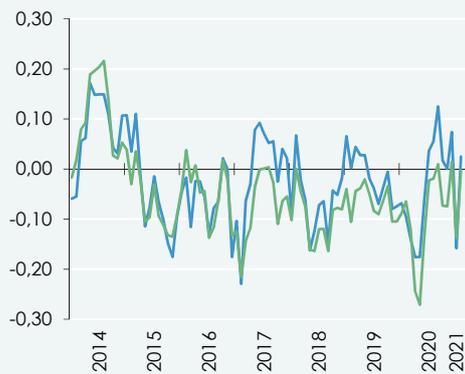
Abbildung 7: **Beiträge zur Inflationsdifferenz gegenüber Deutschland und dem Euro-Raum**

Prozentpunkte

HVPI insgesamt



Unverarbeitete Lebensmittel



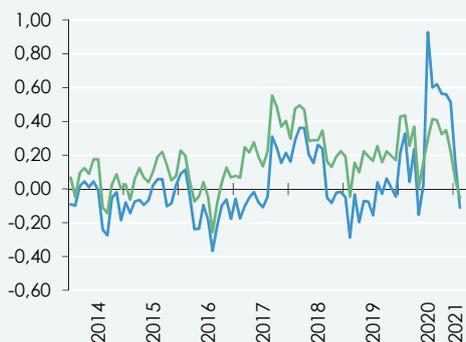
Bearbeitete Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak



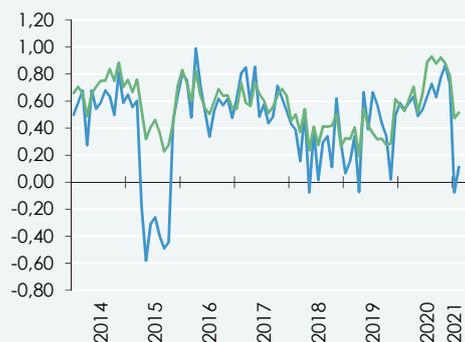
Energie



Nichtenergetische Industriegüter



Dienstleistungen



Q: Macrobond, Eurostat.

Die Kerninflation (Gesamtinflation ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie, gemäß VPI) war aufgrund des relativ höheren Inflationsbeitrages der Dienstleistungen mit 1,9% etwas höher als die Inflationsrate

laut VPI. Die administrierten Preise (im VPI enthaltene Tarife und Gebühren, die von der öffentlichen Hand bestimmt werden) stiegen 2020 um 1,6%.

Der Preisauftrieb war in Österreich 2020 laut HVPI mit +1,4% deutlich höher als in Deutschland bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes, auch bedingt durch eine umfangreiche Mehrwertsteuersenkung in Deutschland.

Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2020 1,4% und war damit beträchtlich höher als in Deutschland (+1,0 Prozentpunkt) bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes (+1,1 Prozentpunkte). Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren vergrößerte sich der Abstand zu Deutschland und zum Euro-Raum erneut. Dies ergibt sich wesentlich aus dem unterschiedlichen Umfang wie auch der unterschiedlichen Intention der Mehrwertsteuersenkungen in Deutschland und Österreich, die in beiden Ländern ab 1. Juli 2020 in Kraft traten. In Deutschland wurden die Mehrwertsteuersätze für alle Kategorien mit dem Ziel gesenkt, die Preise zu reduzieren. Damit sollte die Kaufkraft der privaten Haushalte gestützt und die Konsumnachfrage angekurbelt werden. In Österreich wurde die Mehrwertsteuer lediglich für von der Pandemie besonders stark betroffene Bereiche gesenkt und als Maßnahme zur Liquiditätsstützung dieser Unternehmen eingeführt; Preissenkungseffekte wurden weder erwartet noch beobachtet.

Das Inflationsdifferential gegenüber Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes lag im II. Quartal 2020 noch bei 0,4 bzw. 0,8 Prozentpunkten und vergrößerte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich auf 1,7 bzw. 1,4 Prozentpunkte. Daneben wirkt der größere Inflationsabstand im Bereich der Bewirtung und Beherbergung weiter, der schon vor der Mehrwertsteuersenkung beträchtlich gewesen war. Zusätzlich ist das Gewicht dieser Positionen in Österreich mit 16% erheblich größer als in Deutschland (5,8%) bzw. im Durchschnitt des Euro-Raumes (10,1%), wodurch ihr Inflationsbeitrag in Österreich höher ausfällt.

Auf Basis der relativen Preisniveauidizes waren 2019 Konsumgüter (tatsächlicher Individualverbrauch) in Österreich um 10% teurer als in Deutschland und um 11,6% teurer als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Das Preisniveau in Österreich war damit das fünfthöchste im Euro-Raum; Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren 2020 nur in Luxemburg teurer als in Österreich.

4. Literaturhinweise

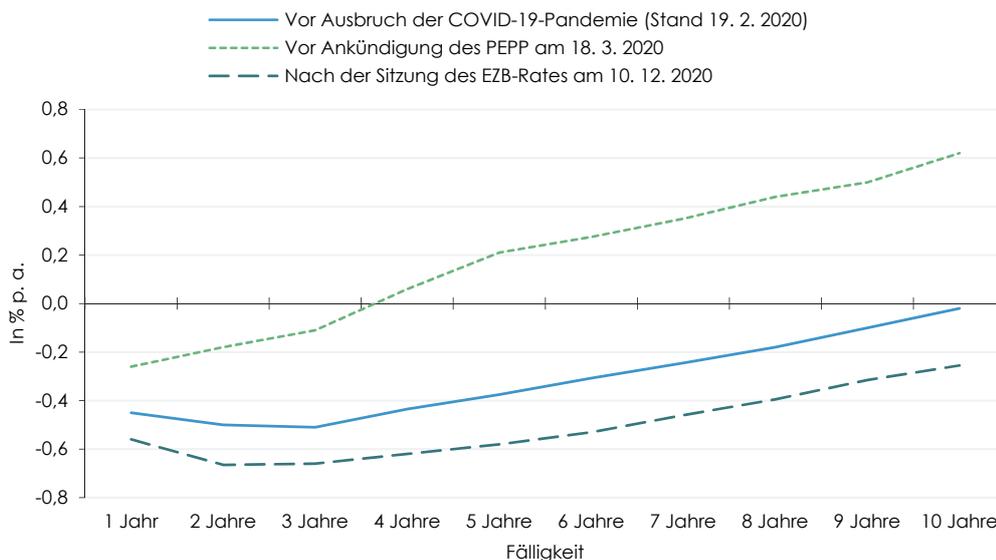
- Arbeitsmarktservice (AMS), Kurzarbeit sichert nachhaltig Arbeitsplätze und Know-how, Spezialthema zum Arbeitsmarkt, 2021, 1/2021, <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/berichte-und-auswertungen> (abgerufen am 7. 4. 2021).
- Baumgartner, J., Fink, M., Moreau, C., Rocha-Akis, S., Lappöhn, S., Plank, K., Schnabl, A., Weyerstrass, K., Wirkung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Abfederung der COVID-19-Krise. Mikro- und makroökonomische Analysen zur konjunkturellen, fiskalischen und verteilungspolitischen Wirkung, WIFO, IHS, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66958>.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "Beschäftigung 2020: Bilanz nach einem Jahr COVID-19-Pandemie", WIFO Research Briefs, 2021, (1), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66814>.
- Budgetdienst, Budgetvollzug Jänner bis November 2020 und COVID-19-Berichterstattung, Wien, 2021.
- Fink, M., Rocha-Akis, S., "Senkung des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 393-402, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66023>.
- Huemer, U., Kogler, M., Mahringer, H., Kurzarbeit als Kriseninstrument in der COVID-19-Pandemie. Kurzexpertise zum Vergleich der Modelle ausgewählter europäischer Länder, WIFO, Wien, 2021, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67020>.
- Pekanov, A. (2021A), "Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(3), S. 193-203, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67037>.
- Pekanov, A. (2021B), "Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(4), S. 309-320, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67136>.
- Schiman, St., "Die Rezession 2020: Österreich im Ländervergleich", WIFO Research Briefs, 2021, (4), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66933>.

Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise

Atanas Pekanov

- In Reaktion auf die COVID-19-Krise gestaltete die EZB ihre Geldpolitik 2020 besonders expansiv. Das umfangreiche Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) stabilisierte die Finanz- und Staatsanleihenmärkte im Euro-Raum.
- Trotz der COVID-19-Krise und der hohen Neuverschuldung blieben die Zinssätze auf österreichische Staatsanleihen weiterhin niedrig.
- Da sich viele Unternehmen zur Überbrückung von Liquiditätseingpassungen verschuldeten, nahm 2020 das Kreditvolumen zu, sowohl in Österreich als auch im Euro-Raum.
- Die Aktienmärkte verzeichneten im Frühjahr 2020 zunächst kräftige Verluste, bis Jahresende stabilisierten sich die Kurse jedoch wieder.
- Der Euro wertete 2020 deutlich gegenüber dem Dollar auf.

BIP-gewichtete Sekundärmarktrendite auf Staatsanleihen des Euro-Raumes



"Nach Einführung des PEPP sank die BIP-gewichtete Rendite für Staatsanleihen des Euro-Raumes unter Null und war somit deutlich geringer als vor Beginn der COVID-19-Krise. Dies deutet auf die Wirksamkeit der EZB-Interventionen hin."

Durch die geldpolitischen Interventionen der EZB im Laufe des Jahres 2020 sanken die Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen des Euro-Raumes auf ein niedrigeres Niveau als vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie (Q: EZB-Blog. PEPP . . . Pandemic Emergency Purchase Programme, Pandemie-Notfallankaufprogramm der EZB).

Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise

Atanas Pekanov

Geldpolitik und Kreditwesen in der COVID-19-Krise

Neben der COVID-19-Pandemie prägten 2020 vor allem die umfangreichen Interventionen der Europäischen Zentralbank die Entwicklungen auf den Finanzmärkten und im Kreditwesen im Euro-Raum. In Reaktion auf die Krise gestaltete die EZB ihre Geldpolitik 2020 besonders expansiv. Ein zentrales Element war die Einführung des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (PEPP), das die Sekundärmarktrenditen auf 10-jährige Staatsanleihen stabilisierte. Die kurzfristigen Zinssätze im Euro-Raum blieben 2020 im negativen Bereich. Dies schuf stabile Finanzierungsbedingungen. Die Kreditvergabe durch die Banken stützte die Liquidität der Unternehmen. Die regulatorischen Kennzahlen des Bankwesens in Österreich blieben unverändert. Trotz der kurzfristig erfolgreichen Stabilisierung bestehen weiterhin Gefahren für die Wirtschaft und das Bankensystem. Diese drohen u. a. bei einer Überschuldung der Unternehmen, einer Verschärfung der Finanzierungsbedingungen oder einem verzögerten Anstieg der Insolvenzen.

JEL-Codes: E58, E63, G15 • **Keywords:** Geldpolitik, Finanzmärkte, Zentralbanken

Begutachtung: Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer (nathalie.fischer@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 15. 4. 2021

Kontakt: Atanas Pekanov, MSc (atanas.pekanov@wifo.ac.at)

Monetary Policy and Credit in the COVID-19 Crisis

In addition to the COVID-19 pandemic, developments on the financial markets and in the credit sector in the euro area in 2020 were dominated by the extensive interventions of the European Central Bank. In response to the crisis, the ECB made its monetary policy particularly expansionary in 2020. A key element was the introduction of the Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP), which stabilised secondary market yields on 10-year government bonds. Short-term interest rates in the euro area remained in negative territory in 2020. This created stable financing conditions. Bank lending supported corporate liquidity. The regulatory ratios of the banking industry in Austria remained unchanged. Despite the successful stabilisation in the short term, there are still risks to the economy and the banking system. Among other things, these loom in the event of corporate overindebtedness, a tightening of financing conditions or a delayed rise in insolvencies.

1. Geldpolitik unterstützt die Krisenbewältigung

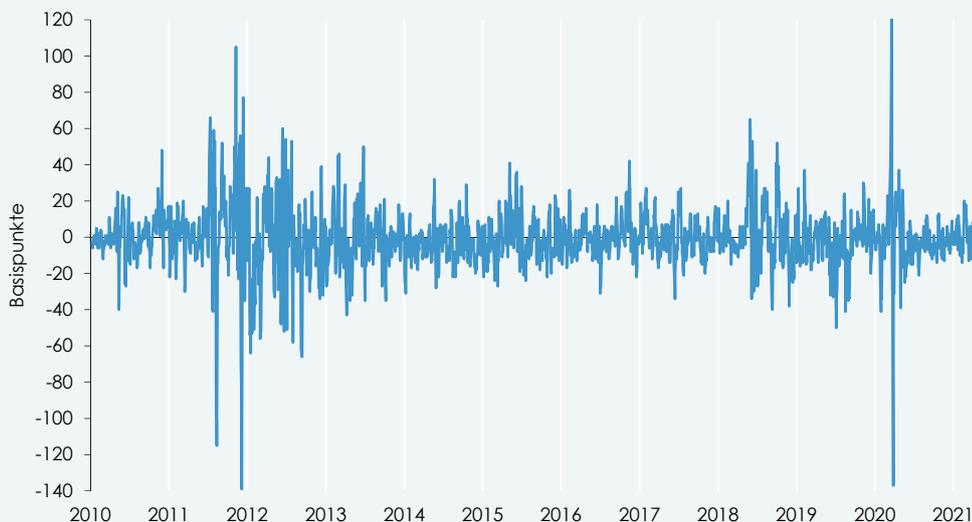
Neben der COVID-19-Pandemie prägten 2020 vor allem die Interventionen der Europäischen Zentralbank die Entwicklungen auf den Finanzmärkten und im Kreditwesen im Euro-Raum. Im Jahresverlauf 2020 gestaltete die EZB ihre Geldpolitik in Reaktion auf die COVID-19-Krise besonders expansiv. Aufgrund der zunehmenden Unsicherheit des wirtschaftlichen Umfeldes wurde am 12. März 2020 zunächst das Programm zum Erwerb von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) um 120 Mrd. € aufgestockt. Zur Eindämmung des Infektionsgeschehens setzten viele europäische Länder ab Mitte März harte Lockdown-Maßnahmen. Die Finanzmärkte reagierten darauf mit drastischen Kurseinbrüchen. Auch die Staatsanleihen entwickelten sich in den ersten Märzwochen sehr volatil. Wie häufig in Zeiten von Marktstress bevorzugten die Anleger deutsche Anleihen, die als die sichersten im Euro-Raum gelten. Dies barg die Gefahr einer Fragmentierung des gemeinsamen Währungsraumes.

Die Zinsspannen zwischen den Ländern des Euro-Raumes erreichten ein Niveau wie zuletzt während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Im Fall Italiens stiegen die Sekundärmarktrenditen auf 10-jährige Staatsanleihen drastisch an – im März 2020 wurde mit +142 Basispunkten der höchste wöchentliche Zuwachs seit 10 Jahren verzeichnet (Abbildung 1). Er war noch höher als im November 2011 nach dem Rücktritt von Silvio Berlusconi als Ministerpräsident (+105 Basispunkte). Auch die Anstiege im Oktober 2008 (+64 Basispunkte zu Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise), im Juni 2012 (+60 Basispunkte vor der Verabschiedung des EU-Rettungspaketes für Spanien), und Ende Mai 2018 (+65 Basispunkte aufgrund von Unsicherheiten bei der Regierungsbildung in Italien) waren merklich schwächer. Der Anstieg im März 2020 betraf jedoch nicht den gesamten Euro-Raum. Nur für spanische und französische Anleihen stiegen die Renditen ähnlich stark wie für italienische. Die EZB wollte eine unerwünschte

Zinssatzsteigerung in großen Mitgliedsländern des Euro-Raumes vermeiden und verankerte daher im Pandemie-Notfallankauf-

programm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) eine Lockerung der Ankaufsquoten.

Abbildung 1: **Veränderung der Sekundärmarkttrendite auf 10-jährige italienische Staatsanleihen im Vergleich zur Vorwoche**



Q: Eurostat.

Die Einführung des PEPP wurde am 18. März 2020 beschlossen. Es sollte die Preisstabilität und die Liquidität der Kreditwirtschaft sicherstellen. Bereits am Tag nach seiner Ankündigung beruhigten sich die Finanzmärkte spürbar.

Die Intervention der EZB stabilisierte erfolgreich die Sekundärmarkttrenditen und verschaffte den nationalen Regierungen mehr Freiraum, um sich auf die Eindämmung der COVID-19-Pandemie und die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung zu konzentrieren. Ein wesentliches Moment des PEPP ist die bereits erwähnte und Ende April 2020 eingeführte Lockerung der Ankaufsquoten, die es der EZB im Bedarfsfall ermöglicht, überproportional viele Anleihtitel einzelner Mitgliedsländer anzukaufen, um eine Verschärfung der Finanzierungsbedingungen auf nationalen Teilmärkten zu verhindern. Vor dieser Lockerung bestimmte der Eigenkapitalschlüssel der EZB die Ankaufsquoten für die einzelnen Mitgliedsländer. Österreichs Beitrag zum Eigenkapital der EZB beträgt 2,93%. Die im Zuge des PEPP beschlossene Flexibilisierung der Ankäufe senkte die Risiken für den Transmissionsmechanismus, wodurch vor allem die drohende Fragmentierungsgefahr hintangehalten werden sollte. Auf der anderen Seite riefen die akkommodative Geldpolitik und die teilweise disproportionalen Ankäufe auch Kritik hervor. So wurde vorgebracht, dass derartige Interventionen einer monetären Staatsfinanzierung sehr nahe kämen, wodurch gegen

ein wichtiges Prinzip der Europäischen Währungsunion verstoßen würde.

Für das PEPP war anfangs ein Umfang von höchstens 750 Mrd. € vorgesehen, im Gegensatz zum Programm der Federal Reserve war seine Mittelausstattung somit begrenzt. Die Dotierung erwies sich jedoch als unzureichend; sie wurde daher im Juni 2020 um 600 Mrd. € erhöht. Im Sommer kam es durch die expansive Geldpolitik und kräftige fiskalische Impulse zu einer Stabilisierung der Anleihenmärkte. Anlässlich der zweiten Welle der COVID-19-Pandemie im Herbst beschloss die EZB am 10. Dezember 2020 eine erneute Aufstockung des PEPP um 500 Mrd. € auf insgesamt 1.850 Mrd. €, was etwa 15% des BIP des gesamten Euro-Raumes vor der COVID-19-Krise entsprach. Außerdem wurde der Zeithorizont für die Ankäufe bis zumindest Ende März 2022 verlängert.

Die EZB beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0%, den Zinssatz für die Einlagenfazilität bei -0,5% und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25%. Sie entschied sich aus mehreren Gründen gegen eine weitere Senkung der Zinssätze:

- Nach einer langen Niedrigzinsphase können die Effekte weiterer Zinssatzsenkungen auf Konsum und Investitionen schwach sein. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn private Haushalte oder Unternehmen größere Ausgaben für langlebige Konsum- oder Investitionsgüter

Das Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) der EZB trug erfolgreich zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei.

Mit dem "Average Inflation Targeting" vollzog die Notenbank der USA im August 2020 einen geldpolitischen Kurswechsel.

- bereits getätigt haben, sodass weitere Zinssatzsenkungen keine ausgabensteigernde Wirkung mehr erzielen (McKay – Wieland, 2019).
- Die Effekte geldpolitischer Maßnahmen sind vom Konjunkturzyklus abhängig und in Rezessionen schwächer, insbesondere auf die Ausgaben für Konsum- oder Investitionsgüter (Tenreyro – Thwaites, 2016).
 - Bei hoher Unsicherheit wirken Zinssatzsenkungen nur schwach konjunkturbelebend.

Am 30. April 2020 kündigte die EZB ein weiteres langfristiges Refinanzierungsprogramm an: PELTRO (Pandemic emergency longer-term refinancing operation) sollte den Geschäftsbanken günstig Geldmittel zur Verfügung stellen. Dies wurde an die Bedingung geknüpft, diese Liquidität in Form von Krediten an Unternehmen weiterzugeben¹⁾. Der Zinssatz für die PELTRO-Mittel lag um 25 Basispunkte unter dem durchschnittlichen Hauptrefinanzierungssatz. Dadurch werden die Geschäftsbanken durch die Zentralbank teilweise subventioniert. Im Dezember 2020 beschloss die EZB für 2021 vier weitere Geschäfte innerhalb des Refinanzierungsprogrammes. Gleichzeitig verfolgte sie ihre

Forward-Guidance-Politik weiter, indem sie den Hauptrefinanzierungssatz auf Null beließ und die Bedingung für eine zukünftige Zinswende bestätigte: Solange das Inflationsziel von knapp unter 2% nicht erreicht wird, soll das Zinsniveau nicht angehoben werden. Als weitere Bedingung für künftige Zinsanhebungen nannte die EZB die Überwindung der COVID-19-Pandemie.

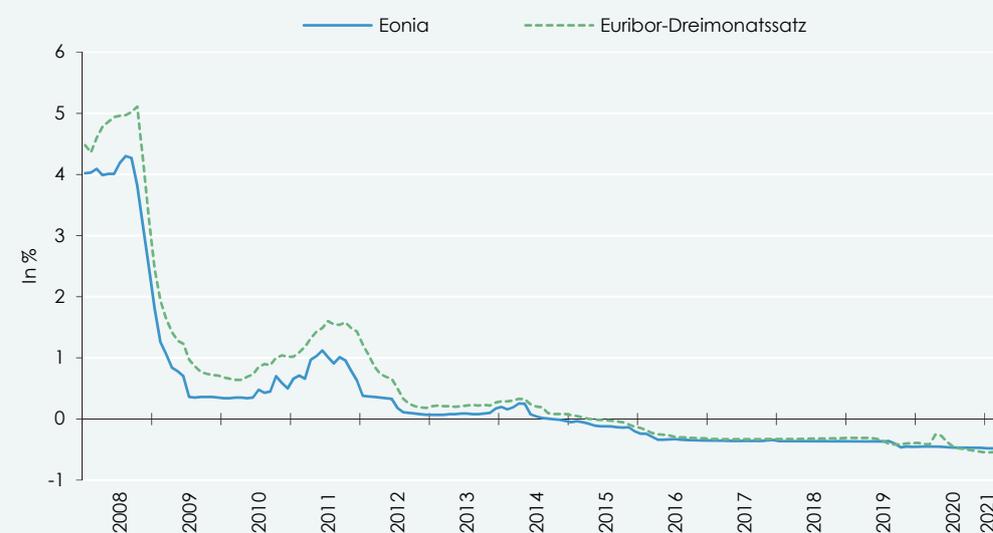
In den USA vollzog die Notenbank im August 2020 einen geldpolitischen Kurswechsel: Gemäß dem "Average Inflation Targeting" orientiert sie sich nicht mehr an klassischen Taylor-Regeln und hebt die Leitzinssätze nicht an, sobald das Inflationsziel erreicht wurde. Stattdessen wird versucht, über einen längeren Zeitraum eine durchschnittliche Inflation von 2% zu erzielen. Dazu wird die Inflation vergangener Perioden berücksichtigt. Zur Kompensation von Phasen mit niedriger Inflation wird eine vorübergehende Überschreitung des 2%-Zieles zugelassen. Laut März-Prognose der Federal Reserve wird die Inflation 2021 in den USA bei 2,4%, 2022 bei 2,0% und 2023 bei 2,1% liegen²⁾. Da demnach keine Gefahr einer Überhitzung der Wirtschaft besteht, blieb das Zinsniveau unverändert.

2. Geldmarktzinssätze weiterhin auf Langzeittief

Die kurzfristigen Zinssätze im Euro-Raum blieben 2020 weiterhin negativ. Der Euribor-Dreimonatssatz bewegte sich im Jahresverlauf zwischen -0,4% und -0,5% (Abbildung 2). Nur im April und Mai stieg er vorübergehend auf

rund -0,25%. Die stabilen Werte um -0,5% in den Herbstmonaten waren eine Folge der akkommodativen Geldpolitik der EZB. Der Eonia³⁾ veränderte sich auch 2020 kaum und bewegte sich um -0,46%.

Abbildung 2: Geldmarktzinssätze in Österreich



Q: Eurostat.

¹⁾ <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/geldpolitik/offenmarktgeschaeft/pandemic-emergency-longer-term-refinancing-operation-peltro-/peltro-832176>.

²⁾ <https://www.federalreserve.gov/monetarypolicy/fomcprojtabl20210317.htm>.

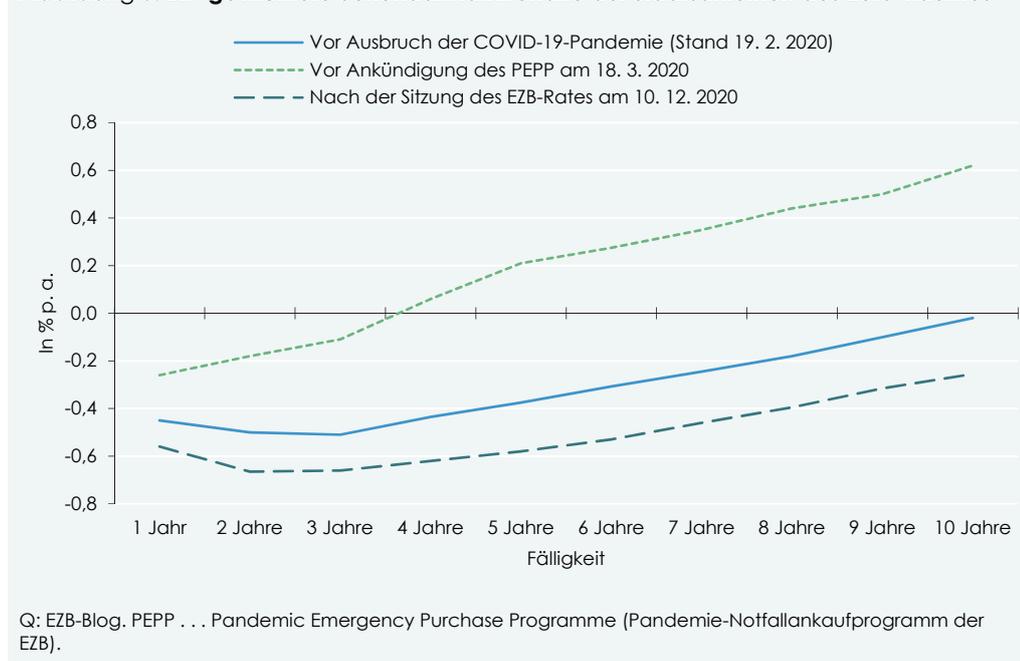
³⁾ Eonia (Euro overnight index average) ist der eintägige interbankäre Zinssatz für den Euro-Raum.

Aufgrund des unvorhersehbaren Verlaufs der COVID-19-Pandemie waren die Sekundärmarktrenditen 10-jähriger Staatsanleihen einiger Länder des Euro-Raumes in den ersten beiden Märzwochen 2020 rasant angeiegen. Nach der Ankündigung der EZB-Pro-

gramme fielen die Renditen deutlich unter Null, die BIP-gewichtete Rendite für Staatsanleihen des Euro-Raumes lag in der Folge im negativen Bereich und merklich unter dem Vorkrisenniveau. Dies zeigt die Wirksamkeit der EZB-Programme (Abbildung 3).

Infolge der EZB-Programme sanken die Sekundärmarktrenditen 10-jähriger Staatsanleihen der meisten Euro-Länder im 2. Halbjahr 2020 auf neue Tiefstwerte.

Abbildung 3: **BIP-gewichtete Sekundärmarktrendite auf Staatsanleihen des Euro-Raumes**



Die Sekundärmarktrenditen festverzinslicher österreichischer Staatsanleihen mit 10-jähriger Laufzeit blieben 2020 trotz der COVID-19-Krise und der Rekorddefizite im öffentlichen Sektor stabil. 2020 waren sie in allen Monaten bis auf April negativ (Jahresdurchschnitt $-0,2\%$). Ähnliche Verläufe waren auch in anderen Mitgliedsländern des Euro-Raumes zu beobachten. In Deutschland bewegte sich die Rendite im 1. Halbjahr um $-0,5\%$ und erreichte im Herbst $-0,6\%$. Der Zinsabstand zwischen Österreich und Deutschland blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert und betrug durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte. Die Zinsabstände zwischen Deutschland und anderen Euro-Ländern nahmen deutlich ab, vor allem zu Italien, Griechenland oder Belgien (Abbildung 4). Diese Entwicklung ging vorrangig auf die EZB Programme zurück, aber auch auf die weiterhin hohe Nachfrage nach Staatsanleihen seitens institutioneller Investoren. Seit Jahresende 2020 stieg die Rendite auf deutsche Staatsanleihen und war Ende Februar 2021 um 0,3 Prozentpunkte höher als Anfang Dezember. Auch die Sekundärmarktrendite für Staatsanleihen des Euro-Raumes lag nach mehreren Monaten mit negativen Werten im Februar 2021 wieder leicht über Null ($+0,06\%$). Prognosen zufolge dürfte die Sekundärmarktrendite im Fall der USA auch 2021 und 2022 weiterhin positiv

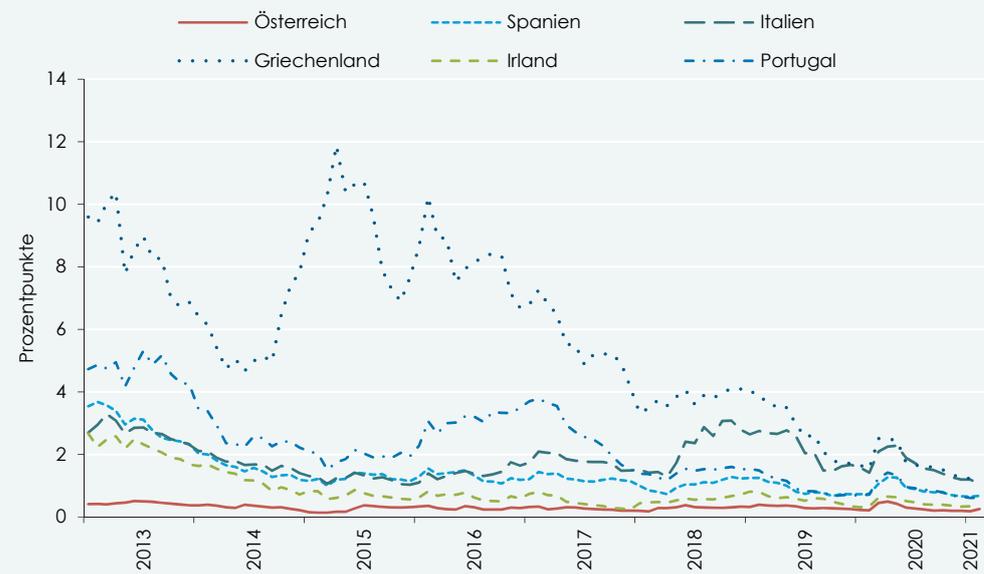
bleiben. Zu Jahresbeginn war die Rendite 10-jähriger Staatsanleihen der USA merklich angestiegen; Anfang März 2021 war sie mit 1,6% um 0,6 Prozentpunkte höher als Anfang Dezember 2020. Für 10-jährige deutsche Staatsanleihen betragen die Renditen Anfang März 2021 $-0,3\%$, für österreichische $-0,1\%$.

Angesichts historisch niedriger langfristiger Renditen flachte sich 2020 die Zinsstrukturkurve in Österreich weiter ab, von 0,3 Prozentpunkten zu Jahresbeginn auf 0,1 Prozentpunkt zu Jahresende. Im Jahresdurchschnitt erreichte sie damit einen Wert von 0,2 Prozentpunkten (2019: 0,4 Prozentpunkte, Abbildung 5). Seit Jahresbeginn 2021 ist ein erneuter Anstieg beobachtbar.

Mit dem Beschluss expansiver geldpolitischer Maßnahmen stieg die konsolidierte Bilanzsumme der EZB um fast 50% an – von 4.671 Mrd. € auf 6.979 Mrd. € Ende 2020. Die Nettokäufe von Anleihen öffentlicher und privater Schuldner im Rahmen des PEPP beliefen sich in den ersten drei vollständigen Monaten des Programmes (April bis Juni 2020) auf über 100 Mrd. € pro Monat und schwankten von Juli bis Dezember zwischen 60 und 85 Mrd. € pro Monat (Abbildung 6). Bis Ende 2020 wurden somit in Summe 757 Mrd. € an Nettoankäufen getätigt.

Die Zinsstrukturkurve flachte 2020 im Vorjahresvergleich weiter ab.

Abbildung 4: **Zinsabstand 10-jähriger Staatsanleihen ausgewählter Länder zu deutschen Staatsanleihen**



Q: OeNB.

Abbildung 5: **Zinsstrukturkurve in Österreich**

Differenz zwischen Sekundärmarktrendite und Euribor-Dreimonatssatz

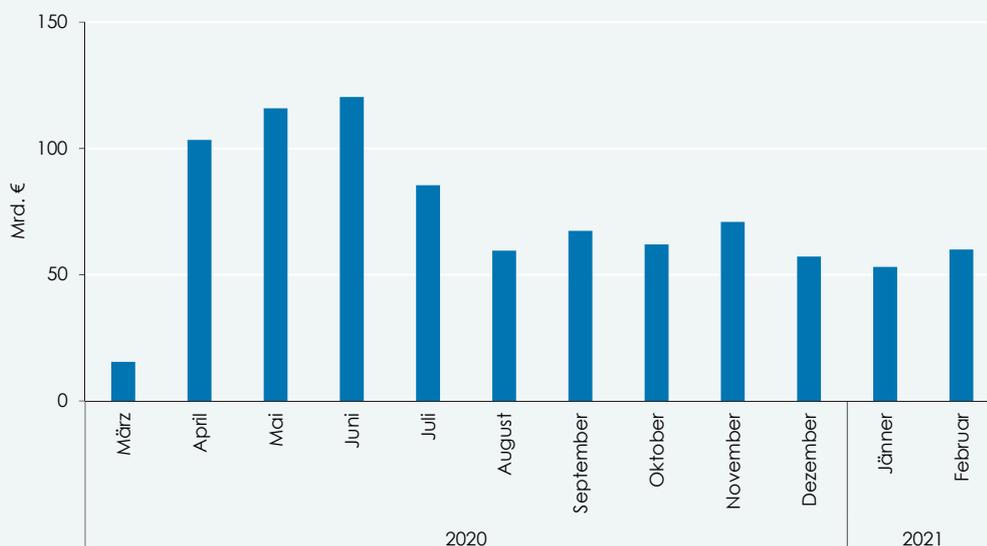


Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Geldmenge gemäß engster Definition (M1) wuchs im Euro-Raum im 1. Halbjahr 2020 durchschnittlich um 10,7% gegenüber der Vorjahresperiode, im 2. Halbjahr um 13,2%. Die Geldmengen M2 und M3, die auch Komponenten mit Bindungsfristen umfassen, nahmen schwächer zu, allerdings beschleunigte sich auch hier im Laufe des Jahres das Wachstum (M3 +7,6% im 1. Halbjahr, +10% im 2. Halbjahr 2020). Bedingt

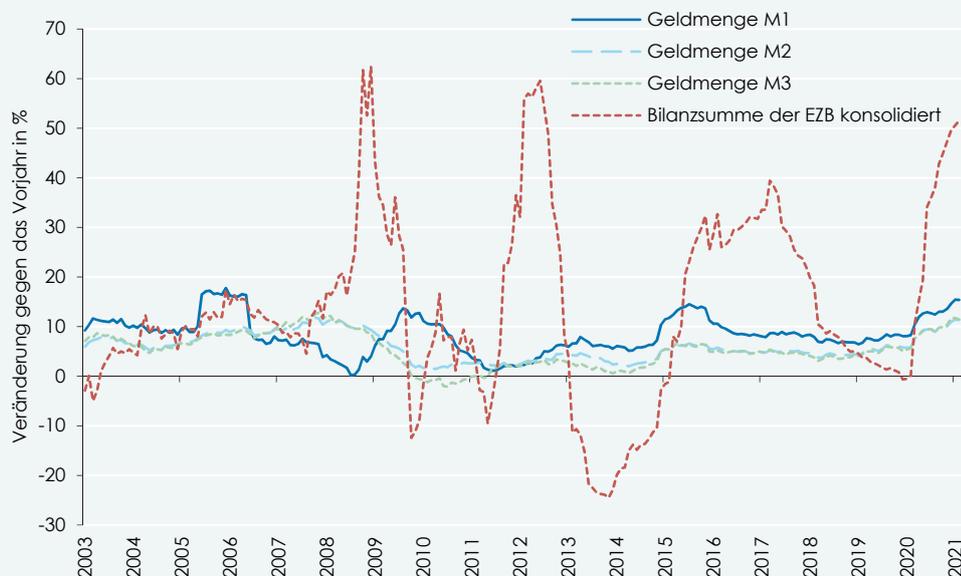
durch das PEPP wuchs im Euro-Raum die Geldmenge M3 in den Herbstmonaten mit zunehmender Geschwindigkeit; die relative Veränderung zum Vorjahr betrug im Oktober 9,9%, im November 10,3% und im Jänner 2021 bereits 11,7%. Die Geldmenge M1 war im Dezember 2020 um 14,6% höher als Ende 2019; auch diese war im Herbst 2020 sehr dynamisch gewachsen.

Abbildung 6: **Monatliche Nettoankäufe von Anleihen öffentlicher und privater Schuldner im Rahmen des PEPP**



Q: EZB, PEPP ... Pandemic Emergency Purchase Programme (Pandemie-Notfallankaufprogramm der EZB).

Abbildung 7: **Geldmengenwachstum im Euro-System**



Q: EZB, Geldmengen saisonbereinigt.

Die Entwicklungen auf den Geldmärkten wirkten sich auch auf die Einlagenzinssätze der nichtfinanziellen Unternehmen und der privaten Haushalte aus: Der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz für täglich fällige Unternehmensanlagen lag in Österreich im Dezember 2020 erstmals im negativen Bereich (-0,002%)⁴⁾. Negative Einlagenzinssätze auf Spareinlagen privater Haushalte sind in Österreich aufgrund eines OGH-Urteils nicht

erlaubt. Auch in Deutschland und im Euro-Raum waren 2020 bei Neugeschäften die Zinssätze für Unternehmensanlagen negativ. Bedingt durch die Streichung oder Verschiebung von Investitionen aufgrund der COVID-19-Pandemie stiegen die Unternehmensanlagen bei Banken dennoch deutlich an, in Österreich um 19,7% und im Euro-Raum um 19,4%.

⁴⁾ <https://www.oenb.at/Presse/20210317.html>.

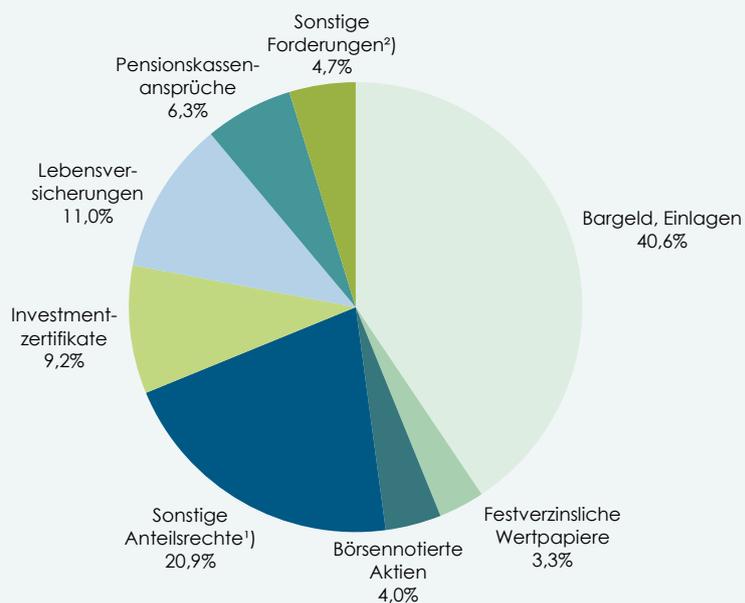
Die privaten Haushalte fragten 2020 bevorzugt hochliquide Veranlagungsformen und Aktien nach.

Seit Beginn der COVID-19-Krise vergaben die meisten Länder Staatsgarantien für Unternehmenskredite. Laut aktuellem Bank Lending Survey für den Euro-Raum (Stand Jänner 2021) wurden die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte in den letzten zwei Quartalen weiter verschärft. Der infolge der Krise hohe Liquiditätsbedarf der Unternehmen zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit und ihres Betriebs ließ im Euro-Raum die Kreditnachfrage vor allem im 1. Halbjahr 2020 kräftig ansteigen, insbesondere nach kurzfristigen Krediten⁵⁾. Während die Kreditnachfrage der Unternehmen im 2. Halbjahr wieder zurückging, nahm die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnbaukrediten weiter zu. In Österreich war die Entwicklung laut rezenten Bankenumfragen ähnlich⁶⁾. Aufgrund des unsicheren Umfeldes verfolgten die Banken im Kreditgeschäft mit Unternehmen eine vorsichtigeren Angebotspolitik. Die Richtlinien für Unternehmenskredite wurden von den befragten Banken im 2. Halbjahr 2020 verschärft, wobei die staatlichen Kreditgarantien frühere und stärkere Verschärfungen verhinderten. Im IV. Quartal ging die Kreditnachfrage der heimischen Unternehmen zurück.

Konstante Leitzinssätze, die Ausweitung des Anleiheankaufsprogrammes und das neu

aufgelegte Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) der EZB drückten die Renditen über alle Laufzeiten hinweg in den negativen Bereich. Gleichzeitig stieg 2020 aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten die Sparquote der privaten Haushalte. Ihr Geldvermögen wuchs dementsprechend um knapp 30 Mrd. € – der Großteil (20,4 Mrd. €) davon täglich fällige Einlagen in der Kreditwirtschaft. Bemerkenswert war 2020 die hohe Nachfrage nach Bargeld: Trotz der Empfehlung des Einzelhandels zur bargeldlosen Bezahlung von Einkäufen und der steigenden Bedeutung des Online-Handels war der zusätzliche Bargeldbedarf der privaten Haushalte mit 2,4 Mrd. € so hoch wie zuletzt in der Staatsschuldenkrise 2010/11 und davor anlässlich der Euro-Einführung 2002/03. Angesichts negativer Renditen auf den Geld- und Kapitalmärkten verloren für die privaten Haushalte festverzinsliche Wertpapiere als Anlageform an Attraktivität. Auch langfristig gebundene Veranlagungsformen wie etwa Lebensversicherungen wurden 2020 aufgrund der weiterhin hohen Liquiditätspräferenz nur schwach nachgefragt. Die Veranlagung in börsennotierte Aktien und Investmentfonds profitierte hingegen von den allgemein niedrigen Renditen im Festzinsbereich.

Abbildung 8: **Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte 2020**



Q: OeNB, Stand Ende 2020. Das Geldvermögen der privaten Haushalte betrug insgesamt 763,1 Mrd. €. –
¹⁾ Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²⁾ Kredite, Nicht-Lebensversicherungsansprüche, Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen, sonstige Forderungen einschließlich Finanzderivate.

⁵⁾ https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/bank_lending_survey/html/index.en.html.

⁶⁾ <https://www.oenb.at/Geldpolitik/Erhebungen/umfrage-ueber-das-kreditgeschaefft.html>.

3. Hohe Bedeutung des Kreditwesens für die Liquiditätssicherung von Unternehmen

Da die Unternehmen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen vermehrt auf Kredite zurückgriffen, entwickelte sich 2020 die reale Wertschöpfung im österreichischen Kreditwesen (ÖNACE-Abschnitt K) trotz der COVID-19-Krise leicht positiv. Das Kreditvolumen wuchs 2020 sogar kräftiger als 2019. Schon zu Beginn der Krise hatte der Bedarf an Zwischenfinanzierungen für Umlaufkapital zugenommen. Dies führte im II. und III. Quartal 2020 zu einer Erhöhung der Kreditnachfrage. Vor allem in Phasen vollständiger Lockdowns stieg der Kreditbedarf der nichtfinanziellen Unternehmen deutlich an. Der Bestand der ein- bis fünfjährigen Krediten war in Österreich im April 2020 um 14,1% und im Mai um 13,1% höher als im Vorjahr, Kredite mit einer Laufzeit von über 5 Jahren nahmen um 9,1% bzw. 8,7% zu. Ähnlich hohe Anstiege wurden auch im Euro-Raum verzeichnet. Die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten mit einer Laufzeit von unter einem Jahr war hingegen sowohl in Österreich als auch im Euro-Raum rückläufig. Solche Kredite machen jedoch weniger als ein Fünftel des gesamten Volumens aus.

Ab Herbst entwickelte sich die Kreditnachfrage des Nichtbankensektors (Nicht-Monetäre Finanzinstitute – Nicht-MFI) in Österreich etwas schwächer (im Vorjahresvergleich +4,2% im September nach +4,5% im Juli). Die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumkrediten ging im Laufe des Jahres 2020 immer deutlicher zurück (–1,1% im Jänner, –5,5% im Dezember). Im Euro-Raum wuchs die Kreditnachfrage des nichtfinanziellen Sektors kräftiger als in Österreich, getrieben vor allem durch Spanien und Frankreich: Im Vorjahresvergleich stiegen die Wachstumsraten von 3% im Februar 2020 auf über 7% ab Mai.

Zu Jahresende 2020 betrug das durch österreichische Kreditinstitute an inländische Nichtbanken vergebene Kreditvolumen 385 Mrd. € (+3,9% gegenüber dem Vorjahr). Rund die Hälfte davon (175 Mrd. €, +3,5%) ging an private Haushalte (einschließlich freiberuflich tätiger Personen, Selbständiger und privater Organisationen ohne Erwerbszweck), weitere 44% an Unternehmen (+5% gegenüber dem Vorjahr). Der Rest ging an die öffentliche Hand oder sonstige Finanzintermediäre. Im Euro-Raum betrug das Kreditvolumen an Nicht-MFIs Ende 2020 rund 13 Bio. €; es war damit höher als 2019 (+4%).

Das Wachstum der Wertschöpfung im Kreditwesen wurde 2020 vor allem durch Mengenentwicklungen bestimmt. Das Zinsniveau blieb dagegen unverändert – von kurzen Schwankungen abgesehen – und trug somit wenig zum Wachstum bei. Sofern die

COVID-19-Pandemie 2021 überwunden wird und sich die Wirtschaftslage normalisiert, dürften bereits verschuldete Unternehmen keine neuen Kredite aufnehmen, sondern eher versuchen, bestehende Kredite zu tilgen. Dies könnte in den nächsten Jahren zu einem niedrigeren Zuwachs des Kreditvolumens und somit auch der Wertschöpfung im Bankensektor führen.

Bei den Krediten an österreichische private Haushalte handelt es sich zum überwiegenden Teil um Kredite für die Wohnraumfinanzierung. Diese gewannen 2020 trotz der COVID-19-Krise weiter an Bedeutung. Die unterjährige Wachstumsdynamik ähnelte den Vorkrisenjahren; zum Jahresende 2020 betrug das Wohnbaukreditvolumen 121 Mrd. € (+5,5% gegenüber dem Vorjahr, bereinigt um Abschreibungen und Wechselkursveränderungen). Die Nachfrage nach Wohnbaukrediten profitierte auch von der Einschränkung der privaten Konsummöglichkeiten im Zuge der Lockdown-Phasen, die einen Anstieg der Ersparnisse und der Immobiliennachfrage bewirkte. Trotz der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie nahmen die Immobilientransaktionen allein im 1. Halbjahr 2020 um 4,9% zu, wobei das Transaktionsvolumen stagnierte (16,4 Mrd. €⁷⁾). Im Euro-Raum wuchs das Wohnbaukreditvolumen 2020 sogar stärker als 2019 (+4,7%, 2019 +3,9%). Im Gegensatz zu den Wohnbaukrediten war in Österreich das Konsumkreditvolumen 2020 rückläufig (–5,5% gegenüber dem Vorjahr), was dem deutlichen Rückgang der Konsumnachfrage geschuldet ist.

Die Ertragslage der österreichischen Kreditwirtschaft litt 2020 spürbar unter der COVID-19-Krise; der erwartete Jahresabschluss für 2020 ist mit 2,7 Mrd. € um 44,7% niedriger als im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite sank deutlich auf 3,5% (2019: 6,4%), zugleich reduzierte sich auch das Aufwand-Ertrag-Verhältnis (Cost-Income-Ratio) von 71,9% auf 70,6%. Dennoch blieb der Nettozinsertrag mit 8,6 Mrd. € konstant und bildete weiterhin die wichtigste Ertragskomponente (45% der Betriebserträge). Einerseits sinken durch die Niedrigzinspolitik der EZB seit Jahren die Zinsmargen, andererseits stabilisieren verminderte Zinsaufwendungen den Nettozinsertrag. Die Zinsaufwendungen (–25,3%) schrumpften 2020 deutlich stärker als die zins- und zinsähnlichen Erträge (–10,8%). Der Saldo des Provisionsgeschäftes blieb mit 4,7 Mrd. € (+1,9% gegenüber dem Vorjahr) die zweitwichtigste Ertragskomponente. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen geringfügig (+1,6%). Die Betriebsaufwendungen sanken um 3,9% auf 13,6 Mrd. €, die

Die Nachfrage nach Krediten zur Wohnraumfinanzierung nahm 2020 erneut zu. Der Anteil der Wohnbaukredite an der Gesamtverschuldung der privaten Haushalte ist weiterhin hoch.

In Österreich gingen die Bankenerträge im Zuge der COVID-19-Krise merklich zurück.

⁷⁾ <https://www.derstandard.at/story/2000119878896/vorerst-kein-rueckgang-bei-immobilientransaktionen>.

Löhne und Gehälter um 3,7%. Zugleich bauten die Kreditinstitute Beschäftigte ab (-0,8% auf 60.000 Vollzeitäquivalente).

Die regulatorischen Kennzahlen der österreichischen Kreditwirtschaft verschlechterten sich im Jahresverlauf 2020 kaum. Die Kernkapitalquote (Regulatorisches Tier 1)⁸⁾ erreichte im IV. Quartal 2020 den höchsten Wert der letzten Jahre (16,76%). Der Anteil der notleidenden Kredite und uneinbringlichen Forderungen an allen Krediten sank weiter, von 1,77% Ende 2019 auf 1,53% im III. Quartal 2020. Diese Entwicklungen entsprechen zwar der stabilen Wertschöpfung im Finanzsektor und der krisenbedingt hohen Nachfrage nach Krediten, sind jedoch nur eine vorübergehende Momentaufnahme. Die Auswirkungen der COVID-19-Krise und die damit verbundenen Risiken für die Kreditwirtschaft lassen sich daran nicht ablesen. Aufgrund der zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen – dazu gehören etwa Kreditstundungen, Kurzarbeit, Fixkostenzuschüsse oder die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht – gab es 2020

deutlich weniger Insolvenzen. Falls Nachhol-effekte eintreten oder Unternehmen nach dem Auslaufen der Unterstützungsmaßnahmen insolvent werden, könnten sich die regulatorischen Kennzahlen verschlechtern.

Aufgrund des hohen Kreditaufkommens stieg auch die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berechnete Lücke im Kredit-BIP-Verhältnis zum ersten Mal seit Ende 2010 über Null. Sie war im II. Quartal 2020 leicht positiv und betrug im III. Quartal sogar 2,6%. Darin spiegelt sich das überdurchschnittliche Wachstum des Kreditvolumens in Österreich. Auch in anderen Ländern, etwa in Deutschland (11,4%) oder Frankreich (23,6%), war die Kredit-BIP-Lücke 2020 positiv, in Spanien und Italien lag sie dagegen weiterhin unter Null. Im Euro-Raum betrug die Lücke -0,3%. Insgesamt boten die Kennzahlen keinen Anlass für makroprudenzielle Eingriffe. Dementsprechend beließ das österreichische Finanzmarktstabilitätsgremium die Vorgabe für den antizyklischen Eigenkapitalpuffer auf 0%.

4. Aktienmärkte trotzten der Krise

Mit Beginn der COVID-19-Krise fielen die Aktienkurse im März 2020 innerhalb weniger Wochen um bis zu 40% gegenüber dem Stand zu Jahresende 2019. Ab dem II. Quartal setzte in Europa und den USA eine Erholung auf den Aktienmärkten ein. Die EZB-Programme gaben den meisten Aktienmärkten im Euro-Raum einen positiven Impuls. Auch der heimische ATX konnte die Verluste teilweise wettmachen, verglichen mit anderen Leitindizes fiel die Erholung des ATX jedoch schwächer aus: Zu Jahresende 2020 betrug der Verlust gegenüber dem Jahresbeginn 12,8%. Die Kursentwicklung der führenden Börsenindizes Deutschlands war deutlich besser: Der DAX schloss das Jahr mit einem Plus von 3,5% ab. Die Verluste an den Börsen im Vereinigten Königreich und in Frankreich waren ähnlich hoch wie jene des ATX (FTSE 100 -14,3%, CAC40 -7,1%). Der Euro-Raum-Index Eurostoxx 50 verlor im Jahresvergleich 5,1%. Die Aktienindizes in den USA reagierten auf die umfangreichen Fiskalpakete und die verringerte Unsicherheit nach der Wahl des neuen Präsidenten Biden mit deutlichen Kursgewinnen (Standard & Poors 500 +16,3%, Abbildung 9). Der Total-Return-Index (Preisindex einschließlich

Dividenden, Zinsen und anderer Ausschüttungen) des MSCI-Weltindex wuchs ebenfalls stark dynamisch (Dollarbasis +16,5%, Euro-Basis +6,9%). Die Volatilität – gemessen an der impliziten Volatilität von Optionen auf Aktien der Chicago Board Options Exchange (VIX) – war im Jahresdurchschnitt 2020 mit 29,1% sehr hoch und lag weit über dem Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2020 von 19%. Im März 2020 erreichte die Volatilität sogar ein Langzeithoch von über 80% – ein Indikator für die Unsicherheit auf den Finanzmärkten.

Auch die Marktkapitalisierung der Wiener Börse litt unter den Kursverlusten des vergangenen Jahres. Hatte sie Ende 2019 noch 118,7 Mrd. € oder 29,9% des nominellen Bruttoinlandsproduktes betragen, so war sie Ende 2020 mit 108,2 Mrd. € um 10 Mrd. € geringer. Finanzwesen und Grundindustrie dominierten weiterhin den ATX. Der durchschnittliche monatliche Umsatz an der Wiener Börse betrug 2020 5,74 Mrd. € und war damit höher als 2019. Die Aktienumsätze stiegen um 11%. 2020 war die Wiener Börse der am schnellsten wachsende Handelsplatz für Anleiheemissionen in Europa.

5. Nominelle und real-effektive Aufwertung

Der Euro wertete im Jahr 2020 deutlich gegenüber dem Dollar auf und machte im 2. Halbjahr die Verluste aus der ersten Jahreshälfte wett. Die Aufwertung setzte sich

auch in den ersten Wochen 2021 fort. Ende Dezember 2020 erreichte der Euro einen Kurs von 1,22 \$ (+9,2% seit Jahresbeginn). Der wichtigste Grund dafür war die deutlich

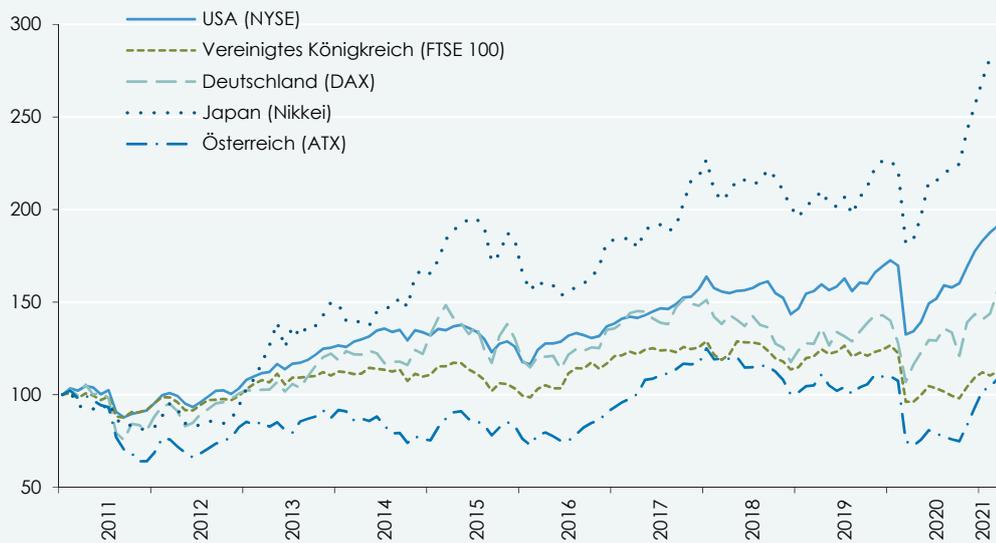
⁸⁾ Das Regulatorische Tier 1 (Kernkapitalquote) ergibt sich aus dem Verhältnis des Kernkapitals einer Bank zu ihren gesamten risikogewichteten Aktiva (RWA).

expansivere Geld- und Fiskalpolitik der USA. Die Dollar-Schwäche hängt aber auch mit dem neuen "Average Inflation Targeting" der Federal Reserve zusammen. Der Wechselkurs lag Anfang März 2021 bei einem Wert von 1,20 \$ je Euro, um den er sich seit Ende Dezember 2020 bewegt hatte. Für 2021 und 2022 wird für die USA ein deutlich höheres Haushaltsdefizit erwartet als im Euro-Raum

(Europäische Kommission, 2020), insbesondere dann, wenn das geplante neue Infrastrukturprogramm "Build Back Better" im Umfang von 2 Bio. \$ tatsächlich verabschiedet wird. Die Fiskalpolitik dürfte jedenfalls auch 2021 in den USA expansiver ausfallen als im Euro-Raum. All das könnte für eine weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar sprechen.

Abbildung 9: **Internationale Börsenindizes**

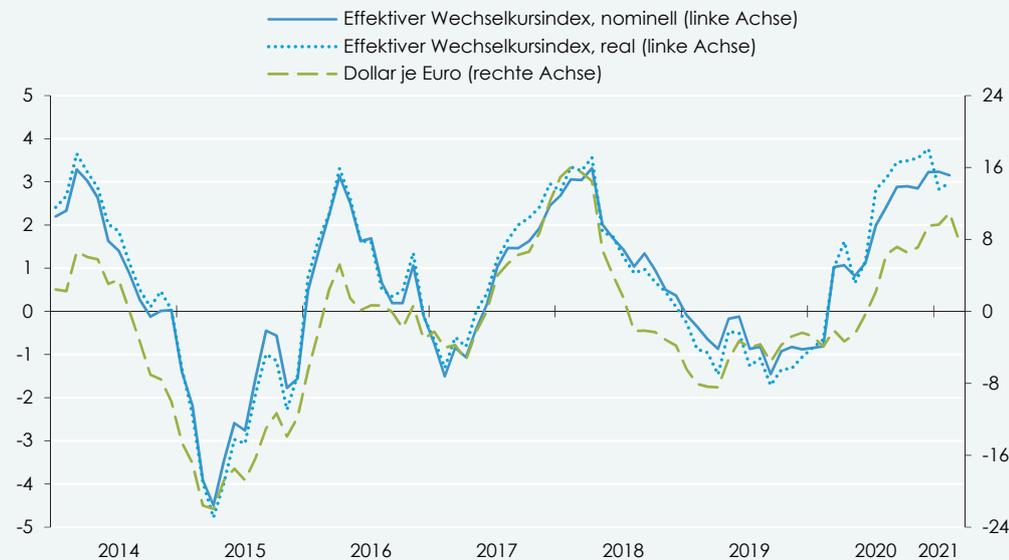
Jänner 2011 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

Abbildung 10: **Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

Der starke Euro trug auch zu einer deutlichen nominellen und real-effektiven Aufwertung bei. Auch der russische Rubel, die türkische Lira und der ungarische Forint werteten gegenüber dem Euro ab, der Schweizer Franken dagegen auf. Am real-effektiven Wechselkursindex, der auf den Verbraucherpreisindizes basiert, lässt sich die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs besser ablesen als an den Wechselkursen. Zu seiner Berechnung wird die Veränderung der Wechselkurse um die Entwick-

lung des österreichischen und internationaler Verbraucherpreisindizes bereinigt. Bedingt durch die stabile Preisentwicklung im In- und Ausland wertete der effektive Wechselkursindex Österreichs im Jahresdurchschnitt 2020 um 1,9% auf. Auch für die Industriewaren wuchs er ähnlich stark (+1,8%). Für Österreich bedeuten diese Aufwertungen gleichzeitig – wie schon in den Jahren 2016 bis 2018 – einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit (Abbildung 10).

6. Ausblick

Die erhoffte Konjunkturerholung wird im Euro-Raum 2021 nur zum Teil erreicht werden. In den meisten Ländern des Euro-Raumes sind weiterhin Lockdown-Maßnahmen in Kraft, auch weitere Lockdowns sind nicht auszuschließen. Zudem kommen die Impfkampagnen nur langsam voran. Dies gefährdet die Wachstumsperspektiven für 2021, dämpft die mittelfristigen Wachstumsaussichten und führt zu Unsicherheiten in der makroökonomischen Prognostik. Wie die niedrigen Renditen auf heimische Staatsanleihen andeuten, verfügt Österreich über ausreichend finanziellen Spielraum für Maßnahmen, um Unternehmen und private Haushalte im Bedarfsfall zu unterstützen und eine wirtschaftliche Erholung zu fördern.

Angesichts der Entwicklungen auf den Anleihenmärkten zu Jahresbeginn 2021 signalisierte die EZB für die kommenden Monate eine Ausweitung ihrer Ankäufe im Rahmen des PEPP. Durch diese Ankäufe, deren Ausmaß durch die Marktbedingungen mitbestimmt wird, soll eine akute Verschärfung der Finanzierungsbedingungen vermieden, die Konjunktur gestützt und die mittelfristige Preisstabilität gesichert werden. Die Reaktionsfunktion der EZB bezüglich der Finanzierungsbedingungen wird von einer Kombination aus unterschiedlichen Indikatoren bestimmt⁹⁾. Diese beinhalten die risikofreien

Zinssätze und Staatsrenditen, die am Anfang des Transmissionsprozesses stehen, und die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte, die sich an den Kapitalmärkten oder über Bankkredite finanzieren wollen.

Gegenwärtig zeigen die regulatorischen Kennzahlen keine akute Gefahr für das Bankensystem. Als Folge der Finanzmarktkrise 2008/09 wurde die Bankenregulierung weltweit verstärkt, wodurch das Bankensystem besser auf Krisen vorbereitet ist. Banken sind dadurch derzeit ein Stabilitätsfaktor zur Überbrückung der Krise. Dennoch sollten mögliche Gefahren nicht außer Acht gelassen werden. Eine akkommodative Geldpolitik kann die kurzfristige Stabilisierung der Wirtschaft unterstützen, sie kann jedoch langfristig zu überzogenen Preisen auf den Aktienmärkten und steigenden finanziellen Risiken führen (IWF, 2021). Unternehmen, die überschuldet sind oder eine schlechte Profitperspektive aufweisen, könnte zukünftig der Zugang zu Krediten erschwert werden. Sollte es zu einer deutlichen Insolvenzwelle kommen, kann das auch zu Verlusten im Bankensektor führen. Die Wirtschaftspolitik sollte dementsprechend angepasst werden und die Sanierung von Unternehmensbilanzen unterstützen.

7. Literaturhinweise

Congressional Budget Office (CBO), An Update to the Budget Outlook 2020 to 2030, Congress of the United States, Washington D.C., 2020.

Europäische Kommission, "European Economic Forecast. Spring 2020", European Economy, Institutional Paper, 2020, (125).

Internationaler Währungsfonds (IWF), Preempting a legacy of Vulnerabilities, Global Financial Stability Report, Washington D.C., 2021, <https://www.imf.org/en/Publications/GFSR/Issues/2021/04/06/global-financial-stability-report-april-2021>.

Lagarde, C., "Monetary policy in a pandemic emergency", Hauptvortrag auf dem EZB-Forum für Zentralbanken, Frankfurt am Main, 2020.

McKay, A., Wieland, J., "Lumpy Durable Consumption Demand and the Limited Ammunition of Monetary Policy", NBER Working Papers, 2019, (26175).

Tenreiro, S., Thwaites, G., "Pushing on a String: US Monetary Policy Is Less Powerful in Recessions", American Economic Journal Macroeconomics, 2016, 8(4), S. 43-74.

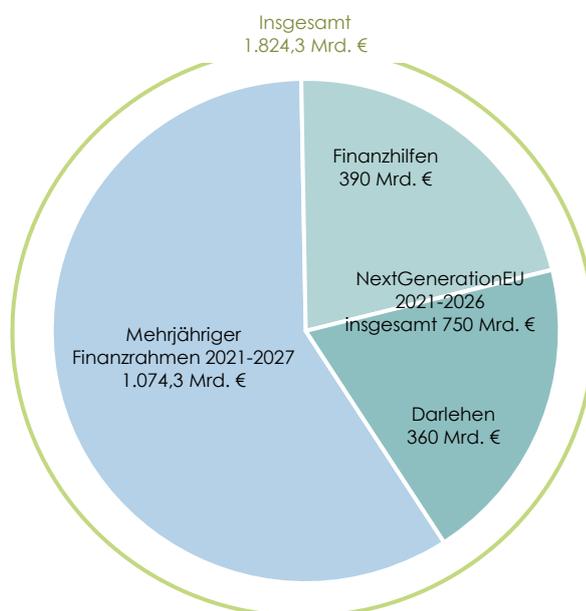
⁹⁾ <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2021/html/ecb.sp210325~e424a7f6cf.en.html>.

Der europäische COVID-19-Aufbauplan

Julia Bachtrögler-Unger, Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell

- Der europäische COVID-19-Aufbauplan hat ein Gesamtvolumen von 1.824,3 Mrd. €. Er umfasst das temporäre Aufbaupaket "NextGenerationEU" (NGEU) im Umfang von 750 Mrd. € und den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) im Umfang von 1.074,3 Mrd. €.
- Die Schwerpunkte im MFR wurden nur moderat angepasst. Ausgabenbereiche, in denen ein höherer europäischer Mehrwert erwartet wird, wurden leicht aufgewertet.
- Dagegen ist NGEU explizit zukunftsorientiert – der Fokus der Ausgaben liegt auf Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Qualifizierung sowie auf der Abfederung sozialer Härten, die durch Transformationsprozesse entstehen.
- Trotz seines mit 0,6% des EU-Bruttonationaleinkommens relativ geringen Volumens kann NGEU die Transformation des Wirtschaftssystems in Richtung Klimaneutralität und Resilienz wirksam unterstützen.
- Neue Eigenmittel sollen dazu dienen, die zur Finanzierung von NGEU aufgenommenen Schulden zu tilgen. Zudem sollen sie zur Umsetzung wichtiger EU-Vorhaben beitragen.

Europäischer COVID-19-Aufbauplan 2021 bis 2027



"Die EU-Mitgliedsländer sollten die NGEU-Mittel für zusätzliche Projekte nutzen, um damit nationale Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Qualifizierung zu ergänzen. Die Implementierung der geplanten neuen Eigenmittel sollte vorangetrieben werden."

Der europäische COVID-19-Aufbauplan beinhaltet das temporäre COVID-19-Aufbaupaket "NextGenerationEU" im Umfang von 750 Mrd. € und den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 im Umfang von 1.074,3 Mrd. € (Q: Rat der Europäischen Union, 2020).

Der europäische COVID-19-Aufbauplan

Julia Bachtrögler-Unger, Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell

Der europäische COVID-19-Aufbauplan

Der COVID-19-Aufbauplan der EU umfasst das temporäre Aufbaupaket NextGenerationEU (NGEU) im Umfang von 750 Mrd. € – dessen wichtigstes Instrument die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) mit 672,5 Mrd. € ist – sowie den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 im Umfang von 1.074,3 Mrd. €. Während die Ausgabenstruktur des MFR nur mäßig modernisiert wurde, sind NGEU und vor allem die RRF explizit zukunftsorientiert: 37% der RRF-Mittel sollen in den Klimaschutz fließen, 20% in den digitalen Wandel. Neue Eigenmittel sollen künftig wichtige europäische Vorhaben unterstützen: Die bestehenden Eigenmittel zur Finanzierung des MFR werden um ein plastikbasiertes Eigenmittel ergänzt. Zur Tilgung der für NGEU aufgenommenen Schulden sollen u. a. eine Digitalsteuer, ein auf dem EU-Emissionshandelssystem basierendes Eigenmittel und ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus beitragen.

JEL-Codes: F55, H12, H23, H70, H87 • **Keywords:** EU-Budget, Mehrjähriger Finanzrahmen, NextGenerationEU, Eigenmittelsystem, EU-Aufbauplan, Krisenbewältigung

Begutachtung: Angela Köppl, Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at), Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 1. 4. 2021

Kontakt: Julia Bachtrögler-Unger, PhD (julia.bachtroegler-unger@wifo.ac.at), Dr. Margit Schratzenstaller (margit.schatzenstaller@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at)

The European COVID-19 Recovery Plan

The EU's COVID-19 Recovery Plan includes the 750 billion € NextGenerationEU (NGEU) temporary recovery package – the most important instrument of which is the 672.5 billion € Recovery and Resilience Facility (RRF) – and the 1,074.3 billion € Multiannual Financial Framework (MFF) 2021-2027. While the spending structure of the MFF has only been moderately modernised, the NGEU and especially the RRF are explicitly future-oriented: 37 percent of RRF funds are to be used for climate protection, 20 percent for digital transformation. New own resources are to support important European projects in the future: a plastic-based own resource will be added to the existing own resources used to finance the MFF. A digital tax, an own resource based on the EU Emissions Trading Scheme and a carbon border adjustment mechanism, among others, are to contribute to the repayment of the debt taken on for NGEU.

1. Einleitung

Auch wenn sein Umfang mit 1,7% des BNE der EU 27 begrenzt ist, kann der Aufbauplan wichtige Impulse setzen. Die Dotierung des MFR stagniert – trotz zunehmender Herausforderungen auf europäischer Ebene.

Ende 2020 einigten sich der Europäische Rat und das Europäische Parlament auf einen COVID-19-Aufbauplan im Gesamtvolumen von 1.824,3 Mrd. €, dessen erste Säule das temporäre Aufbaupaket "NextGenerationEU" (NGEU, 750 Mrd. €) ist. Es soll im Zeitraum 2021/2026 implementiert werden und umfasst 390 Mrd. € an nicht rückzahlbaren Finanzhilfen sowie 360 Mrd. € an zinsgünstigen Darlehen an die Mitgliedsländer. Zur Finanzierung nimmt die EU gemeinsame Schulden auf. Die zweite Säule des Aufbauplans ist der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 im Umfang von 1.074,3 Mrd. €¹⁾ (Abbildung 1).

Auch wenn sein Umfang – etwa 1,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU 27 – im Vergleich zu den Fiskalpaketen der Mit-

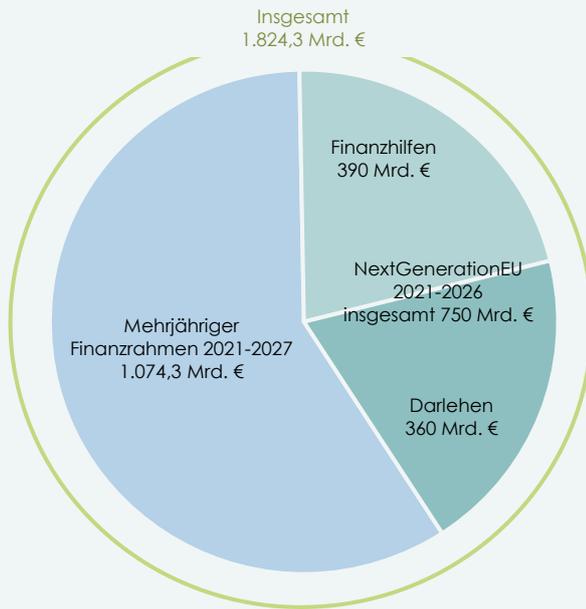
gliedsländer begrenzt ist (Pekanov, 2021, Fuest, 2021), belegt der europäische Aufbauplan die Handlungsfähigkeit der EU in der COVID-19-Krise. Er weist durchaus bemerkenswerte Elemente auf (Schatzenstaller, 2021A), insbesondere die gemeinsame Aufnahme erheblicher Schulden durch die Mitgliedsländer zur Finanzierung von NGEU, die zukunftsorientierte Ausrichtung dieses Paketes sowie die Tatsache, dass die Schulden für die 390 Mrd. € an NGEU-Finanzzuschüssen aus neuen Eigenmitteln zurückgezahlt werden sollen. Allerdings stagniert, trotz zunehmender Herausforderungen auf europäischer Ebene, der Gesamtumfang des MFR bei 1,05% des BIP, womit sich die Tendenz langfristig sinkender EU-Budgets fortsetzt²⁾.

¹⁾ Vgl. zu einem Überblick *Dorn – Fuest* (2021). Der vorliegende Beitrag greift Teile von *Schatzenstaller* (2021A, 2021B) auf.

²⁾ Während der MFR 1993-1999 immerhin 1,28% des BNE der EU 27 betragen hatte, sank dieser Anteil in

den folgenden MFR auf 1,11% (2000-2006) bzw. 1,15% (2007-2013). Für den MFR 2014-2020 betrug er 1,16% (bezogen auf das BNE der EU 27) bzw. 1,03% (bezogen auf das BNE der EU 28).

Abbildung 1: **Europäischer COVID-19-Aufbauplan 2021 bis 2027**



Q: Rat der Europäischen Union (2020).

2. Ausgabenstruktur im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027

Während NGEU auf Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheit fokussiert und explizit zukunftsorientiert ist (vgl. Kapitel 4), wurde die seit Langem geforderte Modernisierung des MFR (vgl. z. B. *Bachtrögler et al., 2019*), wodurch Ausgaben mit einem höheren europäischen Mehrwert verstärkt werden sollen, nur zaghafte umgesetzt (Übersicht 1).

Der Anteil der Agrarausgaben an den Gesamtausgaben sinkt gegenüber dem MFR 2014-2020 von knapp 36%³⁾ auf 31%, die Agrarausgaben bilden jedoch auch im MFR 2021-2027 weiterhin die größte Ausgabenposition (vgl. Kapitel 2.1). Auch der Anteil der Ausgaben für Kohäsionspolitik wird nur geringfügig von etwa 34% auf knapp 31% reduziert (vgl. Kapitel 2.2). Der Spielraum für eine budgetäre Aufwertung jener Ausgabenbereiche, in denen insgesamt ein höherer europäischer Mehrwert erwartet werden kann, bleibt daher begrenzt. Der Ausgabenanteil des Forschungsrahmenprogrammes "Horizont Europa" wird von 6% auf 7,1% erhöht, die entsprechenden Ausgaben steigen um rund 10 Mrd. € auf knapp 76 Mrd. €. Die Europäische Kommission hatte in ihrem MFR-

Entwurf vom Mai 2018 für Horizont Europa ein Volumen von 83,5 Mrd. € (oder 7,4% der Gesamtausgaben) vorgeschlagen. Dieser Wert wird nur dann erreicht (bzw. leicht überschritten), wenn die zusätzlichen Mittel aus NGEU (5 Mrd. €) sowie die durch das Europäische Parlament ausverhandelte Aufstockung um 4 Mrd. € berücksichtigt werden. Der Ausgabenanteil der "Connecting Europe Facility" (CEF), die der Finanzierung grenzüberschreitender Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung und Energieversorgung mit potentiell hohem europäischen Mehrwert dient, steigt nur leicht von 1,6% auf 1,7%.

Die MFR-Mittel werden zwar insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung durch NGEU-Mittel ergänzt. Allerdings dürfte der darlehensbasierte Teil der Finanzierung nur teilweise in Anspruch genommen werden, da Mitgliedsländer, die sich zu günstigeren Konditionen verschulden können, nicht auf die NGEU-Darlehen zurückgreifen werden. Eine Nutzung solcher Darlehen könnte zudem negativ behaftet sein (*Cohen-Setton – Vallée, 2021*).

Die seit Langem geforderte Modernisierung des MFR wurde nur zaghafte umgesetzt.

Die Agrarausgaben verloren zwar leicht an Bedeutung, sind aber weiterhin die größte Ausgabenposition im MFR.

³⁾ Stand Juni 2020 gemäß Schätzungen der Kommission (*Europäisches Parlament, 2020*) unter Berücksichtigung des Brexit sowie diverser Anpassungen seit Beschluss des MFR 2014-2020 und einschließlich des Euro-

päischen Entwicklungsfonds; der ursprüngliche Rahmen hatte einen Anteil der Agrarausgaben von 39% vorgesehen.

Übersicht 1: **Mehrfährige Finanzrahmen 2014-2020 und 2021-2027 im Vergleich**
 Verpflichtungen, zu Preisen von 2018, einschließlich Europäischer Entwicklungsfonds

	Mehrfähriger Finanzrahmen 2014-2020 ¹⁾		Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027						NextGenerationEU		Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027 und NextGenerationEU		Aufstockung Euro-päisches Parla-ment	
	Mrd. €	Anteile in %	Vorschlag Europäische Kommission Mai 2018	Mrd. €	Anteile in %	Vorschlag Europäische Kommission Mai 2020	Mrd. €	Anteile in %	Ratsbeschluss Juli 2020, Einigung November bzw. Dezember 2020	Vor-schlag Euro-päische Kom-mis-sion Mai 2020	Rats-beschluss Juli 2020, Einigung Novem-ber bzw. Dezem-ber 2020	Mrd. €	Anteile in %	Ratsbeschluss Juli 2020, Einigung November bzw. Dezember 2020
1. Binnenmarkt, Innovation und Digitales	121,6	11,1	166,3	14,7	140,7	12,8	132,8	12,4	69,8	10,6	143,4	7,9	5,0	
Horizont Europa	65,5	6,0	83,5	7,4	80,9	7,4	75,9	7,1	13,5	5,0	80,9	4,4	4,0	
Internationaler thermonuklearer Versuchsreaktor (ITER)	3,0	0,3	5,4	0,5	5,0	0,5	5,0	0,5	.	.	5,0	0,3	.	
Fonds "InvestEU"	4,3	0,4	13,1	1,2	1,3	0,1	2,8	0,3	30,3	5,6	8,4	0,5	1,0	
Solvenzhilfeninstrument	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	0,0	.	
Fazilität "Connecting Europe" (CEF; Transport, Energie, Digitaler Sektor)	17,5	1,6	21,8	1,9	19,9	1,8	18,4	1,7	.	.	18,4	1,0	.	
Programm "Digitales Europa"	0,2	0,0	8,2	0,7	8,2	0,7	6,8	0,6	.	.	6,8	0,4	.	
Europäisches Raumfahrtprogramm	11,0	1,0	14,2	1,3	13,2	1,2	13,2	1,2	.	.	13,2	0,7	.	
2. Zusammenhalt und Werte	391,7	35,8	392,0	34,5	374,5	34,0	377,8	35,2	619,7	721,9	1.099,7	60,3	7,0	
Kohäsionspolitik und "REACT-EU" (Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas)	373,2	34,1	331,9	29,3	323,2	29,4	330,2	30,7	50,0	47,5	377,7	20,7	.	
Aufbau- und Resilienzfazilität	0,1	0,0	.	.	0,8	0,1	0,8	0,1	560,0	672,5	673,3	36,9	.	
Finanzierungskosten NextGenerationEU	17,4	1,6	12,9	1,2	.	.	12,9	0,7	.	
Erasmus	13,9	1,3	26,4	2,3	24,6	2,2	21,2	2,0	.	.	21,2	1,2	2,2	
Europäischer Katastrophen-schutz und humanitäre Hilfe "RescEU"	0,9	0,1	1,2	0,1	1,1	0,1	1,1	0,1	2,0	1,9	3,0	0,2	.	
EU-Gesundheits-programm	0,4	0,0	1,7	0,2	7,7	0,0	1,7	0,1	3,4	
Kreatives Europa	1,4	0,1	1,6	0,1	1,5	0,1	1,6	0,1	.	.	1,6	0,1	0,6	
Justiz, Recht, Werte	0,9	0,1	0,8	0,1	0,7	0,1	0,8	0,1	.	.	0,8	0,0	0,8	
3. Natürliche Ressourcen und Umwelt	399,6	36,5	336,6	29,7	357,0	32,5	356,4	33,2	45,0	17,5	373,9	20,5	.	
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	388,2	35,5	324,3	28,6	333,3	30,3	336,4	31,3	15,0	7,5	343,9	18,9	.	
Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)	291,5	26,6	254,2	22,4	258,3	23,5	258,6	24,1	.	.	258,6	14,2	.	
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER)	96,8	8,8	70,0	6,2	75,0	6,8	77,9	7,3	15,0	7,5	85,4	4,7	.	
Investitionsprogramm für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz "LIFE"	3,2	0,3	4,8	0,4	4,8	0,4	4,8	0,4	.	.	4,8	0,3	.	
Fonds für einen gerechten Übergang	0,0	0,0	.	0,0	10,0	0,9	7,5	0,7	30,0	10,0	17,5	1,0	.	

Q: *Europäisches Parlament (2020), Schratzenstaller (2021B)*. Europäischer Entwicklungsfonds wird mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 in den MFR integriert ("budgetiert"), vorher außerhalb des MFR. – 1) Ohne Vereinigtes Königreich, einschließlich Europäischer Entwicklungsfonds, unter Berücksichtigung verabschiedeter und anhängiger Berichtigungshaushaltspäne sowie der vorgeschlagenen "Brückenlösung" (vom Europäischen Rat abgelehnt), Umsetzungsstand Mitte 2020, daher vom ursprünglichen MFR-Voranschlag abweichend.

Übersicht 1/Fortsetzung: **Mehrfährige Finanzrahmen 2014-2020 und 2021-2027 im Vergleich**

Verpflichtungen, zu Preisen von 2018, einschließlich Europäischer Entwicklungsfonds

	Mehrfähriger Finanzrahmen 2014-2020 ¹⁾		Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027						NextGenerationEU		Mehrfähriger Finanzrahmen 2021-2027 und NextGenerationEU		Aufstockung Euro-päisches Parla-ment
	Mrd. €	Anteile in %	Mrd. €	Anteile in %	Mrd. €	Anteile in %	Mrd. €	Anteile in %	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Anteile in %	Novem-ber 2020
			Vorschlag Europäische Kommission Mai 2018	Vorschlag Europäische Kommission Mai 2020	Ratsbeschluss Juli 2020, Einigung November bzw. Dezember 2020	Vor-schlag Euro-päische Kom-mis-sion Mai 2020	Rats-beschluss Juli 2020, Einigung Novem-ber bzw. Dezem-ber 2020	Ratsbeschluss Juli 2020, Einigung November bzw. Dezember 2020					
4. Migration und Grenzmanagement	8,9	0,8	30,8	2,7	31,1	2,8	22,7	2,1	.	.	22,7	1,2	1,5
Asyl- und Migrationsfonds (AMF)	7,1	0,6	9,2	0,8	11,0	1,0	8,7	0,8	.	.	8,7	0,5	
Fonds für integriertes Grenzmanagement	2,8	0,3	8,2	0,7	11,0	1,0	5,5	0,5	.	.	5,5	0,3	1,5
Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache	5,1	0,5	.	.	5,1	0,3	.
5. Sicherheit und Verteidigung	4,6	0,4	24,3	2,1	19,4	1,8	13,2	1,2	.	.	13,2	0,7	.
Fonds für interne Sicherheit	1,3	0,1	2,2	0,2	2,2	0,2	1,7	0,2	.	.	1,7	0,1	.
Stilllegung kerntechnischer Anlagen	1,3	0,1	1,0	0,1	1,0	0,1	1,0	0,1	.	.	1,0	0,1	.
Europäischer Verteidigungsfonds	0,6	0,1	11,5	1,0	8,0	0,7	7,0	0,7	.	.	7,0	0,4	.
Militärische Mobilität	0,0	0,0	5,8	0,5	1,5	0,1	1,5	0,1	.	.	1,5	0,1	.
6. Nachbarschaft und Welt	97,1	8,9	108,9	9,6	102,7	9,3	98,4	9,2	15,5	0,0	98,4	5,4	1,5
Instrument für Nachbar-schaft, Entwicklung-zusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit	73,1	6,7	79,0	7,0	75,5	6,9	70,8	6,6	15,5	0,0	70,8	3,9	1,0
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	2,1	0,2	2,6	0,2	2,4	0,2	2,4	0,2	.	.	2,4	0,1	.
Überseeische Länder und Gebiete	0,6	0,1	0,4	0,0	0,4	0,0	0,4	0,0	.	.	0,4	0,0	.
Heranführungshilfe	13,2	1,2	12,9	1,1	12,9	1,2	12,6	1,2	.	.	12,6	0,7	.
Humanitäre Hilfe	11,1	1,0	9,8	0,9	9,8	0,9	9,8	0,9	.	.	9,8	0,5	0,5
7. Europäische öffentliche Verwaltung	70,8	6,5	75,6	6,7	74,6	6,8	73,1	6,8	.	.	73,1	4,0	.
Europäische Schulen, Pensionen	14,0	1,3	17,1	1,5	17,1	1,6	17,1	1,6	.	.	17,1	0,9	.
Verwaltungsausgaben der Organe	56,8	5,2	58,5	5,2	57,5	5,2	56,0	5,2	.	.	56,0	3,1	.
Mittel für Verpflichtungen insgesamt	1.094,4	100,0	1.134,6	100,0	1.100,0	100,0	1.074,3	100,0	750,0	750,0	1.824,3	100,0	15,0
In % des BNE	1,03		1,11		1,08		1,05						

Q: *Europäisches Parlament (2020), Schratzenstaller (2021B)*. Europäischer Entwicklungsfonds wird mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 in den MFR integriert ("budgetiert"), vorher außerhalb des MFR. – ¹⁾ Ohne Vereinigtes Königreich, einschließlich Europäischer Entwicklungsfonds, unter Berücksichtigung verabschiedeter und anhängiger Berichtigungshaushaltspläne sowie der vorgeschlagenen "Brückenlösung" (vom Europäischen Rat abgelehnt), Umsetzungsstand Mitte 2020, daher vom ursprünglichen MFR-Voranschlag abweichend.

2.1 Agrarpolitik

Die EU-Kommission präsentierte im Mai 2018 einen Vorschlag zur Ausgestaltung des MFR 2021-2027, der angesichts der divergierenden Einzelinteressen der Mitgliedsländer relativ weitreichend war. Demgemäß sollte der Anteil der Agrarausgaben auf etwa 29%

sinken (*Europäische Kommission, 2018A*). Eng verbunden mit dem Finanzierungsvorschlag war ein Vorschlag zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), deren neue Herausforderungen bereits 2017 umrissen worden waren (*Europäische Kommission, 2017*). Dieser Reformvorschlag sah im Kern eine

Die Ausgabenstruktur der Gemeinsamen Agrarpolitik blieb im MFR 2021-2027 weitgehend unverändert.

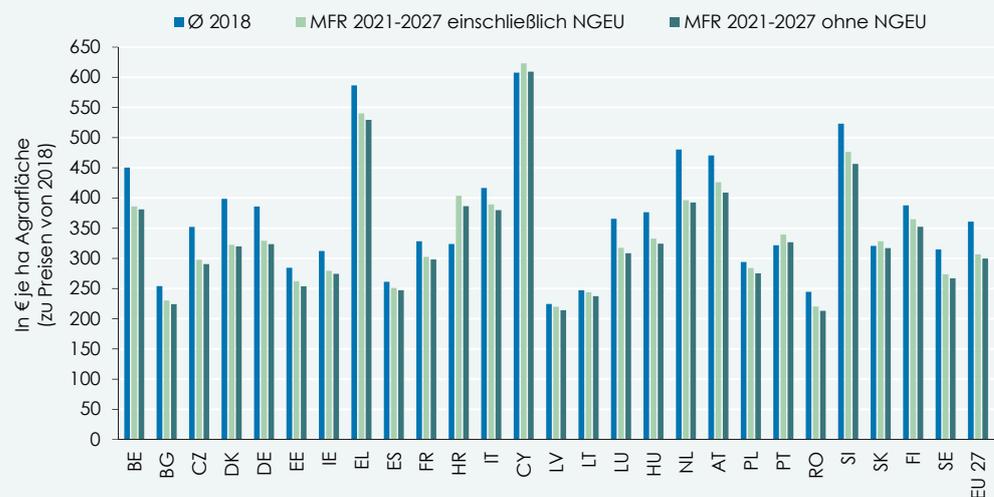
Verschiebung der Zielgewichte und die Übertragung wichtiger Aufgaben auf die Mitgliedsländer vor, wozu die Kommission einen Verordnungsentwurf vorlegte (Europäische Kommission, 2018C). Die Mitgliedsländer entwickeln derzeit unter Einbindung der Öffentlichkeit maßgeschneiderte nationale GAP-Strategiepläne.

Nach den Reformplänen der EU-Kommission sollen neun strategische Ziele verfolgt werden, zu denen neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auch der Klimaschutz und die Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel, der Ressourcenschutz (Boden, Wasser, Luft) und die Verbesserung der Biodiversität sowie die Stärkung von Digitalisierung und Weiterbildung zählen.

Die im Rat erzielte Einigung über den Agrarhaushalt weicht allerdings von den Vorschlägen der Kommission ab (Europäische Kom-

mission, 2018B, Rat der Europäischen Union, 2020). Wie ein Blick auf den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) – also die beiden Säulen der GAP – zeigt, blieb die Ausgabenstruktur der Gemeinsamen Agrarpolitik gegenüber der Programmperiode 2014-2020 weitgehend unverändert. Im MFR 2014-2020 waren 308 Mrd. € für marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen (EGFL) und knapp 100 Mrd. € für struktur- und umweltpolitische Maßnahmen (ELER) vorgesehen (Europäischer Rat – Europäisches Parlament, 2013, Europäische Kommission, 2015). Im MFR 2021-2027 beträgt der Anteil der Agrarausgaben 31%, wenn NGEU-Mittel nicht berücksichtigt werden⁴⁾. Das relative Gewicht der Agrarausgaben im EU-Haushalt wurde somit etwas weniger stark reduziert als im ursprünglichen Vorschlag der Kommission.

Abbildung 2: **Agrarzahlungen je Hektar und Jahr**



Q: Eurostat (2020), Europäischer Rat – Europäisches Parlament (2013), Europäische Kommission (2015). Bezugsbasis ist die landwirtschaftliche Nutzfläche. Für Malta (nicht dargestellt) betragen die Zahlungen 2018 1.699 € je ha. Laut Mehrjährigem Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 betragen sie jährlich 2.037 € je ha (ohne NextGenerationEU – NGEU) bzw. 2.143 € je ha (einschließlich NextGenerationEU – NGEU).

Die Verteilung der Mittel auf die beiden Säulen der GAP blieb unverändert; die Dotierung des EGFL ist nach wie vor drei Mal so hoch wie jene des ELER. Die Mitgliedsländer können jedoch Mittel zwischen den beiden Fonds umschichten. Inwieweit es gelungen ist, die unausgewogene Verteilung der Förderungen zwischen den Mitgliedsländern zu reduzieren, lässt sich schwer beantworten. Durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, die Inflation und Veränderungen der Agrarflächen fehlt für entsprechende Berechnungen ein einheitlicher Bezugspunkt. Abbildung 2 zeigt die jährlichen Agrarzahlungen je Hektar zu Preisen von

2018. Daten zu den Agrarflächen wurden der aktuellsten Agrarstrukturerhebung von 2016 entnommen (Eurostat, 2020). Wie ein Vergleich des Jahres 2018 mit dem MFR 2021-2027 mit bzw. ohne NGEU zeigt, werden die Zahlungsrückgänge gegenüber 2018 durch NGEU durchwegs abgemildert. In einzelnen Ländern (Kroatien, Malta, Portugal, Slowakei und Zypern) fallen die Zahlungen je Hektar im MFR 2021-2027 sogar höher aus als 2018. Zwischen den EU-Mitgliedsländern bestehen jedoch weiterhin große Unterschiede.

⁴⁾ Werden die NGEU-Mittel berücksichtigt, so sinkt der Anteil der Agrarausgaben am EU-Haushalt auf 19%.

Da sich die Einigung auf den MFR verzögerte, musste für 2021 und 2022 eine Übergangsfinanzierung für die GAP beschlossen werden (*Europäisches Parlament – Europäischer Rat, 2020*). Die Maßnahmen der seit 2014 etablierten Agrarpolitik (*Hofreither – Sinabell, 2014*) wurden kaum verändert.

Zu Jahresbeginn 2021 legten Österreich und andere Länder erste Elemente der Strategiepläne zur Umsetzung der GAP-Reform vor. Das österreichische Dokument hält u. a. fest, mit welchen Prioritäten die verschiedenen Ziele der Reform verfolgt werden sollen und welcher Handlungsbedarf besteht (*Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, 2021*). 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission die "Farm to Fork"-Strategie (*Europäische Kommission, 2020A*). Die darin genannten Vorgaben sind deutlich ambitionierter als jene des Reformpapiers aus 2018. Damit in Zusammenhang stehen die Biodiversitätsstrategie 2030 (*Europäische Kommission, 2020B*) und die Bewertungen der nationalen Aktionspläne zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (*Europäische Kommission, 2020C*). Diese Elemente beziehen sich auf den 2019 vorgestellten Green Deal (*Europäische Kommission, 2019*), wodurch die Wirtschaft der EU rascher klimaneutral und nachhaltig werden soll. Die sich für die Landwirtschaft in den Mitgliedsländern ergebenden Herausforderungen wurden 2020 von der Europäischen Kommission ausdrücklich benannt (für Österreich siehe *Europäische Kommission, 2020D*). Ersten Analysen zufolge dürfte eine konsequente Umsetzung der Ziele der EU-Kommission die Agrarproduktion in den Mitgliedsländern extensivieren und das Produktionsvolumen verringern (*Beckmann et al., 2020*). Für Deutschland liegen bereits qualitative Bewertungen vor (*Isermeyer et al., 2020*), für Österreich noch nicht.

2.2 Kohäsionspolitik

Mit 330,2 Mrd. € (zu Preisen 2018) bildet die Kohäsionspolitik weiterhin den zweitgrößten Budgetposten innerhalb des MFR 2021-2027. Davon entfallen 200,4 Mrd. € auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), 88,0 Mrd. € auf den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und 42,6 Mrd. € auf den Kohäsionsfonds⁵⁾. Laut dem aktuellen Entwurf der entsprechenden Dachverordnung (COM(2018) 375 final)⁶⁾ sollen diese Förderpfeiler gemeinsam mit dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) zur Erreichung der folgenden fünf politischen Ziele beitragen⁷⁾:

- Europa soll – durch Innovation, Digitalisierung, intelligenten wirtschaftlichen Wandel sowie die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen – intelligenter und damit wettbewerbsfähiger werden.
- Durch eine deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen soll Europa umweltfreundlicher ("grüner") werden. Erneuerbare Energien sowie eine faire Energiewende, "grüne" und "blaue" Investitionen in den Umwelt- und Gewässerschutz und die Kreislaufwirtschaft werden gefördert. Entsprechende Maßnahmen sollen den Klimawandel einerseits abschwächen und andererseits die Anpassung daran erleichtern. Zur Erhöhung der Resilienz sollen die Risikoprävention und das Risikomanagement verbessert werden.
- Durch eine Verbesserung der Mobilität sowie der regionalen digitalen Konnektivität soll sich Europa stärker vernetzen.
- Europa soll sozialer werden, indem es die Europäische Säule sozialer Rechte umsetzt und u. a. hochwertige Arbeitsplätze, Bildung und soziale Inklusion fördert.
- Die Bürgernähe soll durch die Förderung einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung sämtlicher Regionstypen sowie lokaler Initiativen erhöht werden.

Obwohl zahlreiche Studien belegen, dass Förderungen von (Transport-)Infrastrukturprojekten keine mittelfristigen ökonomischen Effekte auslösen (siehe etwa *Rodríguez-Pose – Fratesi, 2004* oder *Mayerhofer et al., 2020*), flossen auch in der Programmperiode 2014-2020 bedeutende Teile der europäischen Regionalförderungen und insbesondere des Kohäsionsfonds nach wie vor in große Transportinfrastrukturprojekte. Zwar können auch im MFR 2021-2027 Mittel aus dem Kohäsionsfonds neben Umweltprojekten mit besonderem Fokus auf erneuerbare Energieträger (politisches Ziel 2) für die Verbesserung der Konnektivität (Fazilität "Connecting Europe") und den Ausbau der transeuropäischen Netze im Bereich Verkehr (TEN-T; politisches Ziel 3) verwendet werden. Die für den Kohäsionsfonds budgetierten Mittel sind allerdings deutlich geringer als in der Programmperiode 2014-2020 (61,5 Mrd. €)⁸⁾, während die Dotierungen des EFRE und des ESF+ konstant gehalten bzw. erhöht wurden.

Für die Verwendung der Mittel aus dem am höchsten dotierten EFRE sieht der Dachverordnungsentwurf für den MFR 2021-2027 ebenfalls eine stärkere Berücksichtigung des Europäischen "Green Deal" und des Ziels der Klimaneutralität 2050 vor. So müssen in allen Regionen bzw. Mitgliedsländern⁹⁾, unabhängig vom jeweiligen relativen Entwicklungs-

Die Kohäsionspolitik bildet weiterhin den zweitgrößten Budgetposten innerhalb des MFR.

Bei der Verwendung der für die Kohäsionspolitik vorgesehenen Budgetmittel sollen verstärkt die europäischen Umwelt- und Klimaziele berücksichtigt werden.

⁵⁾ <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/mfr2021-2027-ngeu-final/>.

⁶⁾ <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/03/03/council-approves-330-billion-cohesion-legislative-package/>.

⁷⁾ https://ec.europa.eu/regional_policy/de/2021/2027/.

⁸⁾ <https://cohesiondata.ec.europa.eu/overview>.

⁹⁾ Der Anforderung der thematischen Konzentration der (EFRE-)Fördermittel kann entweder auf der nationalen oder regionalen Ebene nachgekommen werden, wobei die Wahl in der Partnerschaftsvereinbarung zu spezifizieren ist.

niveau, zumindest 30% der EFRE-Mittel für das politische Ziel eines "grüneren" Europas eingesetzt werden. Zudem haben die Mitgliedsländer zumindest 8% der zugeteilten EFRE-Fördermittel (ohne die Mittel für Projekte im Rahmen der "Europäischen territorialen Zusammenarbeit" sowie für technische Assistenz) für Initiativen einzusetzen, die die nachhaltige städtische Entwicklung befördern.

In den stärker entwickelten Regionen bzw. Mitgliedsländern sollen darüber hinaus zumindest 85% der EFRE-Mittel auf die politischen Ziele 1 (wettbewerbsfähigeres und intelligenteres Europa) und 2 ("grüneres" Europa) konzentriert werden. In Übergangsregionen mit einem BNE zwischen 75% und 100% des EU-Durchschnittes und schwächer entwickelten Regionen (BNE von unter 75%) sind zusätzlich zur 30%-Vorgabe zu Ziel 2 zumindest 40% bzw. 25% der EFRE-Mittel im Bereich Innovation, intelligenter wirtschaftlicher Wandel und IKT (Ziel 1) zu verorten. Diese Vorgaben sind im Vergleich zum MFR 2014-

2020 deutlich strikter. Zusammen mit der geplanten Bereitstellung von Mitteln für interregionale Innovationsinitiativen, die die Entwicklung europäischer Wertschöpfungsketten anstoßen sollen, könnten sie dazu beitragen, den europäischen Mehrwert des EU-Budgets im Bereich der Struktur- und Kohäsionspolitik spürbar zu stärken.

Die Maßnahmen zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2050 werden die europäischen Regionen unterschiedlich stark betreffen. Als Reaktion darauf wurde der sogenannte "Just Transition"-Mechanismus eingeführt. Er soll jene Regionen, die durch den "grünen" Strukturwandel besonders stark gefordert werden, bei der Umstellung ihrer Wirtschaftsstruktur unterstützen. Teil dieses Mechanismus ist der im Bereich der Kohäsionspolitik angesiedelte "Fonds für einen gerechten Übergang", der in Regionen mit einem sehr hohen Anteil an emissionsstarken Industrien negative soziale und ökonomische Auswirkungen von Transformationsprozessen abmildern soll.

3. Reformen im Eigenmittelsystem

Die Einigung auf den europäischen COVID-19-Aufbauplan beinhaltet eine rechtlich verbindliche Roadmap für die schrittweise Einführung neuer Eigenmittel in der MFR-Periode 2021-2027¹⁰). In einem ersten Schritt wurde zum 1. Jänner 2021 ein plastikbasiertes Eigenmittel eingeführt. Sein Beitrag wird (als sogenanntes statistisches Eigenmittel) für jedes Mitgliedsland ermittelt, indem ein Abfuhrsatz von 0,80 € je kg nicht recycelter Verpackungsabfälle aus Kunststoff angewendet wird. Durch einen Korrekturmechanismus soll die Belastung finanzschwacher Mitgliedsländer begrenzt werden. Angesichts eines jahresdurchschnittlichen EU-Budgets von über 170 Mrd. € sind die aus diesem Eigenmittel erzielten jährlichen Einnahmen mit etwa 6 Mrd. € allerdings relativ gering. Da für den MFR 2021-2027 darüber hinaus keine weiteren neuen Eigenmittelquellen vorgesehen sind, bleibt der Beschluss hinter den Vorschlägen der Europäischen Kommission vom Mai 2018 zurück. Diese hatten neben einem plastikbasierten Eigenmittel auch 20% der Auktionserlöse aus dem EU-Emissionshandelssystem (EHS) sowie einen Anteil von 3% an einer Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) als Eigenmittelquellen vorgesehen, was insgesamt geschätzte Einnahmen von 22 Mrd. € pro Jahr erbringen sollte. Mangels Einigung auf eine harmonisierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und aufgrund des Widerstandes der Mitgliedsländer gegen eine teilweise Umlenkung der Auktionserlöse aus den EHS-Zertifikaten, die derzeit in die nationalen Haushalte fließen, ist es kurzfristig nicht gelungen, diese beiden

potentiellen Eigenmittelquellen für den MFR zu erschließen. Wünschenswert wäre ein mittelfristiger Fahrplan zur schrittweisen Implementierung weiterer innovativer Eigenmittelquellen zur Finanzierung des MFR. Solche Quellen könnten die derzeitigen Eigenmittel ersetzen oder ergänzen. Diese speisen sich primär aus nationalen Beiträgen der EU-Mitgliedsländer¹¹) und leisten keinerlei Beitrag zur Erreichung wichtiger Ziele der EU (z. B. Klimaschutz, faire Besteuerung, Digitalisierung; *Schratzenstaller et al., 2017*).

Die Tilgung der zur Finanzierung von NGEU aufgenommenen Schulden soll laut aktuellem Fahrplan durch mehrere neue Eigenmittelquellen unterstützt werden. Die Europäische Kommission soll bis Juni 2021 konkrete Vorschläge für Eigenmittel und eine Digitalsteuer vorlegen. Die Eigenmittel beruhen auf einem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sowie einem überarbeiteten und möglicherweise auf die Schiff- und Luftfahrt ausgedehnten EU-Emissionshandelssystem. Der Europäische Rat soll bis Mitte 2022 über eine Einführung dieser Instrumente ab 2023 beraten. Bis Juni 2024 soll die EU-Kommission weitere neue Eigenmittel vorschlagen, die sich auf Finanztransaktionen, den Unternehmenssektor oder eine neue harmonisierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer beziehen könnten. Über ihre Implementierung soll bis Mitte 2025 beraten werden, ihre Einführung wird ab 2026 angestrebt.

Grundsätzlich ist die Erschließung von neuen Finanzierungsquellen durch Maßnahmen, die auf nationaler Ebene nicht oder nicht

In der MFR-Periode 2021 bis 2027 werden schrittweise neue Eigenmittel eingeführt, die wichtige EU-Politiken unterstützen sollen.

Die Europäische Kommission soll bis Mitte 2021 konkrete Vorschläge für eine Digitalsteuer, für einen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus sowie für ein Eigenmittel vorlegen, das auf dem Emissionshandelssystem beruht.

¹⁰) Vgl. zum Folgenden *Schratzenstaller (2021A)*.

¹¹) Vgl. für Details *Schratzenstaller (2020)*.

wirksam umgesetzt werden können und wichtige EU-Vorhaben unterstützen sowie einen Bezug zum Binnenmarkt haben, sinnvoll (Fuest – Pisani-Ferry, 2020, Pisani-Ferry, 2020, Schratzenstaller et al., 2017). Diesen Kriterien genügen im Prinzip alle angedachten Maßnahmen: Sie können das Eigenmittelsystem der EU zukunftsfähiger machen, indem sie seine Nachhaltigkeit und Resilienz erhöhen. Dies gilt vor allem dann, wenn sie gemeinsam im Rahmen einer "Korblösung" eingeführt werden, wie die *High Level Group on Own Resources* (2016) vorschlug. Über die genannten Instrumente hinaus böten sich zur dauerhaften Finanzierung des MFR weitere Maßnahmen an, durch die neue Eigenmittelquellen erschlossen werden könnten, etwa die Einführung von Steuern auf den Flugverkehr (Krenek – Schratzenstaller, 2017) oder eines Zuschlags auf nationale Treibstoffsteuern (Nerudová et al., 2018).

In der interinstitutionellen Vereinbarung werden keine konkreten Einnahmenerwartungen angegeben. Ausgehend von den Einnahmenschätzungen des Kommissionsvorschlags vom Mai 2020 könnten die auf dem Emissionshandels- bzw. dem CO₂-Grenzausgleichssystem beruhenden Eigenmittel sowie die Digitalsteuer zwischen 16 und 25 Mrd. € erbringen. Unter der Annahme, dass die für die Finanzierung von NGEU aufgenommenen Schulden gleichmäßig über den Zeitraum von 2028 bis 2058 zurückgezahlt werden, ergibt sich ein jährlicher Finanzbedarf von durchschnittlich 13 Mrd. € zuzüglich Zinszahlungen¹²⁾. Die im Fahrplan vorgesehenen Eigenmittelquellen würden somit jedenfalls zur Tilgung der gemeinsamen Schulden ausreichen. Einnahmen, die über diesen Bedarf hinausgehen, könnten in die Finanzierung des MFR fließen.

Übersicht 2: Neue Eigenmittel

	Kurzbeschreibung	Potentielle Einnahmen Mrd. € p. a.
Vorschlag der Europäischen Kommission Mai 2018		22
Plastikbasiertes Eigenmittel	0,80 € je kg nicht recycelte Verpackungsabfälle aus Kunststoff	7
Eigenmittel basierend auf dem EU-Emissionshandelssystem	Anteil von 20% an den Auktionserlösen von Emissionshandelszertifikaten im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems	3
Eigenmittel basierend auf einer Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	Anteil von 3% an einer Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	12
Vorschlag der Europäischen Kommission Mai 2020		26,3 bis 35,3
Eigenmittel basierend auf dem EU-Emissionshandelssystem	Eigenmittel basierend auf einem überarbeiteten EU-Emissionshandelssystem, das möglicherweise auf Schiff- und Luftfahrt ausgeweitet wird	10
Eigenmittel basierend auf Operationen von Unternehmen im Gemeinsamen Markt		10
CO ₂ -Grenzausgleichsmechanismus	Unterschiedliche Modelle in Diskussion	5 bis 14
Digitalsteuer	Besteuerung digitaler Unternehmen mit einem Umsatz über 750 Mio. €	1,3
Einigung im November bzw. Dezember 2020		.
Plastikbasiertes Eigenmittel	0,80 € je kg nicht recycelte Verpackungsabfälle aus Kunststoff Einführung 1. 1. 2021	6
Eigenmittel basierend auf dem EU-Emissionshandelssystem	Eigenmittel basierend auf einem überarbeiteten EU-Emissionshandelssystem, das möglicherweise auf Schiff- und Luftfahrt ausgeweitet wird Vorschlag bis Mitte 2021 Einführung spätestens 1. 1. 2023	.
CO ₂ -Grenzausgleichsmechanismus	Unterschiedliche Modelle in Diskussion Vorschlag bis Mitte 2021 Einführung spätestens 1. 1. 2023	.
Digitalsteuer	Vorschlag bis Mitte 2021 Einführung spätestens 1. 1. 2023	.
Weitere mögliche neue Eigenmittel	Finanztransaktionssteuer, Eigenmittel basierend auf Unternehmenssteuer oder einer neuen harmonisierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage Vorschlag bis Mitte 2024 Einführung ab 2026	.

Q: Europäische Kommission, WIFO-Zusammenstellung.

¹²⁾ Unter Annahme eines Zinssatzes von 0,5% wären dies zu Beginn etwa 2 Mrd. € p. a.

4. NextGenerationEU im Überblick

Das europäische Aufbaupaket NextGenerationEU (NGEU) weist ein Volumen von 750 Mrd. € auf. Davon entfallen 360 Mrd. € auf zinsgünstige Darlehen und 390 Mrd. € auf Finanzzuschüsse an die Mitgliedsländer (Abbildung 3).

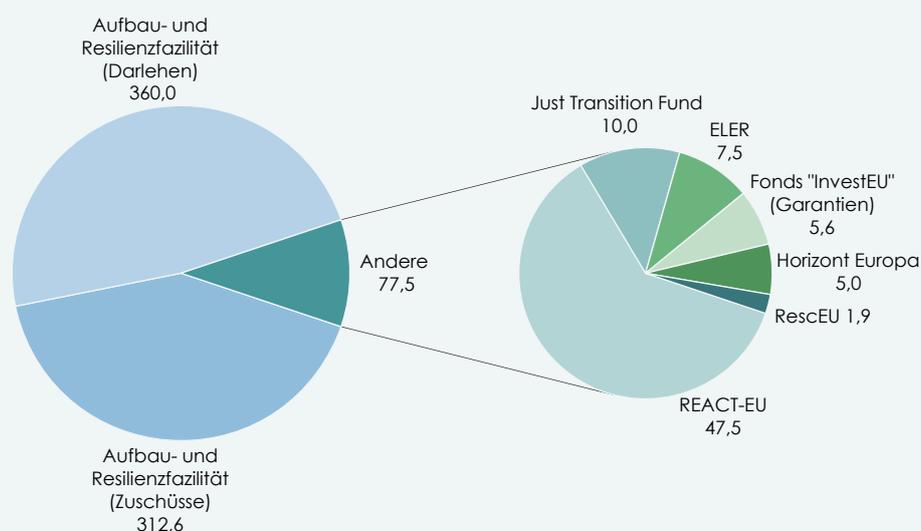
Das wichtigste NGEU-Instrument ist die Aufbau- und Resilienzfazilität mit einem Umfang von 672,5 Mrd. €.

Das wichtigste Instrument innerhalb von NGEU ist die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) mit einem Umfang von 672,5 Mrd. € (davon 360 Mrd. € an Darlehen und 312,5 Mrd. € an Finanzzuschüssen). Die Mittel sind auf der Grundlage nationaler Aufbau- und Resilienzpläne zu beantragen, in denen ein kohärentes Paket von Projekten, Refor-

men und Investitionen in sechs Politikbereichen geschnürt werden soll. Dazu gehören der ökologische und der digitale Wandel, nachhaltiges und inklusives Wachstum und Beschäftigung, soziale und territoriale Kohäsion, Gesundheit und Resilienz sowie Maßnahmen für die nächste Generation, einschließlich Bildungs- und Qualifikationsmaßnahmen. Eine wichtige Grundlage für die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne bilden die länderspezifischen Empfehlungen von Rat und Kommission, die im Rahmen der Europäischen Semester 2019 und 2020 formuliert wurden.

Abbildung 3: NextGenerationEU im Überblick

Ausgaben in Mrd. €



Q: *Budgetdienst* (2021). Just Transition Fund . . . Fonds für einen gerechten Übergang, ELER . . . Europäischer Entwicklungsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes, RescEU . . . Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe, REACT-EU . . . Aufstockung der laufenden Struktur- und Kohäsionsprogramme.

Weitere 10 Mrd. € werden über den Just Transition Fund (Fonds für einen gerechten Übergang) zur Verfügung gestellt. NGEU enthält weiters das REACT-EU-Paket, das nach der RRF am zweithöchsten, aber mit 47,5 Mrd. € deutlich geringer dotiert ist. Diese Mittel werden – je nach Zielsetzung der geplanten Ausgaben – über den EFRE, den ESF+ (etwa im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für Jugendliche) oder den "Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen" (FEAD) ausgeschüttet. Angestrebt werden im Rahmen des REACT-EU-Paketes insbesondere der Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen, Investitionen in die Gesundheitsversorgung sowie Förderungen für kleine und mittlere Unternehmen, die durch die COVID-19-Krise besonders stark getroffen wurden. Zumindest 30% der durch NGEU geförderten Ausgaben müssen in klimarelevante Maßnahmen und 20% in den digitalen Wandel

fließen. Bei der Aufbau- und Resilienzfazilität beträgt die vorgegebene Quote für Ausgaben für Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel sogar 37%; weitere 20% sind für Projekte zur Förderung des digitalen Wandels vorgesehen.

NGEU weist eine ausgeprägte Umverteilungskomponente auf, da die Zuschüsse deutlich überproportional den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsländern zugutekommen (Dorn – Fuest, 2021). Allerdings ist eine Betrachtung der Nettopositionen der Mitgliedsländer in Hinblick auf NGEU noch weniger zielführend als in Hinblick auf den MFR (Darvas, 2021). Wie Simulationen nahelegen, können die NGEU-Mittel für alle Mitgliedsländer positive ökonomische Effekte bewirken. Diese hängen allerdings wesentlich vom Verwendungszweck und vom tatsächlichen Mitteleinsatz ab. Das "Impact Assessment" der Europäischen Kommission berücksichtigt

Eine Betrachtung der Nettopositionen der Mitgliedsländer in Hinblick auf NGEU ist nicht zielführend, da bei adäquater Verwendung der Mittel alle Mitgliedsländer von positiven ökonomischen Effekten profitieren.

verschiedene Szenarien, die sich in Bezug auf die Additionalität der aus der RRF gewährten Zuschüsse und Darlehen sowie bezüglich der zeitlichen Verteilung der Mittel unterscheiden. Unter den Annahmen einer bis 2026 reichenden sechsjährigen Absorptionszeit und einer hohen Additionalität – d. h. unter der Voraussetzung, dass alle Zuschüsse und die Hälfte der Darlehen für zusätzliche produktive öffentliche Investitionen verwendet werden – schätzt die Europäische Kommission die kumulierte Wirkung von NGEU bis 2030 auf etwa 13% des jährlichen EU-BIP. Ab 2027 nehmen die Effekte zwar ab, der BIP-Effekt beträgt 2030 aber immer noch +1%. Auch in den wirtschaftsstarken Mitgliedsländern steigt gemäß diesen Simulationen das BIP, wenn auch nur unterdurchschnittlich. Wenngleich die errechneten Effekte vor dem Hintergrund der in der jüngeren empirischen Literatur geschätzten Multiplikatoren relativ hoch erscheinen (Darvas, 2021), dürfte sich NGEU langfristig positiv auf die Wirtschaft aller EU-Mitgliedsländer auswirken, solange das Prinzip der Additionalität erfüllt ist. Wie eine Simulation der EZB ermittelte, könnte der reale Output im Euro-Raum mittelfristig um 1,5% steigen, wenn die NGEU-Mittel für produktive Investitionen verwendet werden (Bańkowski et al., 2021). Auch die Simulationen von Pícek (2020) zeigen die Wirkung von NGEU als koordiniertem fiskalischem Impuls in der EU: Werden keine Mitnahmeeffekte, eine Additionalität des Mittelaussetzes und intakte internationale Wertschöpfungsketten unterstellt, so bewirken die durch NGEU ausgelösten expansiven Effekte in den einzelnen EU-Ländern positive Spillover-Effekte in anderen Mitgliedsländern, wodurch dort indirekt die ökonomische Erholung befördert wird. Auch wenn die Größe der ermittelten Effekte relativ optimistisch erscheint, illustrieren die Simulationsergebnisse, dass die ökonomisch schwächeren Mitgliedsländer primär von einem expansiven Effekt profitieren, der durch die Verwendung der EU-Mittel im Inland ausgelöst wird. Für die wirtschaftlich stärkeren Mitgliedsländer, die gemessen am BIP unterdurchschnittlich hohe Zuschüsse erhalten, haben dagegen induzierte Spillover-Effekte einen höheren Anteil am Gesamteffekt.

Darüber hinaus dürften alle Mitgliedsländer bereits vor Implementierung von NGEU ökonomisch von dessen Verabschiedung profitieren haben (Darvas, 2021, Fuest, 2021). Die Einigung auf NGEU stärkte das Vertrauen in

die EU, dämpfte auch für die hoch verschuldeten Mitgliedsländer das Zinsniveau und verhinderte damit möglicherweise fiskalisch unhaltbare Situationen. Durch die Einigung sanken das Risiko einer Destabilisierung des Euro-Raumes und die Wahrscheinlichkeit einer Verschärfung der Wirtschaftskrise in Ländern mit hoher Ausgangverschuldung. Denn diese Länder könnten durch die Aussicht auf künftige NGEU-Mittel dazu veranlasst werden, umfangreichere schuldenfinanzierte Fiskalpakete zu verabschieden, als sie das ohne NGEU getan hätten.

Allerdings wird der ökonomische Impuls durch NGEU das maximale Gesamtvolumen von 750 Mrd. € voraussichtlich nicht erreichen. Cohen-Setton – Vallée (2021) gehen von einer begrenzten Inanspruchnahme der EU-Kredite aus. Dadurch dürfte das potentielle Gesamtvolumen an zinsgünstigen Krediten von 360 Mrd. € deutlich unterschritten werden und somit der Effekt von NGEU entsprechend geringer ausfallen. Zudem werden grenzüberschreitende Projekte mit hohem europäischem Mehrwert im Rahmen der RRF voraussichtlich eine geringe Rolle spielen. Die Aufbau- und Resilienzpläne werden vielmehr auf nationale Projekte fokussieren (Andersen, 2021). Daher sollte zumindest für Länder mit höherem fiskalischem Spielraum – etwa Deutschland und Österreich – die Additionalität der RRF-Einreichungen gewährleistet werden. Werden aus der RRF dagegen vorrangig Projekte und Reformen finanziert, die ohnehin durchgeführt worden wären, so wird der erhoffte konjunkturelle und längerfristig strukturelle Impuls ausbleiben. Wie erwähnt sollen die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne gemäß den Umsetzungsrichtlinien der RRF insbesondere jene Reformen und Investitionen berücksichtigen, die in den länderspezifischen Empfehlungen von Rat und Kommission für 2019 und 2020 enthalten sind. Zielführender erscheint es allerdings, Investitionsprojekte insbesondere in den Bereichen, Klimaschutz und Digitalisierung in komplementäre Reformen einzubetten, also eine noch engere Konditionalität zugrunde zu legen, anstatt diese spezifischen Investitionspläne an breit angelegte Reformvorhaben – etwa im Bereich der Pensionssysteme – zu knüpfen (Pisani-Ferry, 2020). Im Falle Österreichs gehört dazu eine ökologische Steuerreform, die schon seit längerer Zeit vorgeschlagen und auch in den länderspezifischen Empfehlungen 2019 angesprochen wurde.

Alle Mitgliedsländer dürften bereits vor Implementierung von NGEU ökonomisch von dessen Verabschiedung profitieren haben.

Zumindest für Länder mit höherem fiskalischem Spielraum sollte die Additionalität der RRF-Projekte gewährleistet werden.

5. Verankerung des Querschnittszieles Klimaschutz

Vor dem Hintergrund der ambitionierten Klimaziele der EU sowie des Green Deal der Europäischen Kommission spielen Nachhaltigkeits- und Umweltschutzaspekte im

europäischen Aufbauplan eine wichtige Rolle¹³⁾. Der Vorschlag der Kommission vom Mai 2018 hatte eine Erhöhung der Klima-

30% der NGEU- und 37% der RRF-Mittel sollen in den Klimaschutz fließen.

¹³⁾ Vgl. zum Folgenden ausführlicher Schratzenstaller (2021A).

mainstreaming-Vorgabe¹⁴⁾ von 20% im MFR 2014-2020 auf 25% im MFR 2021-2027 vorgesehen. Unter Berücksichtigung des Just Transition Fund wären die im MFR geplanten Klimaschutzausgaben somit von etwa 210 Mrd. € auf gut 290 Mrd. € angestiegen. Im Zuge der Einigung auf den europäischen Aufbauplan wurde die Klimamainstreaming-Vorgabe auf 30% erhöht, wodurch im MFR 2021-2027 gut 322 Mrd. € für den Klimaschutz zur Verfügung stehen. Weitere 225 Mrd. € kommen aus NGEU¹⁵⁾. Somit wurden im europäischen COVID-19-Aufbauplan 2021-2027 insgesamt knapp 550 Mrd. € dem Klimaschutz gewidmet. Im Vergleich zu den ursprünglichen Plänen von Mai 2018 wurden die Mittel somit beinahe verdoppelt.

Zu den "grünen" Elementen im europäischen Aufbauplan gehören auch neue "grüne" Eigenmittel.

Allerdings sind einige Relativierungen angebracht. Erstens ist, wie erwähnt, keineswegs gesichert, dass die darlehensbasierten NGEU-Mittel in vollem Umfang abgerufen werden. Zweitens legen Analysen des *Europäischen Rechnungshofs* (2020) nahe, dass der Beitrag der Agrarausgaben zur Erreichung der Klimaschutzziele bisher systematisch überschätzt wurde. Drittens werden mögliche klimaschädigende Effekte der EU-Ausgaben nicht berücksichtigt. Viertens sollen die NGEU-Mittel bis 2023 gebunden und bis 2026 verausgabt werden; danach werden die Ausgaben für den Klimaschutz wieder auf das im MFR vorgesehene Niveau zurückfallen. Laut *Europäischer Kommission*

(2020D) wären bis 2030 jährlich Investitionen von 220 Mrd. € erforderlich, um die Klima- und Energieziele der EU zu erreichen. Durch die kürzlich beschlossene Erhöhung des Reduktionszieles auf 50% bis 55% nimmt der Investitionsbedarf weiter zu. Vor diesem Hintergrund hätten die Klimamainstreaming-Vorgabe und damit der potentielle Beitrag des MFR zur Erreichung der EU-Klimaschutzziele durchaus ambitionierter ausfallen können. Umso wichtiger ist es, die Klimamainstreaming-Vorgabe im MFR und in NGEU quantitativ und qualitativ wirksam umzusetzen, um zumindest das gegebene Klimaschutz-Potential zu realisieren.

Zu den "grünen" Elementen im europäischen Aufbauplan gehören auch innovative "grüne" Eigenmittelquellen. Einige der geplanten neuen Eigenmittel versprechen positive klima- bzw. umweltpolitische Lenkungseffekte. Dies gilt für das plastikbasierte Eigenmittel sowie für Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten und aus dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Aus Klimaschutzüberlegungen wäre allerdings eine raschere Einführung dieser "grünen" Eigenmittelquellen und ihre Nutzung zur Mitfinanzierung des MFR sinnvoll. Daneben sollten weitere "grüne" Eigenmittelquellen erschlossen werden, etwa, wie erwähnt, über die Besteuerung des Flugverkehrs oder durch die Einführung eines Zuschlags auf nationale Treibstoffsteuern.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

NextGenerationEU birgt großes Potential, den Zusammenhalt in der EU zu stärken und die Erreichung wichtiger Ziele zu unterstützen. Die Umsetzung dieses Aufbaupaketes dürfte allerdings zu einer Bewährungsprobe für die Gemeinschaft werden. Zwei Bereiche sind in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung: Erstens die mit den NGEU-Mitteln getätigten Ausgaben und zweitens die Rückzahlung der gemeinsamen Schulden durch innovative Eigenmittel. Österreich sollte die RRF-Mittel insbesondere dazu nutzen, um rezente nachhaltigkeitsorientierte Maßnahmen aufzustocken oder zu ergänzen – etwa Investitionen in den öffentlichen Verkehr, die Gebäudesanierung, klimafreundliche Heizsysteme, den Breitbandausbau, die Digitalisierung im Schulbereich sowie verschiedene Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsoffensiven. In all diesen Bereichen besteht ein über die nationalen Programme hinausgehender Investitionsbedarf, zu dessen Deckung die Mittel aus der RRF einen wichtigen Beitrag leisten können. Österreich

hat nach aktuellen Schätzungen Anspruch auf Zuschüsse von 3,46 Mrd. € aus der RRF; je nach Tiefe des Wirtschaftseinbruchs könnten es sogar über 4 Mrd. € sein (*Budgetdienst*, 2021), die im Zeitraum 2021 bis 2026 verausgabt werden können. Auch sind gemäß den Umsetzungsrichtlinien der RRF die beantragten Projekte in komplementäre Reformen einzubetten, vor allem in jene, die Rat und Kommission in ihren jüngeren länderspezifischen Empfehlungen eingemahnt haben. Für Österreich sind das etwa eine ökologische Steuerreform oder Maßnahmen zur Unterstützung der Vollzeitbeschäftigung von Frauen. Die Herausforderung, innovative Eigenmittel zu implementieren, wird auch im MFR 2021-2027 der EU erstmals eine Rolle spielen. Während der MFR etwa für Horizont Europa oder CEF einen geringeren finanziellen Spielraum vorsieht als der ursprüngliche Vorschlag der Kommission, enthält er dennoch Elemente, die bei wirksamer Umsetzung den europäischen Mehrwert des EU-Budgets erhöhen können.

¹⁴⁾ Die Klimamainstreaming-Vorgabe, wonach ein bestimmter Teil der Mittel in den Klimaschutz fließen muss, gilt für die Gesamtausgaben. Für die einzelnen Programme bzw. Ausgabenkategorien gelten unterschiedliche Zielwerte, die von der Gesamtvorgabe abweichen können.

¹⁵⁾ Auch innerhalb von NGEU gelten für die einzelnen Programme unterschiedliche Vorgaben: So müssen beispielsweise 37% der RRF in den Klimaschutz fließen, die Ausgaben aus dem Just Transition Fund haben dagegen zu 100% klimarelevant zu sein.

7. Literaturhinweise

- Andersen, T. M., "Economic Policy Responses to the Coronavirus Crisis – Stabilization and Insurance", CESifo Forum, 2021, 22(1), S. 14-19.
- Bachtrögler, J., Köppl, A., Pekanov, A., Schratzenstaller, M., Sinabell, F., "Das EU-Budget 2021-2027 – Optionen für eine Stärkung des europäischen Mehrwerts", WIFO Working Paper, 2019, (592).
- Bańkowski, K., Ferdinandusse, M., Hauptmeier, S., Jacquino, P., Valenta, V., "The macroeconomic impact of the Next Generation EU instrument on the euro area", European Central Bank, Occasional Paper Series, 2021, (255).
- Beckman, J., Ivanic, M., Jelliffe, J., Baquedano, F., Scott, S., "Economic and Food Security Impacts of Agricultural Input Reduction Under the European Union Green Deal's Farm to Fork and Biodiversity Strategies", United States Department of Agriculture – Economic Research Service, Economic Brief, 2020, (30).
- Budgetdienst, Europäisches Semester 2021 und Aufbau und Resilienzfähigkeit, Wien, 2021.
- Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Entwurf für die Bedarfsanalyse. Arbeitspapier zur Erstellung des Österreichischen GAP-Strategieplans, Wien, 2021.
- Cohen-Setton, J., Vallée, S., "Measuring the European Fiscal Stance after Covid-19 from National and European Budget Plans", CESifo Forum, 2021, 22(1), S. 6-35.
- Darvas, Z., "The Nonsense of NextGenerationEU Net Balance Calculations", Bruegel Policy Contribution, 2021, (3).
- Dorn, F., Fuest, C., "Next Generation EU: Gibt es eine wirtschaftliche Begründung?", ifo-Schnelldienst, 2021, 74(2), S. 3-8.
- Europäische Kommission, The Future of Food and Farming, COM(2017) 713 final, Brüssel, 2017.
- Europäische Kommission (2018A), A Modern Budget for a Union that Protects, Empowers and Defends, Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM(2018) 321 final, Brüssel, 2018.
- Europäische Kommission (2018B), Proposal for a Council Regulation laying down the multiannual financial framework for the years 2021 to 2027, COM(2018) 322 final, Brüssel, 2018.
- Europäische Kommission (2018C), Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, COM(2018) 392 final 2018/0216(COD), Brüssel, 2018, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52018PC0392&from=EN> (abgerufen am 13. 3. 2021).
- Europäische Kommission, The European Green Deal, COM(2019) 640 final, Brüssel, 2019.
- Europäische Kommission (2020A), A Farm to Fork Strategy for a fair, healthy and environmentally-friendly food system, COM(2020) 381 final, Brüssel, 2020.
- Europäische Kommission (2020B), EU Biodiversity Strategy for 2030. Bringing nature back into our lives, COM(2020) 380 final, Brüssel, 2020.
- Europäische Kommission (2020C), Report from the Commission to the European Parliament and the Council on the experience gained by Member States on the implementation of national targets established in their National Action Plans and on progress in the implementation of Directive 2009/128/EC on the sustainable use of pesticides, COM(2020) 204 final, Brüssel, 2020.
- Europäische Kommission (2020D), Empfehlungen der Kommission für den GAP-Strategieplan Österreichs, SWD(2020) 367 final, Brüssel, 2020.
- Europäische Kommission, Delegierte Verordnung (EU) 2015/791 der Kommission, 2015, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32015R0791&from=en> (abgerufen am 13. 3. 2021).
- Europäische Kommission, Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft, COM(2017) 713 final, Brüssel, 2017, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017DC0713&from=DE> (abgerufen am 13. 3. 2021).
- Europäisches Parlament, Draft European Council conclusions of 10 July 2020 – preliminary analysis of figures, 2020, <http://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20200715RES83407/20200715RES83407.pdf>.
- Europäisches Parlament, Europäischer Rat, Regulation (EU) 2020/2220, 2020, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32020R2220> (abgerufen am 12. 3. 2021).
- Europäischer Rat und Europäisches Parlament, Verordnung (EU) Nr. 1307/2013, 2013, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32013R1307> (abgerufen am 13. 3. 2021).
- Europäischer Rechnungshof, Verfolgung der Klimaschutzausgaben im EU-Haushalt, Luxemburg, 2020.
- Eurostat, Agriculture, Forestry and Fishery statistics – 2020 edition, Publications Office of the European Union, Luxemburg, 2020.
- Fuest, C., "The NGEU Economic Recovery Fund", CESifo Forum, 2021, 22(1), S. 3-8.
- Fuest, C., Pisani-Ferry, J., "Financing the European Union: New Context, New Responses", Bruegel Policy Contribution, 2020, (16).

- High Level Group on Own Resources, Future Financing of the EU: Final report and recommendations of the High Level Group on Own Resources, Brüssel, 2016.
- Hofreither, M., Sinabell, F., "Die Gemeinsame Agrarpolitik 2014 bis 2020", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(3), S. 213-222, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/47173>.
- Isermeyer, F., Nieberg, H., Banse, M., Bolte, A., Christoph, I., Dauber, J., de Witte, T., Dehler, M., Döring, R., Elsasser, P., Fock, H., Focken, U., Freund, F., Goti, L., Heidecke, C., Kempf, A., Koch, G., Kraus, G., Krause, A., Kroiher, F., Lasner, T., Lüdtker, J., Olbrich, A., Osterburg, B., Pelikan, J., Probst, W. N., Rahmann, G., Reiser, S., Rock, J., Röder, N., Rüter, S., Sanders, J., Stelzenmüller, V., Zimmermann, Ch., Auswirkungen aktueller Politikstrategien (Green Deal, Farm-to-Fork, Biodiversitätsstrategie 2030; Aktionsprogramm Insektenschutz) auf Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig, 2020.
- Krenek, A., Schratzenstaller, M., "Sustainability-oriented tax-based own resources for the European Union: a European carbon-based flight ticket tax", *Empirica*, 2017, 44(4), S. 665-686.
- Mayerhofer, P., Bachtrögler-Unger, J., Nowotny, K., Streicher, G., "Ökonomische Wirkung von Interventionen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Österreich seit 1995", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(2), S. 139-150, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66922>.
- Nerudová, D., Dobranschi, M., Solilová, V., Schratzenstaller, M., "Sustainability-oriented Future EU Funding: A Fuel Tax Surcharge", FairTax Working Paper Series, 2018, (21), <http://umu.diva-portal.org/smash/get/diva2:1270205/FULLTEXT01.pdf>.
- Pekanov, A., "Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaketen und Konjunkturbelebungsmaßnahmen", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(3), S. 193-203, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67037>.
- Picek, O., "Spillover Effects from Next Generation EU", *Intereconomics*, 2020, 55(5), S. 325-331.
- Pisani-Ferry, J., "European Union recovery funds: strings attached, but not tied up in knots", *Bruegel Policy Contribution*, 2020, (9).
- Rat der Europäischen Union, Infografik – EU-Haushalt 2021-2027 und Aufbauplan, Brüssel, 2020, <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/recovery-plan-mff-2021-2027/> (abgerufen am 30. 3. 2021).
- Rat der Europäischen Union, Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 des Rates vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027, Brüssel, 2020, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020R2093&from=EN> (abgerufen am 13. 3. 2021).
- Rodríguez-Pose, A., Fratesi, U., "Between Development and Social Policies: The Impact of European Structural Funds in Objective 1 Regions", *Regional Studies*, 2004, 38(1), S. 97-113.
- Schatzenstaller, M., "Reformbedarf und Reformoptionen für das EU-Budget aus österreichischer Perspektive", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(3), S. 177-191, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65833>.
- Schatzenstaller, M. (2021A), "Corona-Aufbauplan – großes Potenzial zur Stärkung des Zusammenhalts in der EU", ifo-Schnelldienst, 2021, 74(2), S. 12-16, <https://www.ifo.de/publikationen/2021/zeitschrift-einzelheft/ifo-schnelldienst-022021>.
- Schatzenstaller, M. (2021B), "Stagnierender Mehrjähriger Finanzrahmen trotz zunehmender Herausforderungen", *Wirtschaftsdienst*, 2021, 101(2), S. 82-87.
- Schatzenstaller, M., Krenek, A., "Tax-Based Own Resources to Finance the EU Budget", *Intereconomics*, 2019, 54(3), S. 171-177.
- Schatzenstaller, M., Krenek, A., Nerudová, D., Dobranschi, M., "EU Taxes for the EU Budget in the Light of Sustainability Orientation – A Survey", *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 2017, 237(3), S. 163-189.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten/>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezemb-er	Jänner	Februar
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,5	5,4	7,1	5,4	8,6	7,7	6,9	7,3	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7
USA	3,9	3,7	8,1	3,8	13,1	8,8	6,8	7,8	6,9	6,7	6,7	6,3	6,2
Japan	2,4	2,4	2,8	2,4	2,7	3,0	3,0	3,0	3,1	3,0	3,0	2,9	2,9
Euro-Raum	8,2	7,6	8,0	7,3	7,6	8,6	8,3	8,7	8,5	8,3	8,2	8,3	8,3
Belgien	6,0	5,4	5,6	5,0	5,1	6,3	5,8	6,4	6,0	5,8	5,7	5,6	5,7
Deutschland	3,4	3,1	4,2	3,6	4,2	4,5	4,6	4,5	4,5	4,6	4,6	4,6	4,5
Irland	5,8	5,0	5,6	5,0	4,9	6,5	6,0	6,8	6,2	6,0	5,8	5,8	5,8
Griechenland	19,3	17,3	16,5	16,0	16,9	16,8	16,1	16,6	16,4	16,2	15,8	.	.
Spanien	15,3	14,1	15,6	13,9	15,5	16,6	16,2	16,6	16,3	16,1	16,2	16,0	16,1
Frankreich	9,0	8,5	8,1	7,8	7,2	9,1	8,1	9,3	8,5	8,1	7,8	7,9	8,0
Italien	10,7	10,0	9,3	9,0	8,4	9,9	9,8	10,0	10,0	9,7	9,8	10,3	10,2
Luxemburg	5,5	5,6	6,8	6,0	7,6	6,9	6,6	6,7	6,5	6,6	6,7	6,8	6,7
Niederlande	3,8	3,4	3,8	2,9	3,8	4,5	4,1	4,4	4,3	4,0	3,9	3,6	3,6
Österreich	4,9	4,5	5,3	4,6	5,6	5,6	5,6	5,5	5,4	5,5	5,8	5,7	5,7
Portugal	7,2	6,7	7,1	6,5	6,6	8,0	7,2	8,0	7,6	7,2	6,9	6,9	6,9
Slowakei	6,5	5,8	6,7	6,0	6,7	7,1	6,9	7,0	7,0	6,9	6,9	7,2	7,3
Finnland	7,4	6,7	7,8	6,7	7,8	8,5	8,1	8,4	8,2	7,8	8,4	.	.
Tschechien	2,3	2,0	2,6	1,9	2,4	2,8	3,1	2,8	3,2	2,9	3,1	3,3	3,2
Ungarn	3,6	3,3	4,1	3,6	4,5	4,3	4,2	4,5	4,4	4,0	4,1	4,9	4,5
Polen	3,8	3,3	3,2	3,0	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,1
Schweiz	4,7	4,4	4,8	4,2	4,9	5,0	5,1

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7
USA	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,7
Japan	+ 1,0	+ 0,5	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	- 1,2	- 0,6	- 0,4
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,9	+ 0,9
Belgien	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,0	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3
Deutschland	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 0,7	- 0,2	- 0,6	- 0,4	- 0,5	- 0,7	- 0,7	+ 1,6	+ 1,6
Irland	+ 0,7	+ 0,9	- 0,5	+ 0,8	- 0,6	- 0,9	- 1,1	- 1,2	- 1,5	- 1,0	- 1,0	- 0,1	- 0,4
Griechenland	+ 0,8	+ 0,5	- 1,3	+ 0,6	- 1,2	- 2,2	- 2,2	- 2,3	- 2,0	- 2,1	- 2,4	- 2,4	- 1,9
Spanien	+ 1,7	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,9	- 0,8	- 0,6	+ 0,4	- 0,1
Frankreich	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,8	+ 0,8
Italien	+ 1,2	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 1,0	- 0,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,7	+ 1,0
Luxemburg	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,0	+ 1,6	- 0,9	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,3	+ 1,1	- 0,5
Niederlande	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,9
Österreich	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,4
Portugal	+ 1,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,4	- 0,8	- 0,6	- 0,4	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Slowakei	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,9
Finnland	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,1	- 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,9
Tschechien	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1
Ungarn	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,4	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,3
Polen	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,6
Schweiz	+ 0,9	+ 0,4	- 0,8	- 0,2	- 1,1	- 1,2	- 0,9	- 1,1	- 0,9	- 0,8	- 1,0	- 0,6	- 0,4

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2018	2019	2020	2020			2021		2020		2021		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	- 0,7	+ 0,8	- 4,3	- 11,1	- 5,0	- 5,9	+ 7,7	- 6,1	- 4,3	- 2,9	- 1,3	+ 32,5	
Euro-Raum, STOXX 50	- 3,0	+ 1,4	- 4,7	- 12,1	- 4,8	- 7,7	+ 7,8	- 8,2	- 5,1	- 4,5	- 1,8	+ 35,0	
Deutschland, DAX 30	- 1,3	- 1,3	+ 1,9	- 7,1	+ 5,9	+ 0,2	+ 15,6	- 1,8	+ 1,8	+ 3,4	+ 4,7	+ 44,6	
Österreich, ATX	+ 7,6	- 9,0	- 20,5	- 27,9	- 24,7	- 22,9	+ 8,2	- 24,6	- 15,2	- 7,2	- 3,1	+ 44,9	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 0,2	- 1,2	- 13,7	- 18,6	- 17,7	- 15,4	- 2,8	- 15,3	- 12,0	- 11,4	- 10,0	+ 16,9	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	+ 1,1	- 3,1	- 22,1	- 29,3	- 22,5	- 23,5	- 4,6	- 24,9	- 15,7	- 14,5	- 12,4	+ 19,5	
Tschechien, PX 50	+ 8,0	- 3,2	- 11,6	- 16,9	- 13,0	- 13,4	+ 5,2	- 14,9	- 9,6	- 5,9	- 2,4	+ 28,7	
Ungarn, BUX Index	+ 5,4	+ 10,0	- 10,2	- 14,8	- 13,6	- 13,7	+ 6,5	- 14,3	- 9,5	- 2,0	- 0,8	+ 25,3	
Polen, WIG Index	- 2,6	- 1,3	- 13,9	- 20,6	- 12,1	- 10,4	+ 10,8	- 12,9	- 2,1	- 0,3	+ 2,2	+ 35,3	
Russland, RTS Index	+ 5,6	+ 12,7	- 4,0	- 9,1	- 6,8	- 12,6	+ 5,7	- 14,8	- 7,9	- 9,2	- 4,2	+ 40,2	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 15,2	+ 5,3	+ 2,0	- 5,8	+ 2,3	+ 5,6	+ 18,8	+ 4,8	+ 7,0	+ 6,7	+ 9,6	+ 43,0	
USA, S&P 500 Index	+ 12,1	+ 6,1	+ 10,5	+ 1,7	+ 12,2	+ 15,3	+ 26,5	+ 14,3	+ 16,3	+ 15,7	+ 18,5	+ 47,4	
Brasilien, BM&FBOVESPA	+ 20,0	+ 23,3	- 1,9	- 11,9	- 1,9	- 1,8	+ 13,2	- 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,9	+ 39,7	
Asien													
Japan, Nikkei 225	+ 10,4	- 2,7	+ 4,7	- 3,0	+ 7,7	+ 9,3	+ 32,8	+ 8,7	+ 13,3	+ 19,0	+ 27,1	+ 55,4	
China, Shanghai Index	- 9,4	- 0,8	+ 7,2	- 4,6	+ 13,4	+ 13,8	+ 19,7	+ 14,4	+ 14,8	+ 15,8	+ 22,2	+ 20,7	
Indien, Sensex 30 Index	+ 14,4	+ 8,3	- 1,1	- 17,3	- 0,0	+ 7,4	+ 30,2	+ 5,8	+ 12,5	+ 17,6	+ 24,1	+ 53,2	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2018	2019	2020	2020			2021		2020			2021	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar	März
	In %												
USA	2,4	2,3	0,6	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	1,8	1,9	0,6	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Euro-Raum	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Tschechien	1,3	2,1	0,9	0,6	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Dänemark	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Ungarn	0,1	0,2	0,7	1,0	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,8	0,8
Polen	1,7	1,7	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Schweden	- 0,7	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Vereinigtes Königreich	0,7	0,8	0,3	0,4	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Norwegen	1,1	1,6	0,7	0,5	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,8

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2018	2019	2020	2020			2021	2020	2020	2020	2021		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	
	In %												
USA	2,9	2,1	0,9	0,7	0,7	0,9	1,3	0,8	0,9	0,9	1,1	1,3	1,6
Japan	0,1	-0,1	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Kanada	2,3	1,6	0,8	0,6	0,5	0,7	1,1	0,6	0,7	0,7	0,8	1,1	1,5
Euro-Raum	1,3	0,6	0,2	0,5	0,2	-0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	0,1	0,1
Belgien	0,8	0,2	-0,1	0,0	-0,2	-0,4	-0,2	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,2	-0,0
Deutschland	0,4	-0,3	-0,5	-0,5	-0,5	-0,6	-0,5	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,5	-0,4
Irland	1,0	0,3	-0,1	0,1	-0,1	-0,3	-0,1	-0,2	-0,3	-0,3	-0,2	-0,1	0,0
Griechenland	4,2	2,6	1,3	1,8	1,1	0,8	0,8	0,9	0,8	0,6	0,7	0,8	0,9
Spanien	1,4	0,7	0,4	0,7	0,3	0,1	0,2	0,2	0,1	0,0	0,1	0,2	0,3
Frankreich	0,8	0,1	-0,1	-0,0	-0,2	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,1
Italien	2,6	2,0	1,2	1,7	1,1	0,7	0,6	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7
Luxemburg	0,6	-0,1	-0,4	-0,3	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,6	-0,5	-0,5	-0,4
Niederlande	0,6	-0,1	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5	-0,6	-0,5	-0,4	-0,3
Österreich	0,7	0,1	-0,2	-0,1	-0,3	-0,4	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,2	-0,1
Portugal	1,8	0,8	0,4	0,8	0,4	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2	0,2
Finnland	0,7	0,1	-0,2	-0,1	-0,3	-0,4	-0,2	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,2	-0,1
Dänemark	0,5	-0,2	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,3	-0,5	-0,5	-0,5	-0,4	-0,3	-0,0
Schweden	0,7	0,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,0	0,2	-0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	0,4
Vereinigtes Königreich	1,4	0,9	0,3	0,3	0,2	0,3	.	0,2	0,3	0,3	0,3	0,6	.
Norwegen	1,9	1,5	0,8	0,6	0,7	0,8	1,2	0,7	0,8	0,9	1,0	1,3	1,5
Schweiz	0,0	-0,5	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,3	-0,3

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2018	2019	2020	2020			2021	2020		2021		März	
				I. Qu.	II. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar		
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,18	1,12	1,14	1,10	1,10	1,17	1,19	1,21	1,18	1,22	1,22	1,21	1,19
Yen	130,41	122,06	121,78	120,10	118,32	124,09	124,59	127,73	123,61	126,28	126,31	127,49	129,38
Schweizer Franken	1,15	1,11	1,07	1,07	1,06	1,08	1,08	1,09	1,08	1,08	1,08	1,09	1,11
Pfund Sterling	0,88	0,88	0,89	0,86	0,89	0,90	0,90	0,87	0,90	0,91	0,89	0,87	0,86
Schwedische Krone	10,26	10,59	10,49	10,67	10,66	10,36	10,27	10,12	10,23	10,17	10,10	10,09	10,17
Dänische Krone	7,45	7,47	7,45	7,47	7,46	7,44	7,44	7,44	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44
Norwegische Krone	9,60	9,85	10,72	10,46	11,02	10,67	10,76	10,26	10,75	10,60	10,37	10,28	10,15
Tschechische Krone	25,64	25,67	26,46	25,61	27,07	26,47	26,66	26,07	26,47	26,31	26,14	25,88	26,18
Russischer Rubel	74,06	72,46	82,65	73,70	79,66	86,32	90,89	89,72	91,01	90,24	90,57	89,96	88,63
Ungarischer Forint	318,83	325,23	351,21	339,08	351,71	353,57	360,46	360,98	359,84	359,02	359,19	358,15	365,61
Polnischer Zloty	4,26	4,30	4,44	4,32	4,50	4,44	4,50	4,54	4,49	4,48	4,53	4,50	4,60
Neuer Rumänischer Leu	4,65	4,75	4,84	4,80	4,84	4,85	4,87	4,88	4,87	4,87	4,87	4,88	4,89
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,81	7,73	7,87	7,69	7,80	8,09	7,90	7,81	7,82	7,96	7,87	7,81	7,75
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,8	- 0,7	+ 1,6	- 0,2	+ 1,0	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 1,4
Industriewaren	+ 1,7	- 0,7	+ 1,4	- 0,2	+ 0,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 1,3
Real	+ 1,7	- 1,0	+ 1,9	- 0,2	+ 1,1	+ 3,1	+ 3,6	.	+ 3,6	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,0	.
Industriewaren	+ 1,7	- 1,0	+ 1,8	- 0,2	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,4	.	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,7	+ 2,8	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2018	2019	2020	2020			2021	2020	2020	2020	2021		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+23,5	-12,2	-25,7	-44,5	-22,2	-15,6	+29,9	-18,2	-18,0	-10,8	+ 2,0	+24,8	+82,0
Ohne Energierohstoffe	+ 1,8	- 2,2	+ 6,0	- 7,4	+ 9,4	+22,9	+45,8	+19,4	+20,9	+28,3	+37,2	+46,7	+54,3
Auf Euro-Basis	+18,0	- 7,5	-27,3	-43,4	-26,1	-21,7	+18,9	-23,2	-23,5	-18,6	- 7,0	+12,5	+69,6
Ohne Energierohstoffe	- 3,0	+ 3,3	+ 3,7	- 5,5	+ 3,9	+14,1	+33,4	+12,1	+12,9	+17,2	+25,1	+32,3	+43,5
Nahrungs- und Genussmittel	- 9,2	- 0,1	+ 4,8	+ 2,0	+ 1,7	+ 7,6	+19,4	+ 7,1	+ 9,1	+ 6,5	+14,6	+18,8	+25,2
Industrierohstoffe	+ 0,7	+ 5,0	+ 3,1	- 9,0	+ 5,0	+17,6	+41,0	+14,8	+14,9	+23,0	+30,8	+39,6	+53,5
Energierohstoffe	+21,6	- 8,9	-32,0	-49,0	-30,9	-27,2	+16,2	-28,8	-29,0	-24,1	-12,1	+ 9,0	+76,5
Rohöl	+23,7	- 5,3	-33,4	-51,1	-32,6	-32,3	+10,6	-34,1	-33,9	-29,3	-20,2	+ 2,4	+82,1

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2019				2020			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)							III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.		
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes															
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 1,7	+ 0,4	- 3,6	-13,5	- 3,7	- 5,7		
Exporte	+ 3,0	+ 4,9	+ 5,5	+ 2,9	-10,4	+ 2,8	+ 7,2	+ 2,6	+ 2,2	- 4,4	-22,1	- 7,1	- 8,4		
Importe	+ 3,7	+ 5,3	+ 5,0	+ 2,4	-10,2	+ 3,9	+ 6,0	+ 2,2	- 2,6	- 5,1	-21,3	-10,2	- 4,0		
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,1	- 6,4	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,5	- 2,2	- 3,9	-13,0	- 5,3	- 3,2		
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0	- 6,5	+ 2,1	+ 3,2	+ 1,6	+ 0,6	- 3,5	-11,5	- 4,1	- 6,9		
Private Haushalte ²⁾	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 9,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,6	- 5,0	-16,1	- 6,0	-11,0		
Staat	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 4,1		
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 4,5	+ 4,4	+ 5,3	+ 0,8	- 5,9	+ 4,4	+ 4,1	+ 0,5	- 8,8	- 5,1	-15,9	- 7,8	+ 5,9		
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,0	- 4,9	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,7	+ 0,0	- 3,5	-12,8	- 2,7	- 0,7		
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 9,5	+ 7,3	+ 3,2	+ 4,7	-11,1	+ 6,6	+ 6,9	+ 5,6	- 5,5	-11,7	-25,5	- 7,4	+ 1,7		
Bauten	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,6	- 3,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 4,0	+ 2,7	- 0,4	- 8,5	- 1,1	- 3,0		
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 5,2	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,6	+ 1,6	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,6	+ 2,3	+ 5,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6		
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen															
Herstellung von Waren	+ 4,4	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 7,2	+ 4,8	+ 4,0	+ 0,7	- 2,8	- 4,9	-18,5	- 4,1	- 1,3		

Saison- und arbeitsdaysbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Veränderung des Bruttoinlandsproduktes					
	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,3	- 0,5	- 3,0	-10,7	+11,8	- 2,7
Exporte	+ 0,3	- 0,2	- 4,5	-18,2	+18,0	- 0,2
Importe	- 1,7	- 2,3	- 1,4	-15,9	+12,9	+ 2,1
Inländische Verwendung ¹⁾	- 0,8	- 1,7	- 1,3	- 9,3	+ 9,2	- 1,6
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,0	- 0,5	- 3,2	- 7,8	+ 8,4	- 3,3
Private Haushalte ²⁾	- 0,4	- 0,4	- 4,7	-11,2	+12,0	- 5,2
Staat	+ 1,2	- 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,6
Bruttoinvestitionen ³⁾	- 4,8	- 5,9	+ 5,2	-10,6	+ 3,4	+ 7,8
Bruttoanlageinvestitionen	- 1,2	- 2,1	- 0,5	- 7,5	+ 6,9	+ 0,4
Ausrüstungen und Waffensysteme	- 5,1	- 6,6	+ 0,6	-11,4	+ 8,0	+ 2,8
Bauten	+ 0,7	+ 0,2	- 2,2	- 7,6	+ 9,5	- 1,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 1,2	- 0,2	+ 1,5	- 1,7	+ 0,7	+ 0,4
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Herstellung von Waren	- 0,6	- 1,7	- 1,3	-15,3	+15,6	+ 1,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2021 und 2022: Prognose. Im März 2021 wurden im Rahmen der WIFO-Konjunkturprognose zwei Szenarien veröffentlicht (Öffnungs- und Lockdown-Szenario), um der Unsicherheit über die weiteren Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Hier werden die Werte aus dem Öffnungsszenario dargestellt. – ¹⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Nettzugang an Wertsachen. – ⁴⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2019				2020			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.		
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,9	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,6	- 6,1	+ 3,5	+ 6,1								
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,2	- 1,8	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,3	- 6,5	- 1,5	- 0,7		
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,6	+ 3,2	+ 4,3	+ 1,8	- 0,9	- 0,1	+ 5,0	+ 4,3	- 1,3	- 6,1	- 4,6	+ 0,4	+ 5,8		
Gesamtwirtschaftliche Produktivität															
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	- 4,9	+ 1,3	+ 2,3	+ 0,7	- 0,7	- 3,8	- 9,4	- 2,4	- 4,1		
BIP nominell	Mrd. €	357,61	369,34	385,36	397,58	375,56	388,77	412,31	98,97	103,68	93,67	86,82	96,34		
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	40.917	41.994	43.604	44.784	42.108	43.399	45.845	11.143	11.654	10.518	9.742	10.795		
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,7	- 8,8	+ 4,2	+ 3,3	+ 1,2	+ 1,9	- 5,2	-16,1	- 3,5	-10,2		
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	- 0,1	+ 1,4	+ 0,6	- 0,2	+ 2,4	- 1,8	+ 0,9	+ 0,5	- 1,4	+ 1,7	+ 3,1	- 0,2	+ 5,0		

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2021 und 2022: Prognose. Im März 2021 wurden im Rahmen der WIFO-Konjunkturprognose zwei Szenarien veröffentlicht (Öffnungs- und Lockdown-Szenario), um der Unsicherheit über die weiteren Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Hier werden die Werte aus dem Öffnungsszenario dargestellt. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2020				2021				2022			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
Konjunkturklimaindex Gesamt-wirtschaft												
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 7,7	-27,2	-11,8	-11,9	- 8,6	- 9,6	-15,0	-11,1	-11,6	-10,8	- 3,2	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 10,9	-31,7	-14,9	-12,1	-12,3	- 9,3	-13,1	-13,9	-14,4	-14,2	- 8,3	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	- 1,9	-30,0	-17,1	-10,6	- 5,7	-10,8	-14,5	- 6,5	- 7,9	- 8,0	- 1,0	
Bauwirtschaft	+ 24,0	- 6,9	+ 6,9	+ 8,5	+16,1	+ 8,1	+ 4,8	+12,7	+11,6	+14,4	+22,3	
Dienstleistungen	+ 10,6	-29,4	-12,2	-16,9	-15,4	-12,5	-19,3	-18,9	-18,6	-17,7	- 9,8	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: **Tourismusentwicklung in der laufenden Saison**

	Wintersaison 2019/20				November 2020 bis Februar 2021			
	Umsätze im Gesamtreise- verkehr	Übernachtungen Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Umsätze im Gesamtreise- verkehr ²⁾	Übernachtungen ¹⁾ Insgesamt	Übernachtungen ¹⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Österreich	- 14,6	- 18,1	- 21,8	- 17,1	- 93,5	- 93,5	- 78,5	- 97,6
Wien	- 24,9	- 27,6	- 27,8	- 27,6	- 94,4	- 94,4	- 82,8	- 96,9
Niederösterreich	- 22,7	- 25,9	- 25,3	- 27,1	- 63,3	- 63,4	- 56,5	- 77,7
Burgenland	- 27,3	- 29,8	- 28,2	- 39,0	- 78,5	- 78,5	- 79,0	- 74,9
Steiermark	- 13,1	- 16,9	- 20,2	- 11,5	- 87,2	- 87,3	- 81,6	- 93,8
Kärnten	- 10,8	- 14,3	- 16,9	- 12,7	- 87,6	- 87,6	- 73,3	- 95,7
Oberösterreich	- 19,3	- 24,0	- 23,0	- 25,6	- 75,9	- 75,9	- 70,2	- 84,8
Salzburg	- 11,3	- 14,1	- 18,1	- 13,1	- 96,9	- 96,9	- 88,8	- 98,9
Tirol	- 12,4	- 16,6	- 21,1	- 16,3	- 97,6	- 97,7	- 82,7	- 98,7
Vorarlberg	- 14,6	- 18,6	- 24,0	- 18,1	- 97,4	- 97,4	- 83,5	- 98,7

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Februar 2021: Hochrechnung. – 2) Schätzung. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, susanne.markytan@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: **Warenexporte und Warenimporte**

	2020		2021		2018	2019	2020						2021				
	Jänner		Jänner				Veränderung gegen das Vorjahr in %							Jänner			
	Mrd. €		Anteile in %														
Warenexporte insgesamt	141,9	11,1	100,0	100,0	+ 5,7	+ 2,3	- 7,5	- 9,5	- 1,0	- 10,7	+ 2,4	+ 1,8	- 9,5				
Intra-EU 27 (ab 2020)	95,7	7,8	67,5	69,8	+ 5,9	+ 1,7	- 6,5	- 6,9	- 0,8	- 7,6	+ 4,2	+ 3,9	- 6,9				
Deutschland	43,3	3,5	30,5	31,2	+ 5,5	- 0,4	- 3,8	- 4,8	+ 2,0	- 2,5	+ 7,3	+ 8,7	- 4,8				
Italien	8,8	0,7	6,2	6,6	+ 7,2	- 0,1	- 9,3	- 8,9	- 3,6	- 9,6	+ 8,5	+ 0,8	- 8,9				
Frankreich	6,1	0,5	4,3	4,1	- 8,5	+ 4,8	- 9,0	- 21,3	- 10,6	- 32,5	- 3,4	- 7,2	- 21,3				
EU-Länder seit 2004	25,8	2,1	18,2	19,0	+ 7,8	+ 2,7	- 7,4	- 7,2	- 0,1	- 8,3	- 0,0	+ 2,7	- 7,2				
5 EU-Länder ¹⁾	20,9	1,7	14,7	15,3	+ 7,5	+ 3,1	- 7,2	- 9,0	+ 0,2	- 8,5	- 0,3	+ 3,2	- 9,0				
Tschechien	5,0	0,4	3,5	3,6	+ 7,6	- 4,6	- 7,7	- 4,8	- 1,6	- 2,2	- 0,0	- 1,5	- 4,8				
Ungarn	4,9	0,4	3,5	3,6	+ 6,1	+ 9,3	- 12,4	- 12,4	- 7,7	- 12,1	- 2,9	- 3,9	- 12,4				
Polen	5,3	0,5	3,8	4,1	+ 9,8	+ 8,1	+ 3,2	- 4,8	+ 18,5	- 7,5	+ 3,5	+ 21,5	- 4,8				
Extra-EU 27 (ab 2020)	46,2	3,4	32,5	30,2	+ 5,5	+ 3,5	- 9,5	- 15,1	- 1,5	- 16,3	- 1,1	- 2,0	- 15,1				
Schweiz	7,5	0,5	5,3	4,3	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,0	- 24,1	+ 12,0	+ 1,7	+ 11,3	- 1,9	- 24,1				
Vereinigtes Königreich	4,1	0,3	2,9	2,3	+ 7,5	+ 7,1	- 9,7	- 29,2	- 3,1	- 0,1	+ 28,4	+ 20,7	- 29,2				
Westbalkanländer	1,4	0,1	1,0	0,9	+ 2,9	+ 12,8	- 10,4	- 11,9	+ 3,4	- 4,4	- 9,3	+ 1,4	- 11,9				
GUS-Europa	2,3	0,1	1,6	1,3	- 3,6	+ 11,5	- 11,6	- 13,3	- 11,3	- 49,5	- 11,8	- 11,7	- 13,3				
Russland	2,1	0,1	1,5	1,2	- 3,7	+ 12,3	- 10,3	- 15,2	- 9,0	- 50,7	- 11,3	- 12,5	- 15,2				
Industrieländer in Übersee	15,3	1,2	10,8	10,9	+ 9,0	+ 0,4	- 11,8	- 10,1	- 1,3	- 25,3	+ 2,7	+ 1,4	- 10,1				
USA	9,3	0,7	6,6	6,0	+ 9,7	- 3,4	- 9,2	- 13,0	+ 1,2	- 5,4	+ 5,4	+ 0,4	- 13,0				
China	3,9	0,3	2,8	2,9	+ 9,6	+ 10,0	- 11,9	+ 16,2	- 5,2	+ 0,0	- 14,7	- 16,0	+ 16,2				
Japan	1,5	0,2	1,1	1,9	+ 10,7	+ 5,5	- 5,6	+ 69,0	- 25,6	- 3,7	+ 31,0	+ 1,8	+ 69,0				
Agrarwaren	12,0	0,9	8,5	8,3	+ 3,7	+ 6,7	+ 3,3	- 8,1	+ 8,0	+ 1,0	+ 5,2	+ 8,1	- 8,1				
Roh- und Brennstoffe	7,1	0,6	5,0	5,5	+ 12,2	+ 2,0	- 14,8	- 11,2	- 9,0	- 12,5	- 5,0	- 9,3	- 11,2				
Industriewaren	122,8	9,6	86,5	86,2	+ 5,5	+ 1,9	- 8,0	- 9,6	- 1,3	- 11,5	+ 2,6	+ 1,9	- 9,6				
Chemische Erzeugnisse	21,6	1,7	15,3	14,9	+ 0,3	+ 8,4	+ 0,4	- 4,6	+ 3,8	- 21,2	+ 3,2	+ 6,0	- 4,6				
Bearbeitete Waren	28,7	2,4	20,2	21,3	+ 6,5	- 3,2	- 9,9	- 8,1	- 2,6	- 10,5	+ 3,2	+ 5,0	- 8,1				
Maschinen, Fahrzeuge	54,3	4,2	38,2	37,8	+ 6,2	+ 2,5	- 12,1	- 12,4	- 1,8	- 10,6	+ 2,2	- 1,0	- 12,4				
Konsumnahe Fertigwaren	16,1	1,2	11,3	10,8	+ 7,2	+ 1,8	- 7,1	- 10,7	- 5,7	- 6,5	+ 1,8	+ 0,3	- 10,7				
Warenimporte insgesamt	144,2	11,3	100,0	100,0	+ 5,8	+ 1,1	- 8,6	- 10,4	- 3,0	- 5,9	+ 0,9	+ 1,7	- 10,4				
Intra-EU 27 (ab 2020)	98,6	7,7	68,4	67,6	+ 5,3	+ 0,3	- 8,6	- 9,4	- 1,6	- 6,8	+ 1,1	+ 1,7	- 9,4				
Deutschland	50,5	3,8	35,0	33,2	+ 2,7	- 1,1	- 8,6	- 13,1	- 1,1	- 7,9	+ 0,7	+ 0,0	- 13,1				
Italien	9,1	0,7	6,3	5,9	+ 9,5	+ 4,1	- 12,1	- 11,3	- 5,6	- 12,6	- 5,0	- 7,7	- 11,3				
Frankreich	3,7	0,3	2,6	2,6	+ 8,4	- 1,4	- 12,0	- 10,2	- 0,3	- 6,2	+ 0,8	- 1,1	- 10,2				
EU-Länder seit 2004	22,5	1,9	15,6	16,4	+ 8,8	+ 1,2	- 6,9	- 4,9	- 2,6	- 3,6	+ 5,6	+ 8,8	- 4,9				
5 EU-Länder ¹⁾	19,2	1,6	13,3	14,2	+ 9,2	+ 1,1	- 8,8	- 4,9	- 4,8	- 6,7	+ 3,7	+ 7,5	- 4,9				
Tschechien	6,0	0,5	4,2	4,5	+ 6,9	- 2,4	- 9,6	- 7,5	- 10,8	- 11,7	+ 0,6	+ 10,7	- 7,5				
Ungarn	3,9	0,3	2,7	2,9	+ 5,9	+ 2,5	- 10,3	- 4,7	+ 6,9	- 3,1	+ 3,3	+ 2,5	- 4,7				
Polen	4,5	0,4	3,1	3,5	+ 10,3	+ 11,0	- 3,4	+ 17,5	+ 1,3	+ 10,0	+ 33,2	+ 21,8	+ 17,5				
Extra-EU 27 (ab 2020)	45,6	3,7	31,6	32,4	+ 6,9	+ 2,8	- 8,8	- 12,3	- 6,0	- 3,8	+ 0,5	+ 1,7	- 12,3				
Schweiz	7,6	0,5	5,3	4,8	- 10,8	- 10,8	+ 25,5	- 19,8	+ 2,8	+ 49,4	- 3,4	+ 11,5	- 19,8				
Vereinigtes Königreich	2,2	0,1	1,5	1,0	+ 16,3	- 1,3	- 24,0	- 42,1	- 9,0	- 20,6	+ 0,1	- 4,4	- 42,1				
Westbalkanländer	1,3	0,1	0,9	0,8	+ 9,2	+ 16,0	- 10,6	- 13,9	- 6,4	- 14,5	- 7,5	- 5,1	- 13,9				
GUS-Europa	2,3	0,3	1,6	2,2	+ 19,0	- 15,9	- 20,7	+ 5,5	- 15,4	+ 4,2	- 9,7	- 28,4	+ 5,5				
Russland	2,2	0,2	1,5	2,2	+ 19,0	- 16,1	- 21,4	+ 7,0	- 16,5	+ 5,5	- 10,9	- 28,3	+ 7,0				
Industrieländer in Übersee	8,9	0,6	6,2	5,6	+ 1,3	+ 10,6	- 19,2	- 15,9	- 11,9	- 14,1	+ 18,4	+ 18,3	- 15,9				
USA	5,3	0,3	3,7	3,0	+ 2,9	+ 18,5	- 25,7	- 20,7	- 18,9	- 15,8	+ 31,8	+ 11,6	- 20,7				
China	10,1	0,8	7,0	7,4	+ 7,1	+ 7,9	+ 3,2	- 5,8	+ 0,6	- 4,3	+ 11,8	+ 12,3	- 5,8				
Japan	2,0	0,2	1,4	1,5	+ 4,2	+ 0,2	- 8,8	- 11,1	- 10,9	- 12,6	- 9,5	+ 7,6	- 11,1				
Agrarwaren	11,6	0,9	8,1	7,6	+ 1,2	+ 4,7	- 0,4	- 14,7	+ 4,7	- 7,5	- 3,8	- 5,0	- 14,7				
Roh- und Brennstoffe	14,1	1,3	9,8	11,5	+ 15,3	- 4,0	- 23,2	- 14,0	- 23,5	- 18,5	- 17,5	- 16,5	- 14,0				
Industriewaren	118,5	9,2	82,1	81,0	+ 4,9	+ 1,6	- 7,3	- 9,4	- 0,8	- 4,1	+ 3,9	+ 5,3	- 9,4				
Chemische Erzeugnisse	20,9	1,7	14,5	15,3	+ 4,5	+ 3,1	- 4,4	+ 1,5	- 9,4	+ 1,2	+ 10,2	+ 4,7	+ 1,5				
Bearbeitete Waren	22,9	1,8	15,9	15,6	+ 6,9	- 2,2	- 6,2	- 6,4	- 0,7	- 6,6	+ 0,6	+ 7,3	- 6,4				
Maschinen, Fahrzeuge	50,3	4,0	34,9	35,3	+ 4,4	+ 3,7	- 11,4	- 9,1	- 0,7	- 7,8	+ 5,4	+ 6,2	- 9,1				
Konsumnahe Fertigwaren	21,8	1,6	15,1	14,0	+ 4,6	+ 3,1	- 8,0	- 17,3	- 0,9	- 7,4	- 1,2	- 3,2	- 17,3				

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2017	2018	2019	2020	2019	2020				2020			2021	
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Marktentwicklung														
Milchanlieferung ¹⁾	3.313	3.391	3.378	3.384	+ 0,8	+ 3,1	- 0,2	- 0,5	- 1,7	- 1,7	- 1,5	- 1,8	- 1,6	
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.459	2.493	2.691	2.822										
BEE ³⁾ Rindfleisch	213	218	215	205	+ 1,2	+ 1,9	- 4,2	- 6,6	- 9,8	- 11,8	- 7,8	- 9,5	- 20,8	
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	- 5,5	- 0,6	- 7,5	- 14,4	- 4,4	- 4,6	+ 7,7	- 12,9	- 24,3	
BEE ³⁾ Schweinefleisch	467	468	468	474	- 2,5	+ 1,3	- 1,8	+ 3,1	+ 2,4	- 8,2	+ 10,3	+ 6,3	- 6,9	
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	108	110	116	125	+ 7,4	+ 6,6	+ 8,5	+ 13,6	+ 4,3	+ 2,7	+ 7,4	+ 3,2	- 3,8	
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)														
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	364	352	349	356	- 4,9	- 2,9	- 2,3	+ 3,9	+ 9,3	+ 7,9	+ 8,9	+ 11,1	+ 7,2	
Qualitätsweizen ⁵⁾	156	159	166	159	- 3,4	- 10,4	- 2,5	- 4,1	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 5,8	+ 11,9	
Körnermais ⁶⁾	144	149	143	142	- 6,6	- 9,3	- 1,0	+ 8,2	+ 2,1	- 3,0	+ 8,0	+ 1,7	+ 16,3	
Jungstiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾⁷⁾	3.861	3.868	3.703	3.650	- 4,0	- 3,3	- 2,7	- 0,5	+ 0,7	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,4	
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.668	1.487	1.757	1.678	+ 37,6	+ 35,3	- 2,6	- 14,3	- 26,2	- 19,0	- 25,9	- 33,0	- 28,4	
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.082	2.731	2.665	2.385	- 13,5	- 18,8	- 10,3	- 3,9	- 7,5	- 4,8	- 7,8	- 9,9	- 1,7	

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsstagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 4,2	+ 0,2	- 7,4	- 6,2	- 18,4	- 4,3	- 0,8	- 4,5	- 3,4	- 0,1	- 0,3	- 2,1	- 3,6
Vorleistungen	+ 4,0	- 1,0	- 5,6	- 3,2	- 16,1	- 4,1	+ 1,8	- 2,2	- 3,3	+ 0,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,7
Investitionsgüter	+ 6,2	+ 2,5	- 12,1	- 12,4	- 26,5	- 7,3	- 2,9	- 11,4	- 4,3	- 3,2	- 3,5	- 2,0	- 8,9
Kfz	+ 10,1	+ 5,1	- 16,0	- 12,4	- 46,9	- 8,9	+ 6,2	- 19,9	- 3,6	+ 4,5	+ 10,3	+ 3,2	- 11,4
Konsumgüter	+ 1,4	- 1,5	- 2,7	+ 0,3	- 9,7	+ 0,9	- 2,1	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,5	- 7,7	- 5,0
Langlebige Konsumgüter	+ 3,4	- 2,2	- 0,1	- 2,3	- 18,2	+ 10,3	+ 9,9	+ 14,6	+ 11,9	+ 7,3	+ 19,0	+ 3,4	+ 3,1
Kurzlebige Konsumgüter	+ 1,0	- 1,3	- 3,4	+ 0,7	- 7,5	- 1,6	- 5,1	- 1,8	- 1,6	- 0,5	- 4,3	- 10,7	- 7,0
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 3,4	+ 1,6	- 1,1	+ 0,3	- 1,4	- 1,5	- 1,7	- 1,3	- 1,3	- 1,5	- 1,7	- 1,8	.
Geleistete Stunden	+ 3,2	+ 2,2	- 4,4	- 1,4	- 12,0	- 4,1	- 3,0	- 4,2	- 3,2	- 8,5	- 0,9	- 1,2	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	+ 0,7	- 1,4	- 6,4	- 6,5	- 17,2	- 2,9	+ 0,9	- 3,2	- 2,1	+ 1,4	+ 1,5	- 0,3	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 1,1	- 1,9	- 2,7	- 4,2	- 7,2	+ 1,0	+ 2,2	- 0,4	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,0	.
Aufträge													
Auftragseingänge	+ 7,1	- 2,1	- 7,4	- 9,1	- 22,3	- 3,2	+ 5,5	- 1,3	+ 3,4	- 1,9	+ 9,0	+ 10,3	.
Inland	- 0,2	- 0,9	- 3,9	- 4,8	- 17,2	- 1,4	+ 7,3	- 2,9	+ 7,4	- 4,5	+ 0,2	+ 27,7	.
Ausland	+ 9,4	- 2,5	- 8,4	- 10,4	- 23,8	- 3,8	+ 5,0	- 0,8	+ 2,2	- 1,2	+ 11,8	+ 4,9	.
Auftragsbestand	+ 10,7	+ 2,5	- 1,6	- 2,1	- 3,4	- 1,9	+ 1,1	- 1,8	- 0,7	- 0,3	+ 0,9	+ 2,6	.
Inland	+ 10,0	+ 2,1	+ 7,3	+ 10,0	+ 6,5	+ 5,6	+ 7,4	+ 4,5	+ 6,2	+ 6,5	+ 5,3	+ 10,3	.
Ausland	+ 10,8	+ 2,6	- 3,5	- 4,6	- 5,5	- 3,6	- 0,3	- 3,2	- 2,2	- 1,8	- 0,1	+ 0,9	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2020: vorläufig. • Rückfragen: anna.strauss-kollin@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2020				2021				2021			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	- 1,9	- 30,0	- 17,1	- 10,6	- 5,7	- 10,8	- 14,5	- 6,5	- 7,9	- 8,0	- 1,0	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 0,1	- 29,6	- 21,1	- 9,9	- 7,3	- 10,2	- 11,6	- 7,9	- 8,2	- 10,0	- 3,8	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 4,0	- 30,4	- 13,2	- 11,3	- 4,0	- 11,4	- 17,3	- 5,0	- 7,6	- 6,1	+ 1,8	
In % der Unternehmen (saisonbereinigt)												
Auftragsbestände zumindest ausreichend	71,4	47,1	52,3	57,6	59,9	57,8	57,3	57,9	58,8	58,5	62,3	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	64,1	43,0	46,3	53,7	54,1	52,2	53,2	55,6	53,2	52,8	56,4	
Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)												
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 7,8	+ 11,5	+ 10,3	+ 7,3	+ 4,3	+ 8,1	+ 9,8	+ 3,9	+ 5,4	+ 5,9	+ 1,5	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	- 0,4	- 27,0	- 3,7	- 7,3	+ 1,0	- 7,2	- 14,5	- 0,2	- 4,4	+ 1,9	+ 5,6	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	- 4,7	- 39,6	- 20,3	- 17,4	- 8,5	- 15,5	- 24,0	- 12,8	- 9,7	- 13,7	- 2,1	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 3,4	- 9,1	- 4,4	- 1,7	+ 9,2	- 2,8	- 3,3	+ 1,1	+ 3,1	+ 8,0	+ 16,6	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2018	2019	2020	2020			2021		2020			2021		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾														
Produktion ²⁾														
Bauwesen insgesamt	+ 6,3	+ 7,3	- 3,1	- 10,6	- 1,5	- 1,8	.	- 6,2	+ 4,7	- 3,7	.	.	.	
Hochbau	+ 9,1	+ 9,6	- 5,0	- 10,0	- 4,8	- 2,8	.	- 8,9	+ 0,5	+ 0,4	.	.	.	
Tiefbau	- 3,7	+ 5,9	- 3,2	- 8,9	- 0,1	- 4,5	.	- 4,5	+ 13,2	- 21,4	.	.	.	
Baunebengewerbe ³⁾	+ 7,7	+ 6,2	- 1,9	- 11,6	+ 0,3	- 0,4	.	- 4,9	+ 5,2	- 1,4	.	.	.	
Auftragsbestände	+ 16,3	+ 4,8	- 0,4	- 3,0	+ 1,0	+ 3,5	.	+ 3,5	+ 4,4	+ 2,7	.	.	.	
Auftragseingänge	+ 11,4	- 1,7	+ 0,0	- 5,3	+ 0,9	+ 7,1	.	+ 2,8	+ 7,6	+ 10,9	.	.	.	
Arbeitsmarkt														
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,4	+ 3,8	- 0,1	- 2,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 6,8	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,4	+ 2,3	+ 17,8	
Arbeitslose	- 9,8	- 8,6	+ 29,9	+ 87,2	+ 39,3	+ 18,8	- 8,3	+ 30,1	+ 31,1	+ 11,1	+ 13,9	+ 11,1	- 48,0	
Offene Stellen	+ 48,0	+ 10,5	+ 2,2	+ 0,1	- 0,7	+ 4,9	+ 7,8	+ 5,6	+ 8,1	- 0,6	- 16,5	- 4,1	+ 44,3	
Baupreisindex														
Hoch- und Tiefbau	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	
Hochbau	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,2	
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	
Sonstiger Hochbau	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	
Tiefbau	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,8	

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). Ab 2020: vorläufig. – ²⁾ Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – ³⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Nettoumsätze nominell	+ 3,7	+ 1,2	- 5,3	- 4,1	- 12,5	- 1,0	- 3,4	- 3,7	+ 2,3	- 3,7	- 4,8	- 1,5	- 15,9
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,1	+ 0,6	- 10,7	- 16,4	- 24,5	+ 0,6	- 1,3	- 5,2	+ 8,3	- 1,5	- 2,7	+ 0,6	- 18,7
Großhandel	+ 4,9	+ 0,9	- 7,0	- 2,6	- 14,5	- 4,8	- 5,8	- 6,6	- 1,7	- 9,2	- 3,8	- 4,1	- 13,5
Einzelhandel	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,1	- 0,8	- 2,9	+ 4,8	- 0,5	+ 1,6	+ 6,9	+ 5,1	- 7,8	+ 1,0	- 18,5
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 1,3	+ 0,6	- 4,8	- 4,1	- 11,2	- 0,5	- 3,2	- 3,2	+ 3,0	- 3,4	- 4,7	- 1,6	- 16,5
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,7	- 1,2	- 12,5	- 18,2	- 26,0	- 1,3	- 3,1	- 7,0	+ 6,4	- 3,4	- 4,4	- 1,2	- 20,2
Großhandel	+ 2,1	+ 0,6	- 5,3	- 1,4	- 11,6	- 2,8	- 5,0	- 4,9	+ 0,3	- 8,0	- 3,0	- 3,6	- 14,7
Einzelhandel	+ 0,3	+ 1,2	- 0,2	- 1,9	- 2,9	+ 4,3	- 0,5	+ 1,4	+ 6,8	+ 5,0	- 7,9	+ 1,2	- 18,1
Beschäftigte ²⁾	+ 1,3	+ 0,2	- 1,7	- 1,1	- 3,3	- 0,9	- 1,4	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 1,6	- 1,8	- 2,7
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 2,2	+ 0,9	- 1,8	- 1,1	- 3,4	- 1,0	- 1,7	- 0,8	- 1,0	- 1,6	- 1,7	- 1,9	- 3,1
Großhandel	+ 2,0	+ 0,9	- 1,5	- 0,4	- 2,7	- 1,3	- 1,7	- 1,0	- 1,2	- 1,2	- 2,0	- 1,8	- 2,5
Einzelhandel	+ 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,6	- 3,6	- 0,7	- 1,1	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 1,4	- 1,9	- 2,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – ¹⁾ Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – ²⁾ Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2018	2019	2020	2020			2021		2020			2021	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)												
Privater Konsum	+ 1,1	+ 0,8	- 9,6	- 16,1	- 6,0	- 11,0
Sparquote ¹⁾	7,8	8,2	14,5	9,7	11,3	14,5
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	+ 0,9	- 2,7	- 10,1	- 13,6	- 9,2	- 13,1	- 10,1	- 11,7	- 15,7	- 11,8	- 12,9	- 11,4	- 5,9
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,2	+ 1,9	- 2,3	- 1,3	- 5,7	- 6,2	- 8,0	- 4,6	- 6,1	- 7,8	- 9,3	- 7,5	- 7,1
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 3,4	+ 6,2	+ 0,4	- 3,5	+ 1,5	- 2,2	+ 0,4	- 0,8	- 4,6	- 1,2	+ 0,1	- 1,9	+ 3,1
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+ 13,0	- 4,9	- 22,2	- 29,3	- 16,7	- 30,0	- 21,6	- 31,3	- 34,8	- 23,8	- 28,5	- 23,4	- 13,0
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 11,5	- 14,0	- 16,3	- 20,5	- 15,8	- 14,0	- 11,1	- 10,2	- 17,3	- 14,5	- 13,8	- 12,8	- 6,7

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2018	2019	2020	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
				II. Qu.	2020 III. Qu.	IV. Qu.	2021 I. Qu.	Oktober	2020 November	Dezember	Jänner	2021 Februar	März		
Güterverkehr															
Verkehrsleistung															
Straße	+ 1,1	+ 1,7	.	- 7,2	+ 4,3		
Schiene	- 1,9	- 0,4	.	- 21,0	- 7,2		
Luffahrt ¹⁾	+ 4,6	- 4,6	- 26,6	- 38,3	- 34,1	- 25,9	.	- 30,0	- 27,1	- 19,9	- 13,0	.	.		
Binnenschifffahrt	- 28,4	+ 20,7	.	- 5,6	- 15,8		
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 5,6	+ 0,9	- 4,6	- 15,3	- 2,5	+ 1,3	+ 5,0	- 4,3	+ 4,5	+ 5,1	- 8,2	+ 2,2	+ 20,2		
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 10,6	+ 1,5	- 17,1	- 37,7	+ 6,6	+ 4,0	+ 32,7	- 4,0	+ 16,6	+ 0,9	- 7,2	+ 3,6	+129,5		
Personenverkehr															
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,5	- 3,4	- 24,5	- 38,9	- 17,6	- 4,2	+ 16,2	- 3,4	- 13,8	+ 4,8	- 38,4	- 5,7	+177,1		
Bahn (Personenkilometer)	+ 4,7	+ 0,8		
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 9,7	+ 14,0	- 74,3	- 98,1	- 80,0	- 90,4	.	- 86,9	- 93,0	- 91,8	- 92,2	.	.		
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei															
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,1	+ 1,6	- 3,8	- 4,9	- 2,8	- 5,5	- 5,1	- 4,3	- 4,8	- 7,4	- 7,6	- 7,6	+ 0,2		
Arbeitslose	- 6,8	- 1,0	+ 52,0	+ 86,0	+ 53,0	+ 42,4	+ 11,6	+ 36,9	+ 45,5	+ 44,4	+ 42,6	+ 40,3	- 25,0		
Offene Stellen	+ 34,6	+ 6,0	- 31,4	- 39,9	- 38,6	- 30,9	- 20,0	- 29,7	- 32,7	- 30,4	- 36,9	- 28,5	+ 14,4		
Kraftstoffpreise															
Dieselmotorkraftstoff	+ 10,5	- 1,4	- 12,8	- 17,8	- 14,4	- 15,7	- 3,5	- 17,1	- 16,4	- 13,5	- 11,0	- 5,3	+ 6,8		
Normalbenzin	+ 7,5	- 2,0	- 12,4	- 19,2	- 15,3	- 14,4	- 2,6	- 14,5	- 15,3	- 13,5	- 9,8	- 4,9	+ 7,9		

Q: Statistik Austria; BMVFW; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2018	2019	2020	In %											
				I. Qu.	2020 II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	2021 I. Qu.	2020 November	Dezember	Jänner	2021 Februar	März		
Geld- und Kapitalmarktzinssätze															
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6		
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5		
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5		
Sekundärmarktrendite Bund															
Benchmark	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,1		
Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite	0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,3		
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute															
An private Haushalte															
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,9	.	4,1	3,9	4,6	4,1	.		
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,3	1,9	1,5	1,6	1,5	1,5	1,4	.	1,4	1,4	1,4	1,3	.		
An nichtfinanzielle Unternehmen															
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,7	1,8	1,6	1,6	1,6	.	1,6	1,6	1,6	1,6	.		
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,2	1,3	1,2	1,5	1,3	1,4	.	1,4	1,4	1,5	1,3	.		
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen															
In Yen	1,5	1,5	1,4	1,2	1,2	1,8	1,4	.	1,6	1,4	1,4	1,4	.		
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,0	1,1	1,2	1,1	1,2	.	1,0	1,2	1,0	0,9	.		
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute															
Einlagen von privaten Haushalten															
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	.	0,1	0,2	0,2	0,1	.		
Über 2 Jahre	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	.	0,5	0,5	0,5	0,5	.		
Spareinlagen von privaten Haushalten															
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	.	0,1	0,2	0,1	0,1	.		
Über 2 Jahre	0,6	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,6	.	0,5	0,6	0,5	0,5	.		
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %															
Einlagen und Kredite															
Einlagen insgesamt	+ 5,4	+ 3,7	+ 8,6	+ 4,6	+ 5,6	+ 6,9	+ 8,6		
Spareinlagen	- 0,0	+ 0,3	+20,0	- 0,7	- 0,6	- 0,1	+20,0		
Einlagen ohne Bindung	.	+ 6,4	+13,5	+ 7,7	+ 8,8	+11,7	+13,5		
Einlagen mit Bindung	.	- 1,8	- 2,2	- 1,7	- 1,1	- 3,1	- 2,2		
Forderungen an inländische Nichtbanken	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 4,9	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,8		

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2019		2020		2021		2020		2021				
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	- 0,2	+ 0,7	- 1,4	- 3,1	+ 2,3	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 1,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Arbeitslose	+ 3,9	- 1,2	+ 18,5	+ 34,5	- 13,6	- 5,6	- 3,7	- 1,9	+ 0,3	- 0,5	- 1,2	- 2,1	- 2,9
Offene Stellen	- 1,8	+ 1,7	- 8,0	- 21,5	+ 8,8	+ 3,7	+ 6,9	+ 1,6	- 0,7	- 0,5	+ 2,5	+ 5,0	+ 4,5
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,5	7,4	8,8	11,7	10,1	9,6	9,3	9,5	9,5	9,6	9,5	9,3	9,0
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,4	4,3	4,6	5,6	5,6	5,6	.	5,4	5,5	5,8	5,7	5,7	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2018	2019	2020	2020		2021		2020		2021			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.741	3.797	3.717	3.647	3.797	3.716	3.676	3.766	3.737	3.645	3.631	3.664	3.734
Männer	2.000	2.034	1.991	1.964	2.042	1.991	1.960	2.029	2.013	1.931	1.923	1.951	2.006
Frauen	1.741	1.763	1.726	1.683	1.755	1.725	1.716	1.737	1.725	1.714	1.707	1.713	1.729
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.661	3.720	3.644	3.572	3.725	3.645	3.605	3.695	3.667	3.575	3.560	3.593	3.663
Männer	1.992	2.026	1.983	1.955	2.035	1.985	1.953	2.022	2.007	1.926	1.916	1.944	1.998
Frauen	1.669	1.694	1.661	1.617	1.690	1.660	1.652	1.673	1.660	1.649	1.643	1.649	1.664
Ausländische Arbeitskräfte	753	799	777	742	815	777	768	802	789	740	747	764	793
Herstellung von Waren	619	629	620	615	625	617	615	621	619	612	611	613	620
Bauwesen	261	271	271	275	293	275	258	293	289	244	237	254	282
Private Dienstleistungen	1.751	1.781	1.707	1.640	1.759	1.698	1.675	1.724	1.702	1.669	1.662	1.673	1.690
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	955	963	970	963	966	982	987	981	983	981	981	983	996
Arbeitslose	312	301	410	470	368	403	429	358	391	460	468	437	381
Männer	175	167	224	247	193	220	243	189	207	266	274	250	206
Frauen	137	135	186	223	174	183	185	170	184	194	194	187	175
Personen in Schulung	69	62	57	47	54	64	72	65	66	61	67	72	77
Offene Stellen	72	77	63	58	66	58	66	65	58	51	58	65	74
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 86,2	+ 55,8	- 80,1	- 150,7	- 56,5	- 74,6	- 32,1	- 45,1	- 55,0	- 123,6	- 128,6	- 112,6	+ 145,0
Männer	+ 50,5	+ 33,9	- 43,1	- 79,0	- 32,2	- 37,0	- 6,1	- 26,1	- 25,1	- 60,0	- 64,1	- 52,0	+ 97,8
Frauen	+ 35,7	+ 22,0	- 37,1	- 71,7	- 24,3	- 37,5	- 26,0	- 19,0	- 29,9	- 63,7	- 64,5	- 60,6	+ 47,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	- 147,3	- 53,0	- 70,9	- 28,7	- 40,7	- 51,4	- 120,6	- 125,1	- 108,8	+ 148,0
Männer	+ 50,4	+ 34,1	- 43,0	- 80,2	- 31,8	- 36,5	- 5,9	- 25,5	- 24,7	- 59,5	- 63,8	- 51,6	+ 97,8
Frauen	+ 37,6	+ 24,8	- 33,1	- 67,1	- 21,3	- 34,4	- 22,8	- 15,2	- 26,7	- 61,1	- 61,4	- 57,2	+ 50,2
Ausländische Arbeitskräfte	+ 54,4	+ 46,6	- 22,2	- 55,0	- 8,4	- 23,6	- 7,3	- 5,0	- 11,1	- 54,6	- 58,2	- 51,6	+ 88,1
Herstellung von Waren	+ 18,6	+ 9,9	- 9,5	- 12,8	- 11,5	- 11,1	- 6,6	- 10,5	- 11,1	- 11,8	- 11,3	- 10,7	+ 2,0
Bauwesen	+ 8,5	+ 9,9	- 0,3	- 7,5	+ 4,2	+ 4,6	+ 16,4	+ 2,8	+ 6,1	+ 4,9	+ 0,9	+ 5,8	+ 42,7
Private Dienstleistungen	+ 43,4	+ 29,9	- 73,6	- 126,1	- 56,2	- 76,9	- 56,6	- 47,5	- 62,0	- 121,3	- 124,8	- 115,7	+ 70,6
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 16,1	+ 7,8	+ 7,1	+ 0,3	+ 10,1	+ 12,0	+ 17,0	+ 14,2	+ 14,9	+ 7,0	+ 9,9	+ 11,5	+ 29,8
Arbeitslose	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	+ 190,2	+ 93,2	+ 90,5	+ 30,9	+ 70,4	+ 91,3	+ 109,9	+ 113,0	+ 103,0	- 123,3
Männer	- 18,0	- 8,2	+ 57,3	+ 99,4	+ 50,6	+ 45,4	+ 8,5	+ 37,3	+ 46,3	+ 52,6	+ 55,1	+ 49,5	- 79,1
Frauen	- 9,9	- 2,6	+ 51,0	+ 90,8	+ 42,6	+ 45,1	+ 22,4	+ 33,1	+ 45,0	+ 57,3	+ 57,9	+ 53,5	- 44,2
Personen in Schulung	- 3,4	- 6,8	- 4,9	- 15,6	- 1,9	+ 0,8	+ 9,0	- 0,6	- 0,1	+ 3,2	+ 1,8	+ 6,6	+ 18,6
Offene Stellen	+ 14,7	+ 5,5	- 14,3	- 24,1	- 16,5	- 13,1	- 3,3	- 11,5	- 12,9	- 14,8	- 13,2	- 10,0	+ 13,3

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitt O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2018	2019	2020	2020		2021		2020		2021			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	7,7	7,4	9,9	11,4	8,8	9,8	10,4	8,7	9,5	11,2	11,4	10,7	9,3
Männer	8,0	7,6	10,1	11,2	8,6	10,0	11,0	8,5	9,3	12,1	12,5	11,4	9,3
Frauen	7,3	7,1	9,7	11,7	9,0	9,6	9,7	8,9	9,6	10,2	10,2	9,8	9,2
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	9,2	8,7	11,2	12,4	10,0	11,2	12,0	10,1	10,9	12,5	12,9	12,2	10,9
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,4	10,0	10,6	11,4	10,6	9,8	9,3	9,8	9,7	9,9	9,7	9,3	8,8
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	33,9	32,7	28,5	25,0	32,7	32,0	33,2	34,2	32,6	29,7	29,9	32,2	38,5
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	4,4	3,9	6,5	8,1	5,6	7,0	6,5	5,5	6,7	9,1	8,0	6,7	5,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2018	2019	2020	2020				2021		2020			2021	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Harmonisierter VPI	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,0	
Verbraucherpreisindex	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 2,0	
Ohne Saisonwaren	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,9	
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 0,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,9	- 1,1	+ 1,7	+ 1,3	
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,5	+ 0,6	+ 2,0	
Bekleidung und Schuhe	+ 0,5	+ 0,8	- 0,1	- 1,5	+ 0,5	- 0,6	- 0,8	- 0,4	- 0,2	- 1,3	+ 1,8	- 2,5	- 1,6	
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,9	
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,5	+ 0,5	
Gesundheitspflege	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	
Verkehr	+ 2,9	+ 0,2	- 1,7	- 2,6	- 2,6	- 2,9	+ 0,7	- 3,3	- 3,1	- 2,5	- 1,8	+ 0,3	+ 3,6	
Nachrichtenübermittlung	- 2,8	- 3,1	- 3,0	- 3,8	- 1,9	- 1,7	- 3,6	- 1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,9	- 3,8	- 3,1	
Freizeit und Kultur	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	
Erziehung und Unterricht	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,7	
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	
Großhandelspreisindex	+ 4,2	+ 0,0	- 4,1	- 6,6	- 4,5	- 3,5	+ 2,3	- 4,1	- 3,8	- 2,7	- 0,1	+ 2,2	+ 6,9	
Ohne Saisonprodukte	+ 4,3	- 0,1	- 4,3	- 6,8	- 4,8	- 3,7	+ 2,1	- 4,3	- 4,0	- 2,8	- 0,2	+ 2,2	+ 6,8	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2018	2019	2020	2020				2021		2020			2021	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Beschäftigte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	
Angestellte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	
Bedienstete														
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte für das Jahr 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle übrigen Werte auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2018	2019	2020	2020				2020					2020	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Gesamtwirtschaft¹⁾														
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 5,0	+ 4,4	- 1,8	+ 2,5	- 6,5	- 1,5	- 0,7							
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 4,5	.											
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten														
Brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 0,6	+ 2,4	- 1,3	+ 0,5	+ 1,4							
Netto	+ 2,2	+ 2,9	.											
Netto, real ²⁾	+ 0,2	+ 1,4	.											
Herstellung von Waren³⁾														
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 6,3	+ 4,1	- 1,0	+ 1,6	- 3,0	- 2,7	+ 0,5	- 2,4	- 4,3	- 1,3	- 0,3	+ 0,3	+ 1,6	
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,1	+ 1,3	- 1,6	- 1,2	+ 2,2	- 0,6	- 3,1	+ 0,0	+ 1,2	+ 2,0	+ 3,5	
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 2,5	+ 0,9	+ 0,5	- 1,1	+ 4,6	+ 2,1	+ 1,1	
Bauwesen³⁾														
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 7,3	+ 8,4	+ 4,0	+ 8,0	- 1,1	+ 4,4	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 8,2	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,8	
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,3	+ 5,9	- 1,2	+ 1,9	+ 3,2	+ 0,8	- 0,3	+ 5,6	+ 0,0	+ 3,7	+ 5,4	
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 5,2	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,9	+ 2,1	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Lauf ESVG 2010. – ²⁾ Referenzjahr 2015. – ³⁾ Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.305	2.324	2.341	2.364	2.380	2.419	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.912	1.929	1.945	1.966	1.980	2.016	1.114	1.136	1.155	1.187	1.224	1.277
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.062	1.066	1.069	1.073	1.076	1.086	862	878	892	917	945	986
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	850	864	877	893	904	930	1.420	1.443	1.464	1.500	1.543	1.602
Selbständige	357	359	360	362	364	368	1.034	1.057	1.079	1.110	1.145	1.195
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	181	185	188	193	196	202	1.274	1.296	1.315	1.344	1.377	1.423
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	176	174	171	170	168	166	777	795	811	835	863	912
Neuzuerkennungen insgesamt	100	115	117	123	132	145	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	84	96	97	102	111	121	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	47	53	54	56	58	62	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	36	43	44	47	52	60	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Selbständige	15	18	18	19	20	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	10	11	12	12	13	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	5	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Direktpensionen	1.803	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.196	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338
Invaliditätspensionen ¹⁾	188	170	165	159	153	147	1.104	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	1.615	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.207	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349
Normale Alterspensionen	1.504	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.162	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317
Vorzeitige Alterspensionen	111	97	88	79	74	75	1.809	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080
Bei langer Versicherungsdauer	5	4	3	2	2	2	1.627	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400
Korridorpensionen	16	16	17	18	20	21	1.515	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924
Für Langzeitversicherte ³⁾	84	67	53	39	25	21	1.880	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	6	7	9	11	14	18	1.759	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135
Witwen- bzw. Witwerpensionen	460	456	455	452	449	447	688	725	738	747	742	762
Waisenpensionen	48	47	48	47	47	47	352	361	368	373	382	393
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275
Direktpensionen	81	70	84	86	91	101	1.032	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453
Invaliditätspensionen ¹⁾	20	15	19	17	16	17	848	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162
Alle Alterspensionen ²⁾	61	55	65	69	75	84	1.092	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514
Normale Alterspensionen	30	32	37	42	46	56	502	933	984	1.035	1.098	1.232
Vorzeitige Alterspensionen	31	23	28	27	29	28	1.676	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	3	1	0	0	1.389	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432
Korridorpensionen	6	6	7	8	9	9	1.538	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919
Für Langzeitversicherte ³⁾	18	9	12	11	11	9	1.769	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	2	3	4	5	6	1.847	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	25	26	26	26	26	693	710	725	732	745	769
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	282	294	297	300	286	305

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – ¹⁾ Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – ²⁾ Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – ³⁾ Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – ⁴⁾ Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,8	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	58,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5
Invaliditätspensionen	55,7	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	52,8	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4
Alle Alterspensionen	63,2	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	59,8	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.968,6	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	17,0	15,9	15,3	11,3	12,5	11,8
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	1.309,2	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	42,9	40,2	37,6	37,0	36,1	36,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	1.437,6	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	86,1	86,3	87,0	86,2	84,1	83,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 3,7	+ 1,9	-35,9	-12,6	-77,9	-13,7	-76,3	-13,4	-49,0	-79,7	-93,9	-95,3	-95,6
Wien	+ 6,3	+ 6,8	-73,9	-22,1	-94,5	-72,3	-91,1	-74,7	-84,2	-93,3	-95,6	-94,8	-93,3
Niederösterreich	+ 3,3	+ 3,5	-40,5	-18,5	-71,9	-19,6	-52,5	-19,7	-36,2	-59,5	-67,9	-66,4	-63,1
Burgenland	- 1,4	+ 3,1	-27,3	-19,1	-67,8	+ 9,5	-51,3	+22,5	- 9,7	-76,2	-81,2	-79,7	-77,3
Steiermark	+ 1,9	+ 1,7	-24,6	-11,0	-65,4	+ 4,8	-55,1	+ 5,9	- 9,6	-70,7	-87,5	-90,8	-91,2
Kärnten	+ 2,3	+ 0,2	-17,0	- 8,6	-59,1	+ 3,7	-54,4	+14,6	- 9,2	-54,7	-89,0	-90,7	-92,0
Oberösterreich	+ 5,8	+ 4,6	-36,4	-16,2	-69,6	-12,9	-58,3	-12,6	-33,8	-68,8	-79,8	-78,0	-78,0
Salzburg	+ 4,2	+ 1,6	-32,3	-10,2	-80,0	-14,3	-78,2	- 8,8	-37,5	-81,8	-96,9	-97,7	-98,0
Tirol	+ 3,6	+ 0,5	-33,5	-11,9	-82,6	-10,2	-86,4	- 8,7	-65,3	-85,8	-97,7	-98,5	-98,8
Vorarlberg	+ 2,8	+ 0,5	-30,5	-14,4	-78,5	- 4,1	-80,2	- 1,7	-53,1	-81,3	-97,8	-98,6	-98,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,7	+ 1,0	- 8,8	- 6,3	-21,3	- 5,6	- 1,9	- 6,8	- 8,7	- 1,8	- 6,8	+ 1,5	+ 0,2
Wien	+ 0,9	- 3,0	+ 6,8	+13,3	- 0,3	+ 7,4	+ 6,8	+12,2	+ 2,1	+ 7,3	+ 3,4	+12,3	+ 4,9
Niederösterreich	+ 9,1	- 1,5	-13,6	- 8,2	-24,5	-11,5	- 9,8	-13,1	-12,5	- 9,0	-14,0	- 7,8	- 6,8
Burgenland	+ 2,2	- 0,8	-11,9	- 5,4	-30,7	- 7,4	- 3,2	- 8,9	- 8,9	- 4,8	- 7,4	- 2,7	+ 1,5
Steiermark	+11,5	+ 4,1	-12,8	-10,7	-26,6	-11,5	- 1,9	- 9,8	-21,7	- 4,3	- 6,0	+ 1,9	- 1,2
Kärnten	+ 9,5	- 1,7	- 4,9	- 6,9	-13,8	- 3,4	+ 4,9	- 9,1	- 1,7	+ 1,0	- 0,1	+ 7,3	+ 7,8
Oberösterreich	+ 4,9	+ 1,1	- 9,2	- 7,8	-25,1	- 3,3	- 0,4	- 5,4	- 4,5	- 0,3	- 6,7	+ 2,1	+ 4,4
Salzburg	+ 5,3	+ 3,7	- 5,8	- 1,1	-18,1	- 4,5	+ 1,3	- 8,7	- 6,0	+ 1,6	- 2,8	+ 6,7	+ 0,3
Tirol	+ 5,5	+ 1,9	- 6,5	- 5,8	-14,6	- 5,2	- 0,3	- 6,1	- 5,3	- 4,3	- 8,1	+ 6,6	+ 1,3
Vorarlberg	+ 4,8	+ 4,4	- 6,8	- 6,6	-16,6	+ 2,6	- 6,6	+ 0,1	- 0,8	+ 8,0	- 8,2	- 2,7	- 8,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). Ab 2020: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2018	2019	2020	2020				2020				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,3	+ 7,3	- 3,1	+ 2,4	-10,6	- 1,5	- 1,8	- 4,1	- 2,5	+ 2,1	- 6,2	+ 4,7	- 3,7
Wien	+ 6,2	+ 8,4	- 7,8	- 4,6	-11,0	- 4,0	-10,5	- 3,9	- 3,7	- 4,5	-10,2	-11,3	-10,2
Niederösterreich	+ 6,6	+ 8,2	- 0,9	+ 4,9	-10,9	+ 1,1	+ 2,0	- 3,4	+ 0,1	+ 6,9	- 5,5	+ 8,8	+ 3,3
Burgenland	- 2,4	+16,3	- 1,2	+28,0	- 3,9	- 0,9	-14,9	- 1,3	- 3,2	+ 1,4	- 2,7	+11,4	-40,6
Steiermark	+ 5,4	+ 7,3	- 2,9	+ 3,7	-10,2	- 4,2	+ 0,4	- 6,5	- 3,7	- 2,2	- 9,6	+11,7	+ 0,9
Kärnten	+ 3,9	+ 6,0	- 5,9	- 1,1	-16,6	- 4,9	- 0,5	- 8,7	-10,7	+ 4,9	- 6,9	+15,7	- 8,4
Oberösterreich	+ 9,1	+ 4,8	- 3,9	- 1,4	-11,5	- 1,2	- 1,5	- 4,1	- 2,3	+ 2,7	- 6,2	+ 3,5	- 1,5
Salzburg	+ 8,3	+ 5,8	+ 2,3	+ 7,5	-12,5	+ 2,7	+11,8	+ 2,1	- 4,1	+10,5	+ 6,5	+20,1	+ 9,4
Tirol	+ 2,7	+12,3	- 2,7	+ 5,2	- 9,0	- 2,1	- 2,6	- 7,9	+ 1,2	+ 1,2	- 6,7	+ 5,3	- 5,7
Vorarlberg	+ 8,7	+ 0,1	+ 3,9	+11,6	- 2,4	+ 5,0	+ 3,2	+ 3,6	+ 1,5	+ 9,4	- 0,1	+ 6,4	+ 3,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). Ab 2020: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2018	2019	2020	2020			2021			2020			2021		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März		
	In 1.000														
Österreich	3.661	3.720	3.644	3.572	3.725	3.645	3.605	3.695	3.667	3.575	3.560	3.593	3.663		
Wien	836	852	831	816	839	838	836	845	842	827	828	835	845		
Niederösterreich	605	615	611	603	624	615	606	624	620	602	598	604	616		
Burgenland	102	104	103	102	107	104	102	106	104	101	100	101	104		
Steiermark	512	520	510	502	523	512	506	521	516	500	500	505	515		
Kärnten	209	211	206	202	216	205	200	210	206	198	196	199	205		
Oberösterreich	650	660	651	643	662	655	650	662	659	644	640	646	663		
Salzburg	253	256	248	240	255	244	240	248	245	239	237	239	243		
Tirol	331	336	322	307	335	312	307	318	313	306	302	306	312		
Vorarlberg	162	165	161	157	164	160	159	161	160	159	158	159	160		
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000														
Österreich	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	-147,3	- 53,0	- 70,9	- 28,7	- 40,7	- 51,4	-120,6	-125,1	-108,8	+148,0		
Wien	+ 19,6	+ 15,9	- 20,5	- 37,7	- 19,2	- 18,9	+ 3,4	- 17,3	- 19,6	- 19,7	- 14,1	- 9,5	+ 33,8		
Niederösterreich	+ 13,4	+ 10,1	- 3,9	- 16,5	- 2,3	+ 0,4	+ 4,4	- 0,1	+ 1,0	+ 0,4	- 6,3	- 4,6	+ 24,1		
Burgenland	+ 2,0	+ 1,5	- 0,9	- 3,8	- 0,1	+ 0,7	+ 2,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 5,9		
Steiermark	+ 15,7	+ 8,0	- 10,0	- 20,5	- 7,5	- 6,3	+ 1,9	- 4,4	- 5,3	- 9,3	- 10,1	- 8,1	+ 23,9		
Kärnten	+ 3,9	+ 2,2	- 5,9	- 12,1	- 3,7	- 3,4	+ 0,1	- 1,8	- 1,8	- 6,4	- 6,7	- 5,7	+ 12,7		
Oberösterreich	+ 15,9	+ 10,4	- 8,9	- 19,9	- 7,5	- 5,6	+ 5,6	- 6,0	- 4,4	- 6,5	- 7,8	- 3,1	+ 27,8		
Salzburg	+ 5,2	+ 3,1	- 8,4	- 12,0	- 4,8	- 11,8	- 13,9	- 3,2	- 6,7	- 25,4	- 25,2	- 24,3	+ 7,8		
Tirol	+ 8,4	+ 5,4	- 14,4	- 20,0	- 6,3	- 21,6	- 26,9	- 7,2	- 13,0	- 44,7	- 45,6	- 44,9	+ 9,8		
Vorarlberg	+ 4,0	+ 2,2	- 3,2	- 4,7	- 1,8	- 4,4	- 5,6	- 1,7	- 2,3	- 9,4	- 9,7	- 9,3	+ 2,2		

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2018	2019	2020	2020 II. Qu.	2020 III. Qu.	2020 IV. Qu.	2021 I. Qu.	Oktober	2020 Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	2021 Februar	März
In 1.000													
Österreich	312	301	410	470	368	403	429	358	391	460	468	437	381
Wien	119	115	150	171	147	145	147	136	143	156	155	149	139
Niederösterreich	52	51	65	72	59	62	67	55	60	71	74	68	58
Burgenland	9	8	11	12	10	11	12	9	10	13	13	12	10
Steiermark	35	34	48	55	41	45	49	39	43	55	56	50	42
Kärnten	22	21	27	30	21	27	30	22	26	33	34	31	25
Oberösterreich	35	34	47	52	43	44	47	39	42	52	54	48	40
Salzburg	14	13	20	25	15	21	24	17	21	25	26	24	20
Tirol	18	16	29	37	20	33	37	28	33	39	41	38	33
Vorarlberg	9	9	14	16	13	14	15	13	14	16	16	15	14
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000													
Österreich	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	+ 190,2	+ 93,2	+ 90,5	+ 30,9	+ 70,4	+ 91,3	+ 109,9	+ 113,0	+ 103,0	- 123,3
Wien	- 5,6	- 3,6	+ 34,8	+ 60,1	+ 37,1	+ 31,1	+ 11,7	+ 28,4	+ 34,3	+ 30,6	+ 32,3	+ 28,9	- 26,0
Niederösterreich	- 5,5	- 1,7	+ 14,2	+ 26,3	+ 12,4	+ 10,2	- 0,0	+ 8,8	+ 11,1	+ 10,7	+ 10,8	+ 9,3	- 20,1
Burgenland	- 0,9	- 0,3	+ 2,5	+ 4,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,7	- 3,5
Steiermark	- 5,2	- 1,0	+ 13,9	+ 24,9	+ 10,9	+ 9,3	- 0,5	+ 7,4	+ 9,7	+ 10,8	+ 10,7	+ 9,5	- 21,8
Kärnten	- 2,2	- 0,9	+ 6,0	+ 12,1	+ 3,4	+ 3,9	+ 0,1	+ 1,9	+ 3,7	+ 6,1	+ 6,5	+ 6,2	- 12,3
Oberösterreich	- 4,5	- 1,1	+ 12,5	+ 22,3	+ 11,1	+ 8,8	- 0,1	+ 7,8	+ 9,7	+ 8,8	+ 9,8	+ 7,8	- 18,0
Salzburg	- 0,8	- 0,8	+ 7,4	+ 12,6	+ 4,9	+ 7,2	+ 4,6	+ 3,5	+ 6,0	+ 12,2	+ 11,6	+ 11,1	- 8,9
Tirol	- 2,8	- 1,2	+ 12,6	+ 20,2	+ 7,7	+ 13,9	+ 12,1	+ 7,9	+ 10,9	+ 22,9	+ 23,5	+ 23,2	- 10,5
Vorarlberg	- 0,5	- 0,0	+ 4,4	+ 7,0	+ 3,7	+ 4,2	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,9	+ 5,8	+ 5,8	+ 5,4	- 2,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2018	2019	2020	2020 II. Qu.	2020 III. Qu.	2020 IV. Qu.	2021 I. Qu.	Oktober	2020 Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	2021 Februar	März
In % der unselbständigen Erwerbspersonen													
Österreich	7,7	7,4	9,9	11,4	8,8	9,8	10,4	8,7	9,5	11,2	11,4	10,7	9,3
Wien	12,3	11,7	15,1	17,1	14,7	14,6	14,8	13,7	14,3	15,7	15,6	15,0	14,0
Niederösterreich	7,8	7,5	9,4	10,4	8,5	9,0	9,7	8,0	8,6	10,4	10,7	10,0	8,5
Burgenland	7,7	7,3	9,4	10,2	8,0	9,1	10,4	7,6	8,6	11,1	11,6	10,6	8,9
Steiermark	6,3	6,0	8,4	9,7	7,2	8,0	8,7	6,8	7,6	9,7	9,8	8,9	7,4
Kärnten	9,2	8,8	11,3	12,7	8,5	11,3	12,8	9,2	10,8	14,0	14,5	13,2	10,7
Oberösterreich	5,0	4,8	6,5	7,3	6,0	6,2	6,6	5,4	5,9	7,3	7,6	6,8	5,5
Salzburg	5,0	4,6	7,3	9,3	5,5	7,8	8,8	6,3	7,7	9,3	9,8	9,0	7,5
Tirol	4,9	4,5	8,1	10,6	5,4	9,4	10,7	8,0	9,2	11,0	11,8	11,0	9,3
Vorarlberg	5,4	5,3	7,7	9,2	7,0	8,1	8,4	7,4	8,0	8,8	9,0	8,5	7,7

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
In % des Bruttoinlandsproduktes													
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	49,9	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,7	48,6	57,9
Staatseinnahmenquote	48,4	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	49,0
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	42,4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,8	43,1	42,9
Indikator 2	41,5	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,6	42,4
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 1,5	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,6	- 8,9
Bund	- 1,3	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4	- 7,8
Länder	0,1	- 0,4	0,1	0,1	0,2	- 0,5
Gemeinden	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2
Wien	- 0,0	- 0,1	- 0,0	0,0	0,1	- 0,2
Sozialversicherungsträger	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,1
Struktureller Budgetsaldo laut													
Europäischer Kommission ¹⁾	- 2,6	- 3,6	- 3,0	- 2,4	- 1,7	- 0,9	- 0,5	0,1	- 1,0	- 1,1	- 0,9	- 0,7	.
Primärsaldo	1,5	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	- 7,5
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	68,7	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,0	70,5	83,9
Bund	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,8	72,6
Länder	6,0	5,6	5,3	6,0
Gemeinden	2,3	2,2	2,3	2,5
Wien	2,0	1,9	1,9	2,3
Sozialversicherungsträger	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

- 4/2020** Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftsforschung • Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024 • Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik • Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise • Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019 • Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt
- 5/2020** Internationaler Konjunkturerbruch als Folge der COVID-19-Pandemie • Konjunktüreinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie • Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020 • Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019 • Senkung des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
- 6/2020** Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich • COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise • Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich • Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2019 • Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege
- 7/2020** Tiefe, jedoch kurze Rezession in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Investitionen der Sachgütererzeugung brechen aufgrund der COVID-19-Krise ein. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2020 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Home-Office-Potential • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2020 – Sonderthema: COVID-19, CO₂-Emissionen und Konjunkturpakete als Chance für strukturorientierten Klimaschutz
- 8/2020** Erholung der Wirtschaft zeichnet sich ab – hohe Konjunkturrisiken aufgrund steigender COVID-19-Infektionszahlen • Konjunkturbeurteilungen bleiben unter dem Eindruck der COVID-19-Krise – Erwartungen signalisieren beginnende Entspannung. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2020 • Abschätzung der Verringerung der Treibhausgasemissionen aufgrund des Konjunkturerbruchs • Ärztliche Versorgung und der demographische Wandel
- 9/2020** Schleppende Konjunkturerholung: Arbeitslosigkeit droht sich zu verfestigen • Cash-Flow-Quote der österreichischen Sachgütererzeugung 2019 rückläufig • Robustes Wachstum der Nicht-Lebensversicherung sichert Privatversicherung 2019 Steigerung der Prämieinnahmen • 2019 neuerlich Einkommensrückgang in der Landwirtschaft. Österreichs Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2019 im Kontext von 25 Jahren EU Mitgliedschaft • Der Beitrag österreichischer Hochschulen zur erfinderischen Tätigkeit von Unternehmen
- 10/2020** Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound. Prognose für 2020 und 2021 • COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025 • 2019 trotz Anstieges der Lohnstückkosten Verbesserung relativ zu Handelspartnern • Pflegevorsorge in den Gemeinden • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich
- 11/2020** Wirtschaftsentwicklung im III. Quartal von Nachholeffekten geprägt • COVID-19-Pandemie bestimmt weiterhin Konjunkturbeurteilung der Unternehmen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020 • COVID-19-Krise stoppt dynamische Expansion im Tourismus • EU und Mercosur – Auswirkungen eines Abbaus von Handelschranken und Aspekte der Nachhaltigkeit
- 12/2020** Zweiter COVID-19-Lockdown dämpft Wirtschaftsleistung • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft • Die ökonomischen Auswirkungen einer Erhöhung der Gleichstellung von Frauen und Männern • Die Entwicklung der Nachfrage nach Gütertransportleistungen in Österreich zwischen 1995 und 2015. Ergebnisse einer Input-Output-Analyse
- 1/2021** Österreichs Wirtschaftspolitik in COVID-19-Zeiten und danach. Eine Einschätzung zur Jahreswende 2020/21 • Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. Prognose für 2020 bis 2022 • 2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020 • Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise. Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024 • Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation. Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer
- 2/2021** Wirtschaftsentwicklung weiterhin träge • Zweite COVID-19-Welle bestimmt Konjunkturbeurteilung der Unternehmen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2021 • COVID-19-Krise führt zu tiefer Rezession im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2023 • COVID-19-Krise dämpft die Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Dezember 2020 • Ökonomische Wirkung von Interventionen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Österreich seit 1995 • Indikatoren zum österreichischen Energiesystem
- 3/2021** Wirtschaftsaktivität in Österreich bleibt stark beeinträchtigt • Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaketen und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung • Selbständig Erwerbstätige in Österreich. Struktur, Einkommen und Betroffenheit von der COVID-19-Krise • Importwettbewerb mit China. Auswirkungen auf das Wachstum der Unternehmensproduktivität in der EU • Die Breitbandförderung des Bundes 2015/2018. Ergebnisse der zweiten Zwischenevaluierung des Programmes Breitband Austria 2020

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR. Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Markus Gratzner, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Leitung

Leiter: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Gerald Feichtinger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Jürgen Janger, Serguei Kaniowski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Kurt Kratena, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDR. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Österreichische Hoteliervereinigung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Andrea Grabmayer, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Fabian Unterlass, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Michaela Gaber, Lucia Glinesner, Claudia Hirnschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klotzar, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Nowotny, Robert Nowotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

